

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



22. Dezember 1980
Jg. 1 Nr. 6

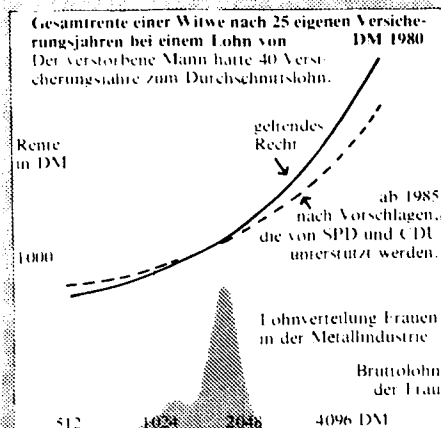
Preis:
2 DM



Polen: Abhängigkeit von der UdSSR führt zu Verschuldung Seite 3



Kirchliche Entwicklungshilfe: Zweck der „Barmherzigkeit“: ... ein klein wenig den Fuß zwischen die Tür bekommen Seite 13



Rentenreform 1984: Kostendämpfung und stärkere Abhängigkeit der Altersversorgung von der Familie Seite 38

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 3000 Hannover, Große Düwelstraße 55, Telefon 05 11 85 35 27
Erscheint vierzehntägig im Verlag GNN m.b.H., 8000 München 90, Wolfenstraße 12, Telefon 0 89 48 34 61. Preis: 2 DM

Inhalt

Krise in Polen: Die wirtschaftliche Abhängigkeit von der Sowjetunion treibt Polen in die Verschuldung Seite 3

Daten zur Wirtschaftslage Polens Seite 3

Faschistische Eroberung Polens und der Widerstand dagegen Seite 4

Wichtige Verträge Polens mit dem Ausland Seite 5

Aus Politik und Wirtschaft – kurz berichtet Seite 6

NATO-Ministerratstagung: 2,2 Mrd. als „Gastgeberlandunterstützung“? Apel weiß Besseres Seite 7

KMK: Kriegsvorbereitung als Unterrichtsfach Seite 7

Europäische Gemeinschaft: Schlachtbulletins unbefriedigend, Bourgeoisie reformiert Agrarpolitik Seite 8

Krankenhaus: Heilung offiziell aufgegeben Seite 9

Sparprämien: Prämien gestrichen – Wertpapiere gefördert Seite 10

Lohnbewegung 1981: IG Metall experimentiert Seite 11

Flugzeugindustrie: MBB erwirbt nationales Flugzeugmonopol Seite 12

Österreich: Finanzminister steigt auf Seite 12

Kirchliche Entwicklungshilfe: Zweck der „Barmherzigkeit“: „... ein klein wenig den Fuß zwischen die Tür bekommen“ Seite 13

Päpstliches über Barmherzigkeit Seite 13

16. Jahrhundert: Blutige Eroberung Amerikas im Zeichen des Kreuzes und theologische Kritik der Conquista Seite 14

EKD zum südlichen Afrika: Alter Wein in neuen Schläuchen Seite 16

Kirchliche Barmherzigkeit für die vietnamesischen Besatzer Seite 17

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung Seite 18

Automobilindustrie: Schmückers Konzept gegen Japanerkonkurrenz Seite 19

Siemens München: Betriebsrat bekämpft Rationalisierungspläne Seite 19

Frauen in die Bundeswehr: Apel will mit „Freiwilligkeit“ zur allgemeinen Dienstpflicht Seite 20

PLK Werneck: Patienten wehren sich gegen Arbeitstherapie Seite 21

Stationierungsstreikkräfte: Tarifabschluß nach Streiks bei den Besatzern Seite 21

Sinti: Forderungen des Hungerstreiks nicht erledigt – Verband deutscher Sinti läßt nicht locker Seite 22

Westberlin: Heftige Kämpfe gegen die Wohnungsnot ... Seite 23

Kommunalpolitik: Anträge gegen Konzessionsabgabe .. Seite 23

Berufsausbildung: Lehrlingslöhne – der größte „Kostenfaktor“ Seite 23

Studenten: Regierung beschließt BAFöG-Senkung Seite 24

Einzelhandel: Schinderei für die Beschäftigten, sinkender Konsum für die Volksmassen Seite 25

Beschlüsse des HBV-Gewerkschaftstages Sept. 1980 Seite 26

Stichwort Konzentration im Einzelhandel Seite 27

Internationale Nachrichten Seite 28

Türkei: Durch die Militärherrschaft sehen die Imperialisten die Beute gesichert Seite 29

Krieg im Tschad: Waffenstillstand und französische Drohung Seite 29

USA: Seit acht Jahren Lohnsenkungen – Gewerkschaften festigen die Einheit Seite 30

Belgien: Regierung verlangt Vollmacht Seite 31

GB: Thatcher – nach 6% jetzt Lohnsenkung Seite 31

Argentinien: Ruin der nationalen Wirtschaft – die Imperialisten diktieren der Militärjunta das Programm Seite 32

Arabische Welt: Krieg am Golf löst neue Spaltung aus .. Seite 33

OPEC-Konferenz: Gemeinsame Preispolitik stärkt die OPEC Seite 33

Aus Kultur und Wissenschaft Seite 34

Kirchen: „Der Messias“ – eine Comic-Serie zum Neuen Testament Seite 34

Abgrundtief „vergnüglich“ Seite 34

Christus kam nur bis Eboli Seite 35

Kolonialgeschichte als Heldenepos der Zulus Seite 35

Bayern: Ein ungeahndeter Verfassungsbruch Seite 36

SPD-Ostpolitik: Wehner für „Besinnung“ und „Bereitschaft zur Realität“ Seite 36

Karottenhosen: Bequeme Mode nach wie vor nur in den höheren Preislagen Seite 37

Frost: „Eine allgemeine Streupflicht für alle Straßen besteht nicht“ Seite 37

Rentenreform 1984: Kostendämpfung und stärkere Abhängigkeit der Altersversorgung von der Familie Seite 38

Reform der Hinterbliebenenversorgung: das Modell der 84er Kommission Seite 39

Die wirtschaftliche Abhängigkeit von der Sowjetunion treibt Polen in die Verschuldung

Daten zur Wirtschaftslage Polens

Produktion ausgewählter Erzeugnisse 1979

Erzeugnis	Einheit	Prod. 1979	Veränd. zu 1978 in %
Elektroenergie	Mrd. kWh	117,5	1,7
Steinkohle	Mio. t	201,0	4,4
Rohstahl	Mio. t	19,2	- 0,2
Elektrolytkupfer	1000 t	336,0	1,1
Werkzeugmaschinen	1000 Stück	40,2	1,5
PKW	1000 Stück	350,1	7,5
Traktoren	1000 Stück	54,2	- 8,9
Hochseeschiffe	1000 tdw	602,3	- 18,8
Kunstdünger	1000 t	2431,0	- 7,3
Getreide	1000 t	17341,0	- 19,5
Kartoffeln	1000 t	49572,0	6,3
Zuckerrüben	1000 t	14154,0	- 9,9
Fleisch	1000 t	3275,0	4,0

Ein- und Ausfuhr Polens nach Ländern 1979 (in Mio. Zloty)

Einkaufs-/ Käuferland	Import von	Veränd.zu 78 i. %	Export nach	Veränd.zu 78 i. %	% des Außenh.
Brasilien	1324	+ 66,1	336	+ 43,6	1,6
Bulgarien	1009	- 1,5	997	+ 3,3	1,9
BRD	3360	+ 1,5	3769	+ 15,5	6,8
DDR	4140	+ 2,7	3640	- 1,2	7,5
Frankreich	1960	+ 20,5	1526	+ 3,8	3,3
Großbritannien ..	2335	- 20,5	1594	+ 12,6	3,8
Italien	1175	- 6,6	1347	+ 17,7	2,4
Österreich	1820	+ 1,7	682	+ 20,8	2,4
Schweden	985	+ 5,7	686	+ 23,8	1,6
Schweiz	1256	+ 2,8	622	+ 15,5	1,8
CSSR	3126	- 1,4	3609	+ 9,3	6,5
UdSSR	16958	+ 11,4	17677	+ 16,8	33,3
Ungarn	1519	+ 5,7	1559	- 1,7	3,0
USA	2339	+ 4,5	1294	- 11,6	3,5

West-Schulden der RGW-Länder (in Mrd. US-\$)

RGW-Länder	Gesamtverschuld. 1978	1979
Bulgarien	4,0	4,2
CSSR	3,5	3,9
DDR	9,0	10,5
Polen	17,5	19,5
Ungarn	7,3	8,0
UdSSR	17,2	16,2

Zinsdienstquoten (Zinszahlungen in % des Jahreswertes der Westausfuhr)

	1978	1979
Bulgarien	46	35
CSSR	14	16
DDR	26	33
Polen	33	39
Rumänien	14	17
Ungarn	34	35
UdSSR	12	9

Im Jahr 1980 von Polen neu aufge- nommene Kredite (in Mio. US\$)

Staatl. garantierte Kredite	4600
Nicht staatl. gar. Kredite	2350
zusammen	6950

Quelle: DIW Wochenbericht 46/80

Von den 36 Milliarden DM, die Polen westlichen Ländern schuldet, entfallen 7 Milliarden auf die BRD.

Als die VR Polen nach dem Ende des zweiten Weltkrieges mit dem Wiederaufbau des gesamten Landes begann, waren 38% der Wirtschaft zerstört. Überdurchschnittlich hohe Verluste hatten Einrichtungen der Bildung und Forschung mit 60% und des Gesundheitswesens mit 55%. Die Hälfte des Transportwesens war zerstört. Die Produktivkräfte waren vor allem aber schwer getroffen durch die hohen Verluste an Menschen, insgesamt 6028000. Mit einer Rate von 220 Toten auf je 1000 Einwohner waren das die größten Verluste im Vergleich mit den anderen Ländern, z.B. UdSSR mit 37, Holland mit 22, Belgien mit 7, die USA mit 1,4 je 1000 Einwohner. Die Hauptstadt war zu 86% zerstört.

Seitdem hat Polen große Anstrengungen beim Aufbau der Wirtschaft und des gesellschaftlichen Lebens unternommen und hatte trotz großer Schwierigkeiten eine beeindruckende Steigerung der Produktion erreicht. Viele fragen sich, wie Polen in eine so tiefe Wirtschaftskrise geraten konnte, daß es sich jetzt in ständig wachsende Abhängigkeit von ausländischen Kreditgebern, zu einem großen Teil Regierung und Banken der BRD, begeben muß.

Daß es sich um eine tiefgehende Störung nicht nur der finanziellen Beziehungen, sondern des für die Produktion nötigen stofflichen Austausches handelt, scheint bei verschiedenen Äußerungen polnischer Funktionäre durch. In der IV. Plenarsitzung des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei bezeichnete Tadeusz Fiszbach, 1. Sekretär des Parteikomitees in der Wojewodschaft Gdansk, als Gründe für die umfassende Krise und ihre Wirkung auf den Fortgang der Produktion: „Seit Monaten bereits verschlechterten sich die Produktionsbedingungen in der Schiffbauindustrie und auch in anderen Industriezweigen. Unzulängliche Materialzulieferung und deren ungleichmäßiger Ablauf, Störungen bei den Kooperationslieferungen, bedeutende Kaderfluktuation sowie schlechte Versorgung mit den notwendigen Werkzeugen erschwerten erheblich die Arbeit der Menschen, verursachten Spannungen, führten zur organisatorischen Erschlaffung ... Wir appellierten an den Arbeitseifer und die Opferbereitschaft der Werktätigen. Die Wirksamkeit aller dieser Bemühungen wurde jedoch mit der Zeit und der sich verschlechternden allgemeinen Wirtschaftslage des Landes immer ge-

Faschistische Eroberung Polens und der Widerstand dagegen



Ermordung und Zwangsumsiedlung von Polen und Juden



Befreiung von Kriegsgefangenen 1944 in Warschau



Beim Aufstand eroberte Waffen

Ab 1. September 1939 führte die faschistische deutsche Bourgeoisie Krieg, begonnen mit dem Überfall auf Polen. Mit ihrem „Blitzkrieg“ von 35 Tagen wollte sie die Vernichtung des polnischen Volkes, Eroberung der Industrie und der guten Böden West- und Südpolens erreichen. Polnische Arbeiter



„Die strategischen Ziele der Luftwaffe“, Gemälde von Jan Zamoyski

wurden ins Deutsche Reich zwangsverschleppt, zumeist von deutschen Konzernen, die auf polnischem Gebiet Zweigwerke unterhielten, wie BMW, AEG, Vorwerk, Krupp, Hunderttausende von Land und Produktionsmitteln vertrieben, nicht oder nicht mehr Arbeitsfähige in den Konzentrationslagern umgebracht.



Die polnische Schützenbrigade „Podhalanska“ 1940 in Norwegen

Der polnische Widerstand wurde aufgebaut von der Polnischen Arbeiterpartei (PPR), die mit anderen Parteien und der Heimatarmee zusammenarbeitete sowie den Kampf bewaffneter Partisanen leitete. Sie unterstützte die polnische Widerstandsorganisation „Zegota“. Die Juden forderte sie auf, aus den Ghettos auszubrechen, sich in die Wälder durchzuschlagen und sich den Partisanen anzuschließen.

Die polnischen Widerstandskämpfer organisierten Sabotage, Unterstützung für Verfolgte, illegale Presse und für die Kinder Unterricht, da sie nach dem Willen der Faschisten nur lernen sollten, ihren Namen zu schreiben, bis 100 zu zählen und den Deutschen Gehorsam zu leisten.

ringer.“ Eine der Hauptursachen für die rasante Verschuldung Polens in den letzten zehn Jahren war das Vorgehen der Giersek-Regierung, die große Kredite in westlichen kapitalistischen Ländern aufnahm, weil nur so bestimmte hochwertige Investitionsgüter zugänglich waren, mit deren Hilfe der überalterte Produktionsapparat umgewälzt werden sollte.

Der Plan der Regierung, Mittel freizusetzen durch Beschneidung der Reproduktion, wurde von den Arbeitern zurückgeschlagen. Giersek mußte Zugeständnisse bezüglich der Löhne machen und die geplanten Preiserhöhungen zurücknehmen. So wurde eine gewisse Konjunkturankebelung erreicht, aber keine ausreichend schnelle Hebung der Produktivität. Zudem entstanden weitere Spannungen zwischen Arbeitern und Bauern, da diese gar nichts erreichten, weil sie im Gegensatz zu den Arbeitern kaum organisiert waren. Schon unter Gomulka waren sie nicht durch Ausbau der Infrastruktur und Versorgung mit Investitionsmitteln unterstützt worden, die Kollektivierung wurde nicht vorangebracht. Vielmehr war die Ablehnung der Bauern gegen die zwangsweise versuchte Kollektivierung wegen der Belegung mit hohen Steuern gewachsen. Die

Produktivkraft der Landwirtschaft ist immer noch gering. Daher steckt unverhältnismäßig viel Arbeitskraft in den exportierten Produkten. Zudem exportiert Polen nicht nur aus Agrarüberschüssen, sondern ein immer grö-



Die 21 Punkte von Gdansk

ßerer Teil wird dem Konsum des Volkes entzogen.

Gleichzeitig mußten an die UdSSR, die der hauptsächliche Rohstofflieferant Polens ist, steigende Preise für Erdöl, Gas und Kalidünger bezahlt werden. Auf den Import von Energieträgern kann Polen nicht verzichten. Es exportiert zwar einen Teil seiner Kohle, kann aber noch nicht einmal ausreichend Strom produzieren, um die Kapazitäten der Industrie auszunutzen. Die Stromproduktion ist hin-

ter den Stand von 1975 zurückgefallen.

Vor allem leidet Polen ebenso wie die kleineren RGW-Länder unter der von der UdSSR im Rahmen des RGW aufgezwungenen Arbeitsteilung, durch die es bei seinem Außenhandel zu 35% an die UdSSR gebunden ist bei gleichzeitiger Beschränkung seiner Produktpalette. In dieser überaus starken Abhängigkeit liegen die Bedingungen dafür, daß ihm die Preise für seine Produkte diktiert werden. Polen exportiert in die UdSSR vor allem hochwertige Fertigprodukte, insbesondere den größten Teil seiner Schiffe und Eisenbahnwaggons. Würde die UdSSR sie zu ihrem Wert bezahlen, hätte Polen Geld, um Investitionsgüter auch auf anderen Märkten zu kaufen. In dieser Lage ist es immer weniger. Es exportiert seine Rohstoffe wie Kohle, Kupfer, Schwefel und einfach verarbeitete Produkte in andere Länder und muß von diesen Maschinerie einführen, und zwar auf Kredit. Diese Verhältnisse ruinieren die Wirtschaft Polens.

An die westlichen Geschäftsbanken, die drei Viertel der Kredite an Polen vergeben haben, muß es mehr als die üblichen Zinsen zahlen, 1978 rund 9,5%, 1979 schon 12,1%. Die Tatsache, daß Polen 1980 bereits 90% seiner

Einnahmen aus Exporten in westliche Länder für den Schuldendienst wird aufwenden müssen, erklärt, daß kaum etwas übrigbleibt für zusätzliche Importe zur Verbesserung des Produktionsapparates und weitere Kredite genommen werden müssen.

Angesichts der sich auch verschärfenden Versorgungskrise waren die Regierungen der EG-Länder hin- und hergerissen zwischen dem Wunsch, einiges aus ihren Beständen loszuschlagen – sie hatten Getreide und Rindfleisch im Auge, bevor Polen sich überhaupt geäußert hatte – und der Furcht, die auch dafür nötigen Kredite nicht mehr wiederzusehen. Jetzt sind Lieferungen in Höhe von 625 Mio. DM beschlossen. Sie sollen an die unverschämte Bedingung geknüpft werden, daß Polen die Waren nicht wieder ausführt.

Ein Mitglied der vor kurzem gebildeten Kommission für Wirtschaftsreform, Prof. Bobrowski, äußerte Befürchtungen, daß die Schaffung von Reserven kaum möglich sein werde. Offenbar sieht er die Schwierigkeiten nicht darin, daß zuwenig gearbeitet wird und hier durch Steigerungen die Krise zu bewältigen wäre. Nicht ausgenutzte Arbeitszeit als Reserven zu bezeichnen, nannte er „gefährlich für eine systematische Planung“ und die „Einschätzung der allernächsten Perspektiven“. Wirkliche Reserven seien Mittel, auf die man für den Import zurückgreifen könne, und er gibt zu bedenken: „Für die Änderung der Produktionsrichtungen braucht man viel Zeit und ein geordnetes Preissystem ... In der Landwirtschaft kann man die schnellsten Effekte durch eine andere Verteilung der Mittel erreichen. In der Industrieproduktion ist die Qualität am wichtigsten ... Aber alles zusammen ist wohl eine politische Sache.“

Die UdSSR hatte gute Gründe, ihrerseits Polen einen großen Kredit zu geben, da sie bei einem Zusammenbruch der Wirtschaft Polens fürchten muß, daß die Lieferung der von ihr bezogenen Produkte und darüber hinaus das ganze Wirtschaftsgefüge des RGW gefährdet ist. Davon wurde auch auf der Beratung der Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages am 5. Dezember in Moskau gesprochen. Das polnische Politbüro versicherte anschließend, es „schätze hoch die Solidarität und die Unterstützung seitens der UdSSR und anderer sozialistischer Bruderländer, die unserem Land geleistete Wirtschaftshilfe und Bereitschaft zu weiterer Hilfeleistung“ und bekräftigte seinen aktiven Beitrag zum „ökonomischen Potential des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“. Man muß fürchten, daß ohne Änderung der Austauschverhältnisse nur der Schuldenberg wächst.

Wichtige Verträge Polens mit dem Ausland

21.3.1945: Freundschafts- und Hilfeleistungsvertrag mit der UdSSR auf 30 Jahre.

25.1.1949: Gründung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) in Warschau. – Polen ist Gründungsmitglied.

6.7.1950: „Görlitzer Abkommen“ mit der DDR, in dem die polnische Westgrenze als endgültig anerkannt wird.

14.5.1955: Warschauer Pakt: „... Art. 3: Die Vertragschließenden Seiten werden sich in allen wichtigen internationalen Fragen, die ihre gemeinsamen Interessen berühren, beraten ...

Art.4: Im Fall eines bewaffneten Überfalls in Europa auf einen oder mehrere Teilnehmerstaaten des Vertrages seitens irgendeines oder einer Gruppe von Staaten wird jeder Teilnehmerstaat ... dem Staat oder den Staaten, die einem solchen Überfall ausgesetzt sind, sofortigen Beistand individuell und in Vereinbarung mit den anderen Teilnehmerstaaten des Vertrages, mit allen Mitteln, die ihnen erforderlich erscheinen, einschließlich der Anwendung von militärischer Gewalt erweisen ...

Art. 5: Die Vertragschließenden Seiten kamen überein, ein Vereintes Kommando derjenigen ihrer Streitkräfte zu schaffen, die nach Vereinbarung zwischen den Seiten diesem auf Grund gemeinsam festgelegter Grundsätze handelnden Kommando zur Verfügung gestellt werden ...“

7.3.1963: Dreijähriges Handelsabkommen mit der BRD.

7.12.1970: Grundlagenvertrag mit der BRD über die Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen:

„Art. I: (1) Die BRD und die VR Polen stellen übereinstimmend fest, daß die bestehenden Grenzlinien, deren Verlauf im Kapitel IX der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz festgelegt worden ist, die westliche Staatsgrenze der VR Polen bildet. (2) Sie bekräftigen die Unverletzlichkeit ihrer bestehenden Grenzen jetzt und in der Zukunft und verpflichten sich gegenseitig zur uneingeschränkten Achtung ihrer territorialen Integrität. (3) Sie erklären, daß sie gegeneinander keinerlei Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden ...“

Dazu stellte der Bundestag in einer Entschliebung vom 17.5.1972 fest: Die Verträge nehmen eine friedensvertragliche Regelung für Deutsch-

land nicht vorweg und schaffen *keine Rechtsgrundlage* für die heute bestehenden Grenzen ...“

1965: Verlängerung des Freundschaftsvertrages mit der UdSSR um 20 Jahre.

7.8.1971: RGW-Komplexprogramm verabschiedet:

„Art. I.1.1. ... Die Vertiefung und Vervollkommen der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit und Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration der Mitgliedsländer des RGW sind ein von den kommunistischen und Arbeiterparteien und den Regierungen der Mitgliedsländer des RGW bewußt und planmäßig gestalteter Prozeß der internationalen Arbeitsteilung ...

Kap. II.7. Vervollkommen der Valuta- und Finanzbeziehungen ... Zu diesem Zweck haben die Mitgliedsländer des RGW folgendes vereinbart: Kollektive Währung (transferabler Rubel) ... Die sozialistische Kollektive Währung (transferabler Rubel) hat eine reale Warendeckung auf der Grundlage der planmäßigen Entwicklung des Warenumsatzes der Mitgliedsländer des RGW nach abgestimmten Verkaufspreisen, die auf der Basis der Weltmarktpreise ... festgelegt werden ...“

6.10.1972: Polnisch-französische „Deklaration über Freundschaft und Zusammenarbeit“. 10-Jahres-Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit.

1974: 10-Jahres-Wirtschaftsabkommen mit Dänemark.

10.10.1975: Mit der BRD Kreditabkommen, Rentenabkommen, langfristiges Programm für wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie Protokoll über die Ausreise von 125000 Personen.

1975: 10-Jahres-Wirtschaftsabkommen mit Kuwait.

12.6.1976: Kulturabkommen, das u.a. die Zusammenarbeit bei den Schulbüchern regelt, und Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der BRD. Ferner 16 Kooperationsabkommen mit BRD-Unternehmen und Banken.

29.5.1977: Neuer Freundschaftsvertrag mit der DDR auf 25 Jahre.

14.4.1978: 5-Jahres-Handelsvertrag mit Schweden, nachdem schon 1975 ein 10-Jahres-Wirtschaftsabkommen geschlossen ist. Die gemeinsame Erklärung spricht sich für engere Zusammenarbeit der Staaten des Ostseeraums aus.

Bundeshaushalt „ge-gen Schmarotzer“

Das Bundeskabinett hat den Entwurf für den Bundeshaushalt 1981 vorgelegt. Finanzminister Matthöfer betont, es sei ein Entwurf und bis zum Mai noch einiges einzuarbeiten. Die Bourgeoisie schiebt: „Priorität gebührt allein der äußeren Sicherheit und der Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Stattdessen wird noch immer dem Wohlfahrtsstaat Vorrang gegeben.“ (FAZ 16.12.) Der Graf unter Freunden (Jahresversammlung der Arbeitgeberverbände) sagt's brutaler: Der Mißbrauch der staatlichen Arbeitslosenversicherung durch Drückeberger und Trittbrettfahrer, Schmarotzer im Sozialen Netz ... – Der Haushalt des Bundesamtes für Arbeit ist aber schon so niedrig angelegt, daß die Kapitalisten im Verwaltungsrat dagegenstimmten: Nur 3,7 Mrd. DM staatliche Zuschüsse setzten eine günstigere wirtschaftliche Entwicklung voraus. In den Beratungen wurde jedoch für den Haushalt der BfA noch einmal der Anteil der Leistungsempfänger gekürzt, offensichtlich mit der festen Absicht, dies durch das neue Arbeitsförderungsgesetz auch durchzusetzen.

Polizeipostenausweitung in Ba-Wü

Nachdem mit der Verwaltungsreform 1973 in Südwürttemberg von 103 Ein-Mann-Polizeiposten 30 aufgelöst wurden, sollen jetzt 14 mit mindestens 2, in der Regel jedoch mit mehreren Beamten wieder eingerichtet werden. Im Regbez. Freiburg sollen 26 solcher Posten eröffnet werden. Insgesamt ist die Zahl der Polizisten in Baden-Württemberg von 1976 = 17700 auf 1980 = 22400 angehoben worden.

BVG: Es genügt die Tat ...

Das Oberlandesgericht Karlsruhe verurteilte H. Rosenbaum, J. Noth, V. Hürle u.a. zu Schadensersatzzahlungen von über 27000 DM. Dieser Gesamtschaden sei dem Land Baden-Württemberg bei den Fahrpreiskämpfen 1975 in Heidelberg entstanden durch die Beschädigung von Polizeikleidung, Ausrüstungsgegenständen u.a. Als Beweisgrund

genügt die presserechtliche Verantwortlichkeit in Publikationen des KBW, die zu Demonstrationen aufgerufen hatten. Völlig unerheblich ist nach dieser Rechtssprechung der Beweis der Tat. Es genügt „die Duldung der Veröffentlichung von Streikaufrufen ... und Stellung im KBW ...“, bestätigt das BVG das Urteil des OLG bei J. Noth. Haftstrafen und Bußgeldzahlungen wurden gegen die o.g. wegen der Demonstrationen ebenfalls schon verhängt.

BP-Konzern will Preußag kaufen

Der britische BP-Konzern will von der staatlichen Westdeutschen Landesbank einen 40%-Anteil an der Preußag kaufen. BP, fünftgrößter Ölkonzern der Welt, würde dann 11% der Rohöl- und 4% der Erdgasförderung der BRD kontrollieren. Hauptgeschäft der Preußag ist die NE-Metall-Förderung und -verhüttung in der BRD und über den Besitz der AMC (London) in der Dritten Welt. Über eine Beteiligung der staatlichen VEBA an BP 1979 hat der BRD-Imperialismus seine Rohstoffinteressen gesichert.

Ausbildungsplatz-abgabe beseitigt

Das vom Bundestag 1976 verabschiedete Ausbildungsplatzförderungsgesetz wurde vom Bundesverfassungsgericht am 10. Dezember für nichtig erklärt. In diesem Gesetz ist die bisher nicht benutzte Möglichkeit einer Sonderabgabe von Kapitalisten zur Finanzierung der Berufsausbildung vorgesehen. Nach den Vorschriften des Gesetzes konnte die Bundesregierung bei Bedarf an Ausbildungsplätzen eine solche Umlage per Rechtsverordnung erheben. Die CDU und der Bundesrat waren dagegen. Die Regierung hat daraufhin das Gesetz für nicht durch den Bundesrat zustimmungspflichtig erklärt und es durch den Bundespräsidenten in Kraft setzen lassen. Mit der Nichtigkeitserklärung dieses Gesetzes hat das Gericht eine Reihe von Grundsätzen verfaßt, die sich für die Kapitalistenklasse noch als nützlich herausstellen werden: 1. Eine Sonderabgabe dürfe nur von bestimmten Personen erhoben und nur für bestimmte, diese Personen betreffende Interessen verwendet



Mit täglichen Demonstrationen protestierten in der vorletzten Woche die Volksmassen im besetzten Palästina gegen die Ausweitung der arabischen Bürgermeister von Hebron und Halhul Kawasmeh (r.) und Milhem (l.). Die zionistischen Besatzer hatten die Bürgermeister schon vor Monaten nach einer Aktion von Fedajin abgeschoben, was das israelische Oberste Gericht am 5.12. bestätigt hat. Truppen stürmten die Universität Bethlechem, wo tausende Studenten die palästinensische Fahne gehißt hatten, und schlossen die Hochschule „bis auf weiteres“. Die Studenten der Universitäten Bir Zeit und Nablus streikten. In Ramallah nahmen die Kolonialbehörden ausländische Journalisten, die über eine Schülerinnendemonstration berichten wollten, fest und erklärten die Stadt zum „Sperrgebiet“.

werden. Die Berufsausbildung steht danach nicht im allgemeinen Interesse, sondern nach Erklärung des Gerichtes im Interesse der Kapitalisten. In dieser Beziehung sei das Gesetz korrekt. Aus der Abgrenzung der „Sonderabgabe“ folgt u.a., daß es nicht verfassungsmäßig wäre, von den Kapitalisten eine „Sonderabgabe“ zur Tilgung der Staatsschuld z.B. zu verlangen. 2. Für nichtig erklärt wurde das Gesetz, da es verfahrensrechtliche Vorschriften enthalte, die zustimmungspflichtig seien. Konkret gemeint ist die Feststellung der Lohnsumme der einzelnen Betriebe. Damit so etwas möglich sein soll, müssen schon mindestens alle Organe des bürgerlichen Staatsapparates dafür sein.

Heizungsbau Westberlin: 5,9% mehr Lohn

Eine Lohnerhöhung von 5,9% hat die IGM für die 10000 Beschäftigten einschließlich Auszubildende im Bereich Heizungs-, Sanitär- und Klimatechnik in Westberlin für 1981 abgeschlossen. Ecklohn 1980: 13,36 DM/Sid., Ausbildungsvergütung im 1. Lehrjahr (2. Hj.): 494 DM.

Streiks in französischen Universitäten

„Straßburg im Streik, Toulouse im Streik, Generalstreik an den Universitäten!“, „Wir sind es leid auszuwandern“, unter diesen Rufen demonstrierten am 12.12. über 8000

Studenten in Paris. In den letzten Semesterferien hatte Universitätsministerin Saunier-Seite zahlreiche Studiengänge des 2. Zyklus (Staatsexamen/-Diplom) und 3. Zyklus (Ausbildung) vor allem an kleineren Provinzuniversitäten gestrichen. Tausende mußten wechseln oder gar wegen fehlenden Geldes ihr Studium abbrechen.

Guerillatätigkeit in Afghanistan

Die Sowjetunion nimmt die zunehmende Isolierung ihrer Invasionstruppen in Afghanistan zum Anlaß, neue Truppen dort einzusetzen, die älter und speziell auf den Anti-Guerillakrieg vorbereitet sind. Ausweiskontrollen und Razzien auch in der Hauptstadt Kabul werden verschärft, seit zum Kriegsdienst gepreßte afghanische Soldaten zu Hunderten desertieren und islamische Befreiungskämpfer einen erfolgreichen Angriff auf den Flughafen von Kabul durchgeführt haben. Die zersetzende Wirkung solcher Aktionen wird unterstützt durch an die Besatzer gerichtete Agitation der Befreiungskräfte. So werden in einem Flugblatt des „Antisowjetischen Blocks der Völker“ die sowjetischen Soldaten zur Verweigerung des Kriegsdienstes aufgerufen. Sie sollen die Heimkehr und den Abzug der sowjetischen Soldaten aus Afghanistan verlangen. Zudem werden sie an die schlechte Versorgung in der UdSSR erinnert.

NATO-Ministerratstagung

2,2 Mrd. als „Gastgeberlandunterstützung“? Apel weiß Besseres.

Noch vor der NATO-Ministerratstagung am 9./10. Dezember in Brüssel hatte

US-Verteidigungsminister Brown, mit dem Wind der sozialimperialistischen Drohungen gegen die polnische Arbeiterbewegung und der eigenen Gegen-Drohungen im Rücken, den Verbündeten ein hartes Gefecht angekündigt: Die USA, so Brown, dächten nicht daran, wie bisher „Europas Verteidigung“ zu tragen. – Die Mehrheit der kontinentaleuropäischen Imperiali-

wehr. Aber die Fähigkeit der USA, dieses Ziel zu erreichen, hängt ernsthaft davon ab, ob Standorte und Einrichtungen für die Lagerung der benötigten Ausrüstung ..., ausreichende Einrichtungen für Empfang und Weitertransport und weitreichende Gastgeberlandunterstützung bereitstehen.“

Vor allem in Mitteleuropa verlangen die USA die Bereitstellung von Gelände und Depots, direkten Zugriff auf Flughäfen und zivile Transporteinrich-

genüber Carters Vorlage auf 304 Mrd. DM aufgestockt haben.

Zwar haben die US-Imperialisten in diesem Jahr die Errichtung von Depots in Mittelnorwegen für die Ausrüstung von ca. 10000 US-Marineinfanteristen durchgesetzt; bisher hatte Norwegen die Stationierung fremder Truppen und Ausrüstungen immer noch abgelehnt. Offene Unterstützung für ihr Programm finden sie jedoch außer bei Kanada nur bei den britischen Imperialisten: Selbst Inselmacht mit Besatzungstruppen in der BRD und Westberlin, kann sich ihre militärische Position gegenüber dem westeuropäischen Hauptkonkurrenten dadurch nur verbessern. Die westdeutschen Imperialisten aber fühlten sich stark genug abzulehnen, zumindest jetzt und zumindest ohne Gegenleistungen.

Sie sind für weitere Aufrüstung. Bei einer realen Steigerung von 30% zwischen 1970 und 1980 ist ihr Militärhaushalt der zweitgrößte innerhalb der NATO. Über die „Eurogroup“ in der NATO nehmen sie direkten Einfluß auf die Aus- und Aufrüstung der westeuropäischen Mächte. Ebenso über die „Rüstungskoooperation“, deren eifrigste Befürworter und großen Profiteure sie sind. Im September brachte ein Generalmajor Birnstiel den alten Vorschlag einer „Europäischen Verteidigungsunion“ als militärischem Gegenstück zur EG erneut auf den Tisch: Es schiene ihm „an der Zeit zu überprüfen, ob Form und Inhalt des NATO-Bündnisses noch den veränderten politischen und strategischen Verhältnissen entsprechen und ob nicht das gestiegene Gewicht Westeuropas im Konzert der Mächte eine stärkere Berücksichtigung seiner Interessen notwendig macht“. – Auf der NATO-Ministerratstagung jedenfalls ließ sich Apel auf die Finanzierung des „Infrastrukturprogramms“ und die 3%-Erhöhung nicht festlegen. Einen militärischen Nachtragshaushalt kündigte er allerdings bereits an.



US-Marinekorps soldaten bei einer Retorger-Übung in der BRD. Die US-Imperialisten planen, ihre Truppen in Europa innerhalb kürzester Frist von jetzt 325 000 auf über 600 000 verdoppeln zu können.

sten will anders, als die US-Imperialisten wollen. Bereits in diesem Jahr hatten Italien, Belgien und Dänemark ihren Militärhaushalt real gesenkt. Für 1981 weigert sich neben Belgien, den Niederlanden und Dänemark die BRD, bislang immer noch Hauptantrieber gegenüber den europäischen Verbündeten, die Militärausgaben um die realen 3% zu erhöhen, die die NATO 1978 festgelegt hatte. Dem SPD-Pressedienst zufolge wird der westdeutsche Haushalt um real 0,8% auf 40,45 Mrd. DM plus einigen in anderen Etats verborgenen Milliardenposten aufgestockt. Tatsächlich geht es aber allen Beteiligten um anderes als das nackte Geld.

Die US-Absichten hat Vize-Verteidigungsminister Komer im Frühjahr in aller Deutlichkeit herausgestrichen: „Wir haben Pläne und Programme, die dahin zielen, die taktische US-Luftwaffenstärke in Europa innerhalb ca. einer Woche mehr als zu verdreifachen und die US-Landstreitkräfte in weniger als zwei Wochen zu verdoppeln. Dies würde bis 1984 eine größere US-Boden/Luft-Feuerkraft in Europa produzieren als die der gesamten Bundes-

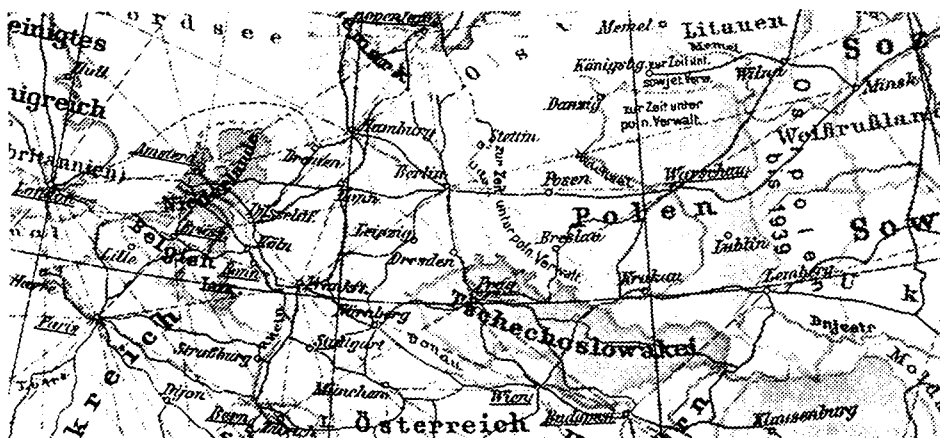
tungen, auf Treibstofflager, kurz auf die ganze Logistik, die einschließlich des NATO-Rohrleitungssystems CEPES nationalem, nicht NATO-Oberkommando untersteht. Sie beabsichtigen also nichts weniger, als „Europas Verteidigung“ abzugeben, sondern im Gegenteil eine entscheidende Stärkung ihrer Militärmacht in Europa durch die Möglichkeit schnellster Truppenverstärkungen, nicht nur gegenüber dem sozialimperialistischen Rivalen, sondern gerade auch gegenüber den europäischen Verbündeten – und vor allem auf deren Rechnung. 8,5 Mrd. DM sollen diese bis 1984 für das verlangte „Infrastrukturprogramm“ zahlen, 2,2 Mrd. DM davon die westdeutschen Imperialisten.

Die US-Imperialisten selbst könnten sich dann auf die Stärkung ihres strategischen Atomwaffenpotentials, auf die Abwicklung des Mittelstreckenraketenprogramms, auf den Ausbau ihrer Seeherrschaft und die Aufrüstung ihrer Truppen konzentrieren. Dies sind auch die Schwerpunkte ihres Haushaltes, den jetzt Senat und Repräsentantenhaus noch einmal um 11 Mrd. DM ge-

KMK

Kriegsvorbereitung als Unterrichtsfach

Am 5.12. hatte sich Bundesverteidigungsminister Apel mit den Kultusministern der Länder ausgesprochen und vereinbart, daß sich vier von ihnen an die Ausarbeitung einer Empfehlung über die Behandlung der Bundeswehr und der sog. Sicherheitspolitik im Unterricht machen. Man habe sich über die Parteiengrenzen hinweg verstanden. Auf der nächsten Kultusministerkonferenz soll dann beschlossen werden, wie die Kriegsvorbereitung im Unterricht konkret aussehen soll.



Die SPD hat bisher dieses heiße Eisen gescheut. Große Teile der Gewerkschaften, auch die Lehrer in der GEW sind gegen Wehrkunde in der Schule. Allensbacher Meinungsforschern wird seit 1955 von 50% der Befragten versichert, daß „Verteidigung der Demokratie“ kein Krieg wert sei, und 70% sind auf jeden Fall gegen „Verteidigung mit atomaren Mitteln“. Viele haben ihre Erfahrungen gerade aus der Bundeswehr, weshalb jetzt die Bildungsanstalten mit einbezogen werden sollen.

„Die Integration der Streitkräfte in die staatliche und gesellschaftliche Ordnung hat nicht nur institutionelle Aspekte, sondern setzt die geistige und politische Verarbeitung der Landesverteidigung im Volk voraus. Eine gegen- teilige Entwicklung würde einen gefährlichen psychologischen Faktor für die Handlungsfähigkeit der Streitkräfte darstellen ... Im Schul- und Bildungsbereich müssen verstärkte Anstrengungen unternommen werden, die Jugend intensiver an Fragen der Landesverteidigung und der Wehrpflicht

heranzuführen ...“ (Bericht des Verteidigungsausschusses über die Auseinandersetzungen um die Rekrutenvereidigung in Bremen, 8.9.80).

Wegen ihrer zunehmenden Kriegsvorbereitungen, müssen die Imperialisten die Handlungsfähigkeit ihrer Armee gewährleisten. Deshalb muß sich die westdeutsche Bourgeoisie auf das Risiko einlassen, die Vorbereitung des imperialistischen Krieges unter dem Namen Sicherheitspolitik im Unterricht zu behandeln. Gleichzeitig konnte sich die Kultusministerkonferenz nicht auf einheitliche Regelungen zur Darstellung der deutschen Grenzen in den Schul-Atlanten einigen. Die Mehrheit unter ihnen (CDU/CSU) vertritt u.a.: „Die Grenze zwischen der BRD und der DDR ist als Grenze besonderer Art zu kennzeichnen ... es werden nur solche Atlanten und Schulbücher zugelassen, die eine deutliche Darstellung der Grenzen Deutschlands von 1937 auf allen Karten, die politische Grenzen aufweisen, enthalten ...“. So liefern sie gleich Beweismaterial für ihre Kriegsziele.

Europäische Gemeinschaft

Schlachtbulletins unbefriedigend, Bourgeoisie reformiert Agrarpolitik

Es ist eine wirklich konzentrierte Aktion, mit der jetzt auf Reform der EG-Agrarpolitik gedrängt wird. Nach verschiedenen westeuropäischen Sozialdemokratien, nach der britischen Regierung, nach den „Sachverständigen“ und des Kanzlers Regierungserklärung hat nun auch EG-Landwirtschaftskommissar Gundelach sein Programm vorgelegt. Die Reformvorschläge gleichen sich bis ins Detail, und aus jeder Maßnahme blickt unverhüllt die Absicht hervor: Die Finanzbourgeois in der EG nehmen die beschleunigte Enteignung von Millionenmassen selbstarbeitender Bauern und die Konzentration des Bodens und der landwirtschaftlichen Produktion in den Händen kapitalistischer, Lohnarbeit ausbeutender Großagrarier in Angriff.

Jeder einzelne der sich aus den Vorschlägen herauschälenden Schwerpunkte bedeutet Erzeugerpreissenkung, und ihre Kombination wird für wahrlich ungekanntes Ausmaß sorgen:

- Die Landwirtschaftsminister erhöhen die EG-Agrarpreise in den nächsten Jahren nicht oder kaum.
- Die sogenannte „Mitverantwortungsabgabe“, seit 1977 den milchwirtschaftenden Bauern auferlegt, im Wirtschaftsjahr 80/81 von 0,5 auf 2% des Erzeugerpreises erhöht, im nächsten Jahr noch weiter ausgebaut, wird auf alle „Überschuprodukte“ ausgeweitet, d.h. vor allem auf Fleisch und Getreide.
- Die staatlichen Interventionskäufe werden ganz oder weitreichend eingestellt.

Letzteres ist der eigentliche Kern der Reform. Die Interventionen sind Bestandteil der „Gemeinsamen Marktordnungen“, die seit 1967 für die inzwischen meisten landwirtschaftlichen Produkte eingeführt wurden und die sich bei der langjährigen Steigerung der Produktivität und der realen Senkung des Erzeugerpreisniveaus bewährten. Seit Jahren jedoch klafft noch bei jeder EG-Haushaltsdebatte die gesamte Pressemeute über „teure Subventionen für die Landwirtschaft“ und meint damit die Marktordnungs- ausgaben, insbesondere die Interventionsausgaben. Nun sind die Interventionen allerdings alles andere als ein Geschenk an die Bauern: Diese verkaufen Produkte, die sie sonst auf dem Markt nicht verkaufen können, an die staatlichen Interventionsstellen, und zwar zu einem Preis, der gewöhnlich um über 10% unter dem Erzeugerpreis liegt. Obwohl sich die Finanzbourgeoisie damit billig den Zugriff verschafft, drängt es sie, die Kosten für Aufkauf und Lagerung, die 1979 auf fast 12 Mrd. DM anstiegen, loszuwerden. Erstens, weil die Interventionspreise, obwohl sie so niedrig liegen, immer noch preisstützende Wirkung haben.

Dies geht aus der folgenden Tabelle hervor. Der Aufkauf so beträchtlicher „überschüssiger“ Mengen, und sei es zu niedrigstem Preis, verhindert immerhin noch stärkeren Druck auf die Erzeugerpreise.

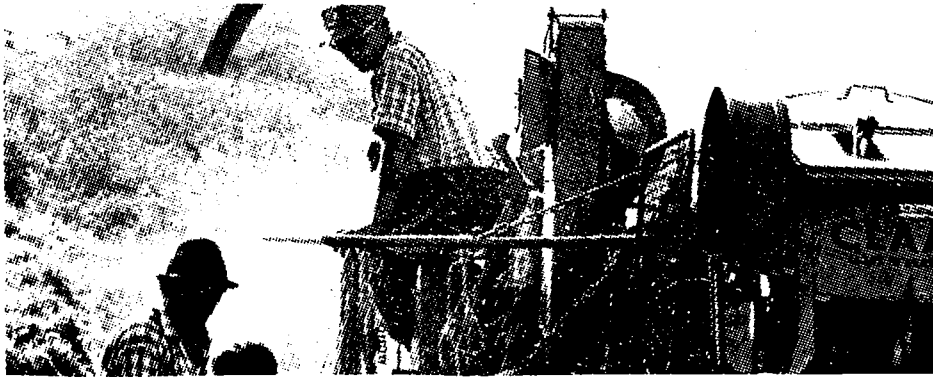
Ausgewählte Interventionen 1978

	Menge in 1000 t	in % der Produktion
Weichweizen ..	542	1,4
Roggen	460	16,0
Rindfleisch ...	330	5,1
Butter	347	17,7
Magermilchp .	467	21,1

Quelle: Die Lage der Landwirtschaft in der Gemeinschaft, Bericht 1979. Brüssel 1980. Angaben für Rindfleisch (ohne Knochen) 1979.

Zweitens sind die Interventionsausgaben schwerlich so gezielt zur „Strukturereinigung“ einzusetzen, wie die Bourgeois das wünschen. Warum also die Gelder, wenn, nicht direkt zur Vernichtung der Kleinbauern und zur Förderung der Großagrarier einsetzen?

Seit ungefähr 1975 stagniert die Bauernvernichtungsrate, ja teilweise sinkt sie sogar. Trotz nicht nur real, sondern selbst nominal fallender Einkommen klammern sich Hunderttausende von Bauern an einen Fetzen Land, der längst nicht mehr ihnen gehört, sondern den Banken. Die unterste Schranke ihrer Existenz – der Arbeitslohn, den sie sich selbst zahlen – hat sich immer weiter nach unten verschoben und ist weit eher durch die nationalen Sozialhilfesätze als etwa durch den Durchschnittslohn gekennzeichnet.



Der Einsatz moderner, aber teurer Maschinerie ist für die kleinen und mittleren Bauern unverzichtbar und beschleunigt zugleich ihren Ruin.

Aber auf dem überfüllten Arbeitsmarkt, bei einem Arbeitslosenheer von inzwischen über 7 Millionen in der EG, finden sie keinen Ausbeuter, der ihre Arbeitskraft kauft, und deshalb haben sie gar keine Wahl.

Unter diesen Bauern wird die beabsichtigte Reform mit der Wucht eines Fallbeils wirken. Die Verelendung wird wachsen und zweifelsohne auf den Lohnstandard drücken. Um den Enteignungsvorgang von Hunderttausenden zu beschleunigen, will die EG-Kommission, ohne die finanziellen Mittel *bedeutend* zu erhöhen, andere Instrumente der EG-Agrarpolitik schärfen. Der Haushaltstitel „Förderung der Aufgabe landwirtschaftlicher Erwerbstätigkeit und der Verwendung landwirtschaftlich genutzter Fläche zur Strukturverbesserung“, 1972 eingerichtet als Ergänzung zu entsprechenden nationalen Programmen, soll durch einen Teil der freigesetzten Gelder aufgestockt werden. 21% der bäuerlichen Betriebsleiter sind über 65 Jahre, weitere 23% zwischen 55 und 65 Jahren. Man bietet ihnen ein paar Pfennige als Rente, setzt insgesamt einige Millionen Mark mehr ein – und

„mobilisiert“, so der amtliche Jargon, auf diese schnelle Weise allein rund ein Drittel des landwirtschaftlich genutzten Bodens, bis zu 30 Mio. ha.

Um dann auch zu gewährleisten, daß das von den Bauernmassen befreite Land den Richtigen *billig* zufällt – die Boden- und Pachtpreise sind mittlerweile so hoch, daß selbst mittlere Bauern kaum hinzukaufen oder -pachten können –, wird zugleich der Haushaltstitel „Modernisierung der landwirtschaftlichen Betriebe“ ausgeweitet. Bisher fehlt es den Bourgeois hier an Geldmitteln. Schließlich stehen zur direkten Förderung der Konzentration in der Landwirtschaft zahlreiche Posten unter dem Stichwort „Beihilfen für ...“ zur Verfügung, die nach Bedarf erhöht werden können.

Die angestrebte Reform der EG-Agrarpolitik ist die Neuauflage des berühmten „Mansholt-Planes“ von 1968, den die Finanzbourgeoisie aufgrund des erbitterten Widerstandes der Bauern niemals vollständig hat durchsetzen können. Wird sie jetzt können? Entschlossen ist sie bis zum Äußersten. Mit der bisherigen Agrarpolitik hat sie in der Konkurrenz auf den Weltagrarmärkten beträchtlich aufholen können, insbesondere bei Milchprodukten, Fleisch und auch Getreide. Über acht Millionen Bauern haben dies innerhalb von 20 Jahren mit ihrer Existenz bezahlt. Nun soll die Trennung der landwirtschaftlichen Produzenten von ihren Produktionsmitteln weitgehend abgeschlossen werden, damit auch die Trennung der Produzenten von den Lebensmitteln.

Es sind ausgerechnet die Sozialdemokraten, die sich zum entschiedensten Fürsprecher dieser Entwicklung aufwerfen, die weitere Millionen Bauern ins Proletariat herabstößt. Wenn aber die Arbeiterbewegung die Bauernmassen im Kampf gegen die Vernichtung ihrer Existenz nicht unterstützt, wird sie sie unvermeidlich an die Reaktion verlieren, wird jeder Fortschritt der Arbeiterbewegung selbst unendlich erschwert.

Es sind ausgerechnet die Sozialdemokraten, die sich zum entschiedensten Fürsprecher dieser Entwicklung aufwerfen, die weitere Millionen Bauern ins Proletariat herabstößt. Wenn aber die Arbeiterbewegung die Bauernmassen im Kampf gegen die Vernichtung ihrer Existenz nicht unterstützt, wird sie sie unvermeidlich an die Reaktion verlieren, wird jeder Fortschritt der Arbeiterbewegung selbst unendlich erschwert.

Krankenhaus Heilung offiziell aufgegeben

„Die Bundesregierung wird das Krankenhausfinanzierungsgesetz wieder einbringen, und zwar unter Konzentration auf die Kostendämpfung“, kündigte Bundeskanzler Schmidt in seiner Regierungserklärung an. Im Frühjahr hatte der Bundesrat nach mehrmonatigem Parlamentszirkus das neue Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) abgelehnt, keineswegs wegen der beabsichtigten Kostendämpfung, sondern weil die Bundesländer einen um 500 – 700 Mio. DM jährlich höheren Bundesanteil an den Krankenhausinvestitionen verlangten.

Die Kostendämpfung im Krankenhauswesen ist alt. Mit der Verordnung über Pflegesätze von Krankenanstalten 1954 z.B. sollten „nicht nur die Kosten- und Ertragslage der Krankenanstalten, sondern auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der beteiligten Sozialversicherungen berücksichtigt“ werden (Erhard). Wegen der zu niedrigen Pflegesätze entstanden jährlich ungefähr 2 Mrd. DM Defizite allein bei den öffentlichen Krankenanstalten. Damit konnte einerseits Druck auf die Krankenhäuser ausgeübt werden, die Grenzen der Behandlung unter Kostengesichtspunkten zu setzen, andererseits mußten diese Defizite aber aus dem Staatshaushalt beglichen werden.

Mit dem Krankenhausfinanzierungsgesetz von 1972 hat die Bundesregierung dies abgestellt. Die laufenden Kosten der Krankenhäuser mußten über die Pflegesätze abgedeckt werden. Staatliche Zuschüsse gibt es nur noch für Investitionen im Rahmen eines reduzierten Bedarfsplanes. Die Ausga-

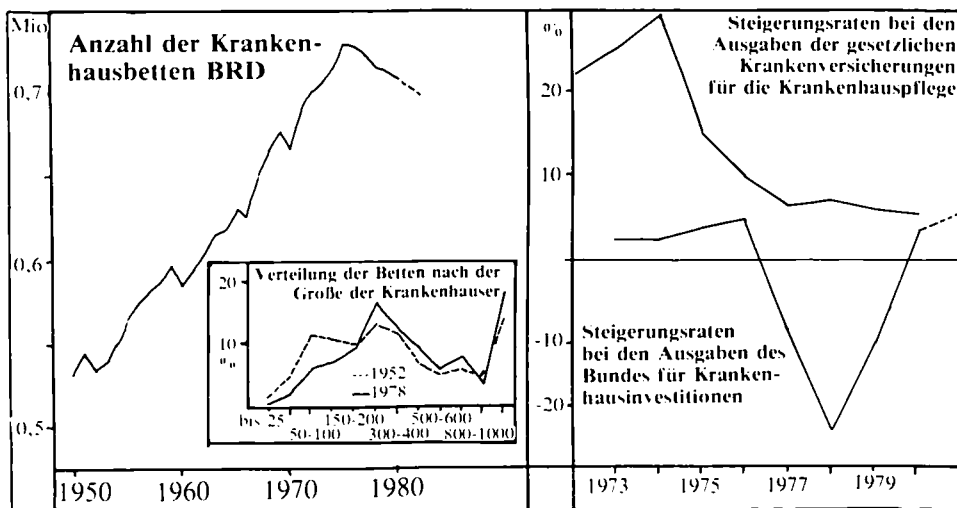


In beiden Weltkriegen wurde Grundland unter den Pflug genommen, die Milch- und Fettwirtschaft entsprechend eingeschränkt. Eklatanter Fettmangel, zwangsläufige Folge, fördert indes nicht gerade den Patriotismus. Die EG baut vor. Die Butterverkäufe an die SU und die Aktion „Weihnachtsbutter“ sind gestoppt, die Lager (Bild: Butterlagerung in der BRD) werden weiter aufgestockt.

ben der gesetzlichen Krankenkassen für Krankenhauspflege stiegen sprunghaft mit Raten bis zu 30% (1974) von 9,3 Mrd. DM 1972 auf 21,9 Mrd. DM 1978. Da die Bundesregierung bei der Festsetzung der Pflegesätze nur die Kosten eines „sparsam wirtschaftenden und leistungsfähigen Krankenhauses“ berücksichtigt wissen wollte, erzwang sie Stilllegung von Krankenhäusern, Bettenstreichungen, Steigerung der Arbeitsintensität, Verkürzung der Liegezeiten sowie eine einheitliche Rechnungsführung, um die „Wirtschaftlichkeit“ überprüfbar zu machen und durchsetzen zu können. Damit ist die Steigerungsrate auf 6% im Jahre 1979 (1978: 6,8%; 1977: 6,27%) gedrückt,

neimittelverbrauch festlegt und die „Struktur“ entsprechend ändert. Die nächsten Empfehlungen sollen auf der Grundlage des Jahreswirtschaftsberichtes der Bundesregierung im März verhängt werden, und der Kanzler will die fehlenden Bereiche, Krankenhäuser, Zahnersatz, Heil- und Hilfsmittel, dabei haben. Ausgehend davon müssen die Krankenkassen und die Träger der Krankenhäuser in „Selbstverwaltung“ die Pflegesätze, d.h. die nötigen Kürzungen bei der Versorgung der Versicherten aushandeln.

Daß bei dieser Kostendämpfung eine Heilung von Krankheiten gar nicht mehr möglich ist, wird im Gesetzestext jetzt offiziell zugegeben und festgelegt.



wie die bei den Gesamtausgaben der Krankenkassen. Sie hält sich im Rahmen der Einnahmenentwicklung, d.h. der Entwicklung des durchschnittlichen Grundlohnes der Versicherten, was erklärtes Ziel der Bundesregierung mit den Ehrenbergischen Kostendämpfungsmaßnahmen ist.

Die Erhöhung der Krankenkassenbeiträge um durchschnittlich 0,5% ab 1.1.1980 auf durchschnittlich 12,2% ist keineswegs ein Zeichen für etwa mißlungene Kostendämpfung, sondern Ergebnis der Rentenkürzung: 11% der Rentensumme wird an die Krankenkassen abgeführt, nach dem 21. Rentenanpassungsgesetz waren es 6 Mrd. DM weniger.

Da aber 30% des Haushaltsvolumens der Krankenversicherung für den Krankenhausbereich ausgegeben werden, sieht Ehrenberg „gute Gründe“, dort die Ausgabensteigerung „deutlich unter diese Orientierungsmarke“, d.h. unter die Entwicklung des Grundlohnes zu drücken. Dafür braucht die Bourgeoisie das neue Krankenhausfinanzierungsgesetz.

Die Krankenhäuser müssen in die „Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen“, die seit dem Kostendämpfungsgesetz 1977 verbindliche Richtlinien für die Ausgabenentwicklung bei der ambulanten Versorgung und Arz-

Im gegenwärtig noch gültigen Gesetzestext heißt es: „Krankenhäuser sind Einrichtungen, in denen durch ärztliche und pflegerische Hilfeleistungen Krankheiten, Leiden oder Körperschäden festgestellt, geheilt oder gelindert werden sollen ...“ (§2,1). Im neuen Gesetzentwurf ist dagegen geplant: „... Krankenhäuser im Sinne dieses Gesetzes sind Einrichtungen, in denen durch ärztliche und pflegerische Hilfeleistungen Krankheiten erkannt, kranke Menschen behandelt oder ihre Krankheitsbeschwerden gelindert werden sollen ...“ (§3).

Sparprämien Prämien gestrichen – Wertpapiere gefördert

Die Sparförderung gehört zu den Subventionen, die von der Bundesregierung im Zuge der Haushaltsgesetzgebung als erstes gekürzt wurden. Die Wohnungsbauprämien werden von 18 auf 14% gesenkt; das Sparprämien-gesetz, nach dem bisher Spareinlagen zu 14% prämiiert werden konnten, wird ganz gestrichen und damit auch die Möglichkeit einer Doppelförderung über das 624-DM-Gesetz und das Prä-

miensparen. Ebenso ist der steuerliche Sonderausgabenabzug für kleine Lebensversicherungen von der Streichung betroffen. Die Festlegungsfrist für „unechte Bausparer“ wurde von sieben auf zehn Jahre verlängert. Minderungen der Haushaltsausgaben werden erst in den auf 1981 folgenden Jahren wirksam. So sollen 1984 durch die Gesetzesänderungen etwa 1,45 Mrd. DM an Sparförderung eingespart werden.

Die Regierung erklärt, die Sparförderung sei „ineffektiv“ geworden. Die Sparquote – 1979 betrug sie 13,1% – sei so hoch, daß von einem durch Prämiensparen bewirkten „Konsumverzicht“ nicht mehr die Rede sein könne. Mit anderen Worten: Aus den Arbeiterhaushalten werden sowieso keine Mittel in lohnendem Umfang für den Geld- und Kapitalmarkt mehr flüssig gemacht werden können über die mit dem 624-DM-Gesetz erreichte Wirkung hinaus. Soweit es um die Anschaffung eines Autos geht, werden sie nach der Streichung der dafür immerhin noch etwas lohnenden Doppelförderung schlicht auf den Bankkredit verwiesen. Das belebt das Bankgeschäft und steigert deren Zinsertrag. Die Anschaffung von Wohnungseigentum ist bei den erreichten Preisen für den Arbeiterhaushalt sowieso Illusion.

Anders dagegen ist die Wirkung auf den Kleinbesitz und die Teile der Mittelschichten, die tatsächlich von ihrem Einkommen Geld eben übrig haben, das sie nicht verbrauchen. Im durchschnittlichen Vermögensstand je Spar-er bei den Sparkassen im vergangenen Jahr ist die Kluft deutlich: Arbeiter mit Sparguthaben wurden mit einem durchschnittlichen „Vermögen“ von 6288 DM registriert, die Selbständigen wiesen 19789 DM und die „freien Berufe“ sogar 25349 DM auf.

Diese besser gestellten Einkommenschichten werden durch die Kürzung bzw. Streichung der gesetzlichen Sparprämien mit Wucht in neue Anlageformen gedrängt: Wertpapiersparen, Termineinlagen, Bundesschatzbriefe oder Aktien z.B. Da die Verzinsung dieser Anlageformen – die Aktie ausgenommen – hoch ist, hat das Geschäft mit Termineinlagen und Wertpapieren in den letzten Jahren sowieso zugenommen. Der Anteil der prämiengünstigten Einlagen ist dagegen von 12,2% aller Spareinlagen 1975 auf 8,9% im letzten Jahr gesunken. Durch die Streichung der Sparprämien will die Regierung dieser Entwicklung druckvoll nachhelfen. Durch den Erwerb von Bundesschatzbriefen oder Wertpapieren möchte vielleicht in den etwas besser gestellten Schichten das Interesse wachsen, daß die Staatsschuld durch Steuer gedeckt wird und die Kapitalinvestitionen im Ausland sicher und lohnend sind.

Lohnbewegung 1981 IG Metall experimentiert

Die IG Metall wird in dieser Lohnbewegung in ihren Tarifbezirken mit unterschiedlichen Forderungen gegen die Kapitalisten auftreten. Im Nordverbund fordert die IG Metall 7,7% und auf der Festgeldseite 125 DM; d.h. sie fordert praktisch sowohl für die Frauenlöhne wie für die niedrigsten Männerlöhne Festgeld. Im Tarifbezirk Hessen fordert die IG Metall 8%, für die Lohngruppen bis 5 aber eine Vorweganhebung um 25 DM, für die Angestellten eine Streichung aller Geldbeträge unter 1415 DM aus der Gehaltstabelle, eine etwas andere Form der Vorweganhebung. Diese Forderung ist ebenfalls sowohl für die Frauenlöhne wirksam, wie für die niedrigen Männerlöhne. In Baden-Württemberg fordert die Tarifkommission 8% und auf der Festgeldseite 107 DM. Allerdings munkt man dort von der Absicht der IG Metall, die 107 DM nicht etwa gebunden an eine bestimmte Lohngruppe zu verhandeln, sondern sozusagen zuerst durchzusetzen, so daß, je nachdem, wie weit die IG Metall auf der Prozentseite zurück muß, die Festgeldseite in immer höhere Lohn- und Gehaltsgruppen reichen würde. Die Westberliner IG Metall zieht sich mit einer reinen Prozentforderung aus der Schußlinie der Kapitalisten. Für NRW,

Lohngruppen und deren Geldbeträge (in Pf.) in der Metallindustrie

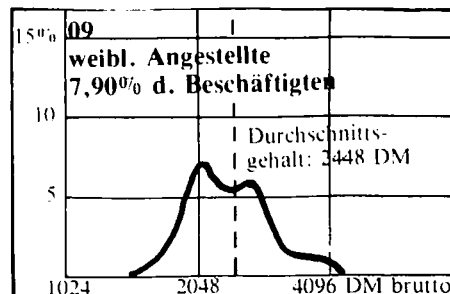
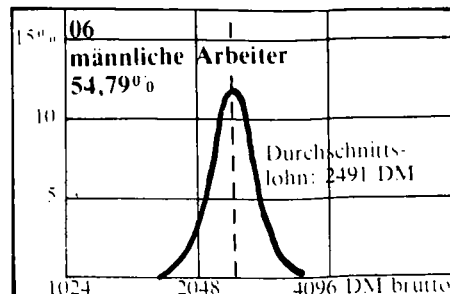
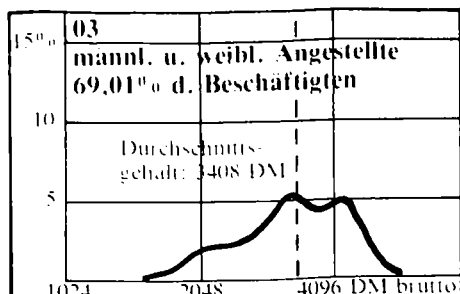
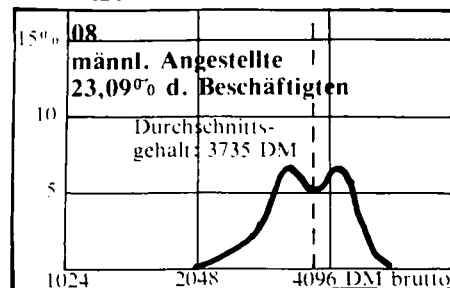
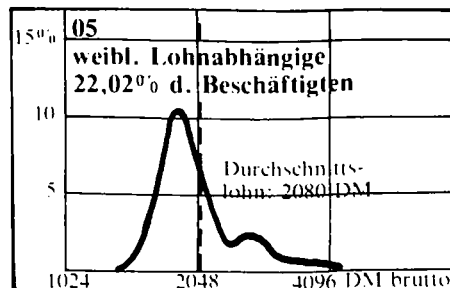
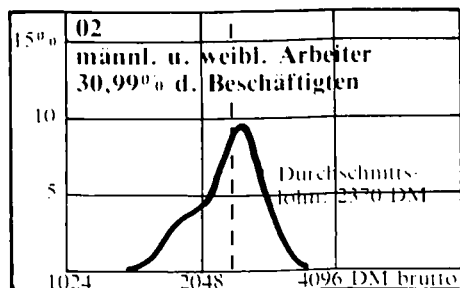
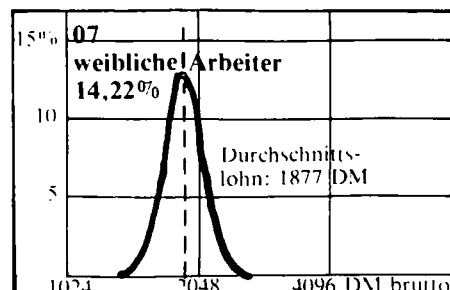
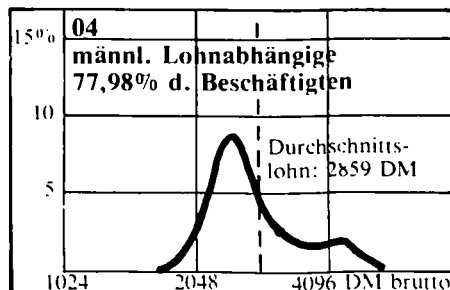
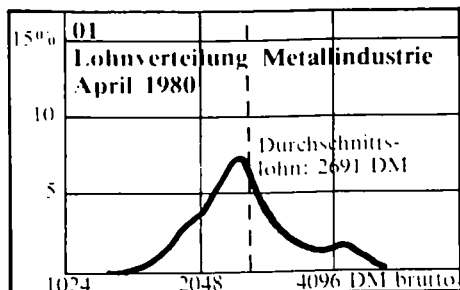
Tarifgebiet	Lohngruppen											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Bayern	711	757	813	813	842	907	935	1029	1122	1244		
Berlin	761	794	822	878	935	1028	1121	1243				
Hamburg		767	795	804	842	888	935	1010	1103	1244		
Hessen		757	785	827	874	935	1029	1122	1244			
Niedersachsen	753	766	793	824	842	879	930	1023	1116	1237		
NRW		767	785	823	860	898	935	1010	1103	1244		
N.westl. NDS		762	795	842	888	935	1029	1085	1244			
N.württ./N.baden	763	763	797	821	849	888	935	1001	1066	1130	1196	1263
Pfalz/Rheinl.-Rh.hessen ..			757	776	799	837	870	935	1029	1122	1244	
Saarl.(1)	767	785	827	870	935	1029	1122	1244				
Schlesw.Hol ..		753	795	870	898	935	1010	1094	1244			
Südbaden	763	763	797	821	849	888	932	1027	1118	1240		
Südwürttb.-Hohenzollern ..	763	763	797	821	849	888	932	1027	1118	1240		
Unterwesergeb		762	771	795	813	860	888	935	1010	1122	1244	

(1) 02/03: 767

wo im vorigen Jahr der Verlust der Festgeldseite verhandelt wurde, steht bei Redaktionsschluß dieses Heftes die Forderung noch nicht fest. Kenner der Tariflage auf der Kapitalistenseite hoffen, daß NRW reine Prozente aufstellt und dann in NRW ein Musterabschluß gelingt, dem sich die anderen fügen müßten. Tatsächlich würde eine reine Prozentforderung für NRW die Gesamtlage ziemlich schwierig machen. Aber auch so ist die Lage der durch die IG Metall zusammengeschlossenen Belegschaften in dieser Lohnbewegung nicht sehr erfreulich.

Da nicht zu erwarten ist, daß die vollständige Überwälzung der Tarifloohnerhöhung auf die effektiv gezahlten Löhne und Gehälter gelingt, bieten diese Forderungen, selbst wenn sie sehr

weitgehend realisiert würden, einen ausreichenden Schutz des realen Lohnstandards nicht. Da ferner bei der Einstellungspolitik im ganzen letzten Jahr schon zu beobachten war, daß gerade im Bereich des Ecklohnes von den Kapitalisten auf Spreizung der Lohnverteilung hingearbeitet wird, und da die Festgeldseite der Forderungen aber in diese Zone in keinem Fall hineinreicht, wirken die Forderungen den Spaltungsbemühungen der Kapitalisten gerade in diesem Bereich praktisch nicht entgegen, woraus in nicht allzu ferner Zukunft größere Probleme entstehen können. Die Forderung für Baden-Württemberg schließlich, die eine Festgeldseite praktisch nur für die niedrigsten Frauenlöhne ansetzt, geht anscheinend davon aus, daß die großen



Betriebe des Fahrzeugbaus z.B. für die Prozenzseite der Forderung kämpfen sollen und diejenigen Betriebe, in denen im großen Maßstab Frauen zu Niedrigstlöhnen beschäftigt sind, für die Festgeldseite. Diese Verschiedenheit in der Taktik könnte sich leicht zu einer handfesten Spaltung auswachsen. Denn im Falle der niedrigen Frauenlöhne sind durchaus nicht irgendwelche zurückgebliebenen, von den Besitzverhältnissen her etwa aufgesplittete Einzelkapitalisten der Gegner, sondern Monopolbrocken wie die AEG und die Siemens AG, die ihre Interessen zu wahren wissen und wo man sich kaum vorstellen kann, daß sie anders zu schlagen wären als in einer einheitlichen Bewegung aller Belegschaften der metallverarbeitenden Industrie.

Flugzeugindustrie MBB erwirbt nationales Flugzeugmonopol

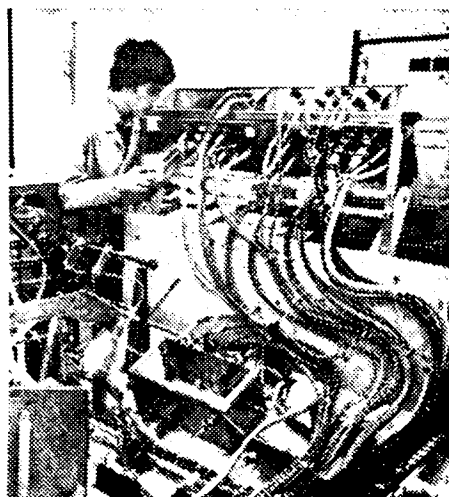
Seit 1968 wird die Konzentration in der Flugzeugindustrie systematisch durch die Bundesregierung beeinflusst. Die Fusionierung von Messerschmidt, Bölkow und Blohm war ein Jahr später das Resultat. Die Bundesregierung hat dies durch Sperrung von Förderungsmitteln erreicht. Sie hat jetzt bei der Fusionierung zwischen MBB und VFW mit der gleichen Taktik gearbeitet. MBB hat VFW übernommen und den ehemaligen Eignern 10% der Anteile von MBB übertragen. Diese Entwicklung wurde auch dadurch beschleunigt, daß VFW zu 35% für die zivile Luftfahrt produziert und sich mit dem Kurzstreckenjet VFW 614 nicht durchsetzen konnte.

37000 Beschäftigte mit einem Gesamtumsatz von 4,3 Milliarden DM kann der neue Konzern aufweisen. Die Bundesregierung geht von mehreren Hundert Millionen Mark Einsparungen im Airbusprogramm durch die Zusammenlegung der beiden Firmen aus. Der Airbus wird durch westdeutsche und französische Konzerne produziert. Der westdeutsche Anteil ist jetzt durch die Fusionierung zu 100% bei MBB. Im nächsten Jahr sollen 40 bis 50 Flugzeuge dieses Typs montiert werden. Der Airbus alleine ist kein Konkurrent gegen den großen Flugzeugkonzern Boeing mit seinen verschiedenen Maschinentypen. Alleine 134 Boeing-727, dem Airbus-Konkurrenzmodell, hat der amerikanische Flugzeugkonzern noch in diesem Jahr ausliefern können. Für die Boeing-767 stehen bereits vor Produktionsbeginn 152 Festaufträge und 136 Optionen fest. 70% aller Verkehrsflugzeuge stellt Boeing her. Vom Groß-Jet 747 will Boeing insgesamt 558 Flugzeuge verkaufen. Der europäi-

schen Flugzeugindustrie steht neben weiteren großen amerikanischen Flugzeugkonzernen wie McDonnell Douglas und Lockheed auch japanische Konkurrenz bevor. Die japanischen Konzerne arbeiten jetzt zusammen an einem Triebwerk für die Boeing-737.

Die europäischen Konzerne werden also ihre Zusammenarbeit vergrößern. Ein nationaler Flugzeugkonzern MBB kann hierbei eine maßgebliche Rolle spielen. Die Konzentration in den anderen europäischen Ländern ist jetzt ebenfalls fortgeschritten, eine engere Zusammenarbeit in Europa entscheidend. Langfristig werden auch engere Vereinbarungen getroffen werden, um den großen, zentralisierten, amerikanischen Konzernen durch dezentralisierte Produktionsmethoden mit schnellen und großen Kapazitäten entgegenzutreten. Bei der Produktion des Airbus wird die Sektionsbauweise eingeführt. Das heißt, fertige Großbauteile werden zum Schluß an einem Ort zusammengefügt.

Aber weder beim Airbus noch beim Kampfflugzeug Tornado werden gesamteuropäische Projekte durchgeführt. Der Tornado ist ein Gemeinschaftsprodukt von Westdeutschland, Großbritannien und Italien. Eine gesamteuropäische Kooperation bei dem taktischen Kampfflugzeug der neunziger Jahre, der TKF-90, ist zwischen verschiedenen europäischen Ländern in Verhandlung. Vor allem die Bundes-



regierung will mit MBB erhebliche Teile dieses Programms „erringen“. Die Ausgangsbedingungen sind nicht schlecht. 644 Kampfflugzeuge vom Typ Tornado werden an die NATO geliefert. Der TKF-90 wäre dann der Anschlußauftrag für MBB.

Ähnlich sieht es bei der Hubschrauberproduktion aus. Mit dem PAH-1, einem Panzerabwehrhubschrauber, hat MBB eine Waffe produziert, die internationale Anerkennung findet. MBB zeigt sich jetzt gesprächsbereit, den Nachfolger in den nächsten Jahren als gesamteuropäische Neukonzeption anlaufen zu lassen.

Österreich Finanzminister steigt auf

Am 11. Dezember – genau einen Monat nach Beginn der Haushaltsdebatte 1981 im Finanzausschuß des österreichischen Parlaments – gab Finanzminister und Vizekanzler Androsch seinen Rücktritt bekannt. Dem Rücktritt haftet scheinbar der Hauch der Feyerung an. Androsch war seit Anfang 1978 vor allem unter Beschuß der Oppositionspartei ÖVP geraten, weil er mit seiner Steuerberatungsgesellschaft „Consultatio“ allzu offen in allerlei Bestechungsaffären verwickelt war. Zudem ist er aufgrund seiner Plünderpolitik bei den Volksmassen tief verhaßt und paßt nicht so recht in die sich „sozialistisch“ gebärdende Regierung von Bundeskanzler Kreisky. Sein Rücktritt ist also ein scheinbares Zugeständnis an die Volksmassen, um sie geräuschloser zu plündern.

Doch der Schein trügt. Androsch scheidet aus seinen Regierungsämtern, nur, um auf höherer Ebene tätig zu werden. Mit Austritt aus der Regierung wechselt er in den Vorstand der größten österreichischen Bank, der bundeseigenen Creditanstalt-Bankverein. Dort wird er Mitte 1981 den Vorsitz übernehmen. Voraussichtliches Jahreseinkommen: 3 Mio. Schilling Gehalt + 3 Mio. S Aufsichtsratsbezüge (ca. 840000 DM). Bevor er sich dieser lukrativen Tätigkeit widmen kann, muß er allerdings bis Ende Januar im Amt bleiben, bis der Haushalt 81 den Nationalrat passiert hat.

Der Haushalt 1981 ist der bisher umfassendste Plünderhaushalt der sozialdemokratischen Regierung. Zwecks „Sicherung der Arbeitsplätze“ in der verstaatlichten Industrie sollen die Volksmassen 1981 rund 13,5 Mrd. S zusätzliche Tribute zahlen. Die wichtigsten Posten sind: Erhöhung der Beiträge für die Sozialversicherung (3,2 Mrd. S), Erhöhung der Gebühren für Bahn und Post (3,2 Mrd. S), Kürzung der Familiengelder (2,5 Mrd. S), Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Heizöl (1,3 Mrd. S), Bankensteuer (1 Mrd. S), Kürzung der Prämien für Prämiensparen (600 Mio. S), Erhöhung der Stempelgebühren (560 Mio. S), Einführung der Benzinsteuern (500 Mio. S), Erhöhung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung (500 Mio. S). Unter Berufung auf steigende Ölpreise hat Androsch in der Haushaltsdebatte des Parlaments kürzlich die weitere Erhöhung öffentlicher Tarife und Gebühren angekündigt, unabhängig von seinem Rücktritt.

Zweck der „Barmherzigkeit“: „... ein klein wenig den Fuß zwischen die Tür bekommen ...“

Päpstliches über Barmherzigkeit

Mit seiner Enzyklika über das „göttliche Erbarmen“ hat Wojtyla eine neue Probe von der Pfaffenkunst geliefert, mit bebender Stimme die „Mißstände“ des Imperialismus anzuprangern und – sofort den Weg zu seiner praktischen Beseitigung zu verstellen. „Es ist un-leugbar, daß die heutige Wirtschaftsordnung und die materialistische Zivilisation auf Grundlagen aufgebaut sind, die ... einen unzulänglich funktionierenden Mechanismus aufweisen. Eine solche Wirtschaftsordnung und Zivilisation macht es der menschlichen Gesellschaft unmöglich, über so radikal ungerechte Situationen hinauszuwachsen.“

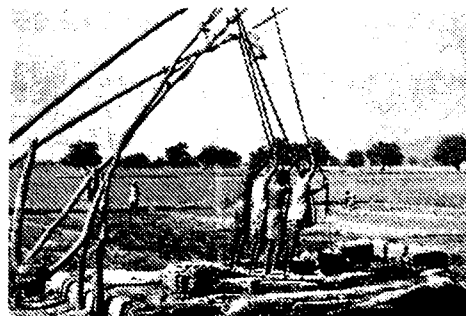
Dadurch, daß die unterdrückten Klassen und Völker sich ihre Rechte revolutionär nehmen, sei aber auch nicht geholfen, wie üble Erfahrungen beweisen würden: „Es ist ja offensichtlich, daß im Namen einer sogenannten Gerechtigkeit (z.B. einer geschichtlichen oder Klassengerechtigkeit) manchmal der Nächste vernichtet, getötet, seiner Freiheit oder der elementarsten Menschenrechte beraubt wird.“ Der „Gerechtigkeit“ müsse vielmehr durch „Barmherzigkeit“ ein „neuer Inhalt“ gegeben werden. Gott erbarmt sich des sündigen Menschen, und der reiche Sünder erbarmt sich des armen Sünders.

Damit das nicht allzu penetrant nach Kolonialismus stinkt, legt Wojtyla großen Wert darauf, im „Erbarmen“ werde gerade die „Würde des anderen“ anerkannt. „Ein echter Akt erbarmender Liebe (setzt) in uns die Überzeugung voraus, daß wir zugleich von denen Erbarmen empfangen, denen wir es erweisen.“ Eine Überzeugung, die nebenbei das Gewissen des frommen Imperialisten trösten mag. Ob sich aber z.B. die Katholiken Lateinamerikas damit abspesen lassen, daß Befreiung aus eigener Kraft unmöglich und stattdessen Erbarmen und Almosen vonnöten seien?

„Wußten Sie“, fragt das Bischöfliche Hilfswerk Misereor anlässlich der dies-jährigen Fastenaktion, „daß 500 Millionen Menschen hungern?“ Und gleich darauf, fast als Antwort auf die Frage nach dem Grund: „Wußten Sie, daß jeder zweite Bundesbürger Übergewicht hat?“ Die Bischöfe haben einen Vorschlag, wie die beiden Extreme zu vermitteln wären: „Anders leben, damit andere überleben!“

Der Versuch, der Arbeiterbevölkerung der imperialistischen Länder die moralische Verantwortung für das Elend in der Dritten Welt zuzuschreiben, nimmt in der Propaganda der kirchlichen Entwicklungshilfe-Organisationen die Stelle eines Kehrreims ein. Misereor z.B. hatte laut eigener Aussage „von Anfang an zwei Zielrichtungen“: „die Menschen in der Bundesrepublik zur Umkehr zu bewegen und

meinsame Interesse der internationalen Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker am Sturz des Imperialismus ist in einen sündhaften Gegensatz verkehrt, der nur durch „Barmherzigkeit“ zu überbrücken ist. Dem Kapitalistenhirn erscheint die Reproduktion der Arbeitskraft ohnehin als „Diebstahl“ an der Akkumulation des Kapitals. Protestantische Theologen namentlich stimmen heute unter dem Titel „neuer Lebensstil“ erneut das calvinistische Hohelied auf die „Sparsamkeit“ an. Das Evangelische Missionswerk räumt immerhin ein, daß es „an Zynismus grenzen“ würde, „dem Sozialrentenempfänger denselben Konsumverzicht anzuraten wie dem Pastor“, fährt aber fort: „Langfristig gesehen muß damit gerechnet werden, daß auch den Beziehern niedrigerer Einkommen im Rahmen einer Beseiti-



Die Erde fruchtbar machen

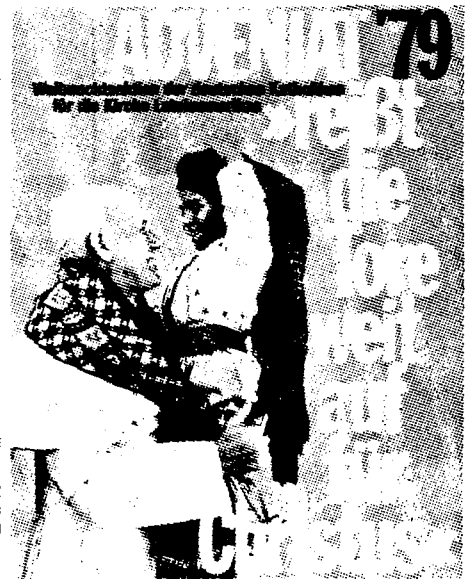
Die Erhaltung zeigt: Will man die Verhältnisse in der Dritten Welt verbessern, darf der landliche Raum nicht vernachlässigt werden. Wer helfen will, muß hier anfangen. Zunächst gilt es, das Vertrauen der Landbevölkerung zu gewinnen, die zum Nachdenken über ihre eigene Situation zu bewegen, sie über ihre Möglichkeiten und Rechte aufzuklären. Das Ziel ist, die Menschen zu ermutigen, ihre

Probleme in gemeinsamer Anstrengung zu lösen. Verantwortung und Durchführung liegen dabei fast ausschließlich in den Händen der Dorfbewohner bzw. der von ihnen benannten Vertreter. Versuchsdeute, die entsprechend ausgebildet werden, um ihre Nachbarn beraten zu können. Bei der Einführung neuer Geräte, verbesserter Anbaumethoden oder karitativen Bewässerung der Felder. Alles, was dazu dient, die Erde fruchtbar, die Landwirtschaft ertragsreicher zu machen. Entwicklung in diesem Sinne ist jedoch nur erreichbar, wenn überkommene Strukturen

überwunden werden können. Die Armen erntet mehr der Ausbeutung ausgesetzt sind. Dazu werden kirchliche Caritasgemeinschaften gegründet, die auch Verantwortung übernehmen können. „Brot für die Welt“ gibt Statistiken.

Brot für die Welt
... daß alle leben

Spendenkonto 500 500 500
Landesbank Baden-Württemberg
und Postcheckamt Köln



zur Gestaltung menschenwürdiger Verhältnisse in den Entwicklungsländern beizutragen.“ „Neben der ‚Teilhabe an der Lebensorge des Herrn‘“, zitiert Misereor seinen Gründungsvater, Erzbischof Frings von Köln, „sollte hier bei uns dem einzelnen ins Gewissen geredet werden, damit er so ‚sein Heil wirke in der Barmherzigkeit, die er übt und die er darum findet‘.“

Selbst das päpstliche Lehramt sieht sich mittlerweile genötigt, in der gegenwärtigen Ordnung der Weltwirtschaft einen Zustand „schwerer moralischer Unordnung“ zu erkennen. Wenn „Konsumverzicht“ ein Heilmittel wäre, so wäre umgekehrt der Konsum der Arbeiterklasse Bestandteil, wenn nicht Ursache dieser „Unordnung“. Das ge-

lung der Kluft zwischen reichen und armen Ländern Einkommensverminderungen oder doch zumindest ... soziale Härten zuzumuten sind.“ In diesem Zeichen soll die „vor allem im Protestantismus verlorengegangene Sitte des Fastens“ neu belebt werden.

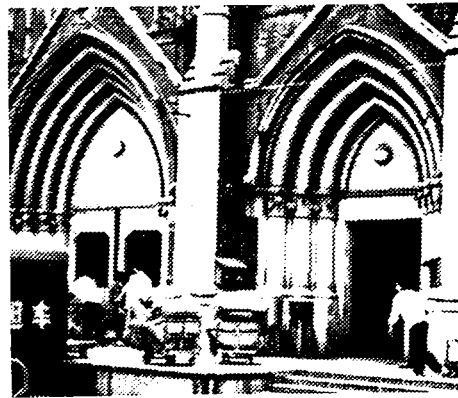
Ein katholischer Experte sieht keinen Widerspruch darin, in einem „Dialogprogramm“ Kapitalistenverbände beim Kapitalexport zu beraten und kurz darauf festzustellen, „daß die Not in der Dritten Welt unsere Bevölkerung nicht nachhaltig genug betroffen macht.“

Historisch fallen die Entwicklung des Christentums von der europäischen zur Welt-Religion und die Unterwerfung fast des ganzen Erdballs unter

den kapitalistischen Weltmarkt zusammen. Die Mau-Mau-Revolutionäre in Kenia charakterisierten treffend die Rolle der Mission bei der kolonialen Unterjochung: „Früher besaßen wir das Land und die Weißen das Evangelium. Dann kamen die Missionare, lehrten uns beten und die Augen schließen, und unterdessen stahlen die Weißen das Land.“ Die Vorstellung, ein „gerechterer“ Zusammenhang der Welt müsse unter Mitwirkung von Kirchen, deren Zentren nach wie vor die imperialistischen Länder sind, „gestiftet“ werden, ist eine würdige Fortsetzung jener „zivilisatorischen Mission des christlichen Abendlandes“.

Die kirchlichen Entwicklungshilfe-Organisationen wurden alle um 1960 in direkter Reaktion auf die nationale Befreiungsbewegung gegründet: 1958 Misereor, 1959 das evangelische Pendant „Brot für die Welt“, 1961 – in unmittelbarem Zusammenhang mit Kennedys „Allianz für den Fortschritt“ – „Adveniat“ zur Unterstützung der katholischen Kirche in Lateinamerika, 1962 die kirchlichen „Zentralstellen“, die Bundeshaushaltsmittel erhalten und vergeben. Frings 1958 zur Gründung von Misereor vor der Bischofskonferenz: „Die farbigen Völker sind

erwacht. Der Bolschewismus bietet sich ihnen als Bundesgenosse im Kampf um nationale Freiheit und wirtschaftlichen Aufschwung an.“ Zwar fügte er hinzu: „Es geht ... nicht um eine Aktion, um dem Bolschewismus



VR China: Eine ehemalige Kirche wird heute nützlich verwendet

zuvorkommen, sondern schlicht um die Betätigung der christlichen Barmherzigkeit.“ Aber dem revolutionären Kampf um nationale Freiheit sollte eben gerade durch „Barmherzigkeit“ begegnet werden.

Anfangs stand dabei direkte „Nothilfe“ gegen Hungerkatastrophen und

Seuchen im Vordergrund, die über das dichte Netz von Missionsstationen (derzeit sind knapp 8000 katholische Missionare aus der BRD in Übersee „tätig“) und Pfarreien verteilt wurde. Bereits in den 60er Jahren zeigte sich aber, daß die Kirchen durch ein paar Almosen gegen die nationale Befreiungsbewegung wenig ausrichten konnten und andererseits in Lateinamerika einzelne Priester auf die Seite der Revolution übergingen. Es schien daher unausweichlich, die Spaltung der Befreiungsbewegung von innen heraus in Angriff zu nehmen. Mit der Enzyklika „Populorum Progressio“ schuf Paul VI. dafür 1967 auf katholischer Seite einige ideologische Voraussetzungen. Insbesondere wurde, um eine gewisse Beweglichkeit zu erlangen, von dem Satz: „Jede Revolution zeugt neues Unrecht“ die folgende „Ausnahme“ zugelassen: „Fall der eindeutigen und lange dauernden Gewaltherrschaft, die die Grundrechte der Person schwer verletzt und dem Gemeinwohl des Landes ernststen Schaden zufügt.“

Die kirchliche Entwicklungshilfe wurde seitdem zunehmend auf zahlreiche kleinere „Projekte“ (von durchschnittlich einigen zigtausend DM Volumen) verteilt, von denen viele den

16. Jahrhundert: Blutige Eroberung Amerikas im Zeichen des Kreuzes und theologische Kritik der Conquista



Ende des 15. Jahrhunderts planten die portugiesischen und spanischen Könige, finanziert von der aufstrebenden Handelsbourgeoisie, den Vorstoß nach Nordafrika. Als göttliche Legitimation reichte ihnen dafür noch der Segen der „Reconquista“, der Eroberung der Mittelmeerküsten zum Kampf gegen die arabischen Staaten. Der Rechtsanspruch war schon im Firmenzeichen der Unternehmung angelegt, und er beschränkte sich keineswegs auf Spanien und die Niederwerfung des

islamischen Königreichs Granada, sondern auch gleich auf die „christlichen Provinzen“ des untergegangenen römischen Reiches in Nordafrika.

1493 kehrte Columbus nach Spanien zurück, mit Nachrichten über die neu entdeckten Gebiete, die reichlich Beute versprochen. Damit das geplante Kolonialunternehmen auch seine göttliche Ordnung habe, wurde wenige Wochen nach der Rückkehr Columbus am 4.5.1493 von Papst Alexander VI. die dazu erforderliche Bulle ins Werk gesetzt. Sie trug den Titel: „Unter anderen der göttlichen“, und der erste Satz lautete: „Unter anderen der göttlichen Majestät wohlgefälligen Werke ... ist die Verbreitung des katholischen Glaubens und der christlichen Religion ...“ Damit wurden Spanien alle Gebiete 100 Meilen westlich der Azoren zur Besitznahme und Missionierung zugewiesen.

Diese Papstbulle wurde zum Sendeschreiben der „Conquista“, der spanischen Eroberung und Plünderung Amerikas. In ihrer Ausführung mordeten, brandschatzten, versklavten und plünderten die Conquistadorentrup-

pen unter der Führung der Alvarado, Cortes, Montejo, Pizarro, Almagro etc.

In rd. 60 Jahren rafften sie Gold im Werte von ca. 448 Mrd. Pesos in Spanien zusammen, nach Schätzungen der Wert für die Bezahlung von ca. vier Jahren der gesamten spanischen Arbeitskraft in der damaligen Zeit. Dabei war das nur der Teil des Goldes, der in Spanien und Europa ankam, wo es als gesellschaftliches Tauschmittel eingesetzt werden konnte und vor allem in Spanien zu einer gewaltigen Geldinflation führte. Die Indianer dagegen benutzten das Gold wegen der reichhaltigen Vorkommen als Gebrauchsgegenstand und verwendeten als Zahlungsmittel z.B. Kakaobohnen.

Millionen Indianer – Las Casas beziffert bereits 1542 ihre Zahl auf über 20 Millionen – wurden unter der Conquista entweder umgebracht, weil die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft nicht das ökonomische Interesse der Conquistadoren war oder die indianischen Jäger und Sammler sich der erzwungenen Ackerbau- und Bergwerksarbeit widersetzen, oder sie starben unter der

„Ärmsten der Armen“ tatsächlich ein wenig nützen mögen. Einige Beispiele aus dem jüngsten Projektkatalog von „Brot für die Welt“: Unterstützung einer Gartenbau-Genossenschaft von 15 Bauern in Botswana; Förderung von Genossenschaften in Rwanda; Bau von Bewässerungsbrunnen für „Unberührbare“ in Indien; Hilfe für indianische Dorfgemeinschaften in Ecuador.

Das Raffinierte an dem neuen Dreh ist, daß die Kirchen unter lautstarkem Verweis auf ihr „Engagement für die Armen“ unabhängige Staaten und Befreiungsbewegungen umschwänzel und gleichzeitig den „Beweis“ führen, daß ohne Hilfe aus den imperialistischen Ländern an Befreiung und Unabhängigkeit nicht zu denken sei. So schreibt Misereor in seinem jüngsten Jahresbericht, in dem viel von „self-reliance“, Stützen auf die eigene Kraft, die Rede ist, über eine katholische Agrarkreditorganisation für arme Bauern in Ecuador: „Die Arbeit von FEPP stand also vor einem echten Dilemma: entweder Aufgabe des strengen Anspruchs auf self-reliance auch im wirtschaftlichen Sinn oder immer weitergehende Entfernung der Arbeit von der Basis und damit von den eigentlichen Zielgruppen.“ Aus dem Dilemma

half – Misereor. 1979 bewilligte diese Organisation 228,4 Mio. DM für 2921 Projekte, was ebensoviel Punkte sind, an denen der „barmherzige“ Einfluß deutscher Bischöfe wirken kann.

Misereor, Adveniat (für Lateiname-



Westdeutscher Missionar in Ecuador

rika), Brot für die Welt (Spenden) und der evangelische KED (Kirchensteuermittel) sowie die beiden Zentralstellen (staatliche Haushaltsmittel) haben 1979 ca. 560 Mio. DM „Entwicklungshilfe“ geleistet, was immerhin einem Zehntel der staatlichen Leistungen entspricht. Zu je etwa 120 Mio. DM

stammten die Mittel aus Kirchensteuer und Bundeshaushalt, der Rest waren Kollekten und Einzelspenden.

Häufig sind kirchliche Entwicklungsprojekte darauf angelegt, einzelnen Gruppen armer Bauern oder Slumbewohner nach einem „Modell“ zu helfen, das sie an bürgerliche Rechtsverhältnisse fesselt und vor allem nur mit imperialistischer Finanzzufuhr funktionieren kann. So werden in Brasilien Advokatengruppen ausgesandt, um die Besitzansprüche von Kleinbauern gegen Übergriffe der Großgrundbesitzer zu verteidigen, während die brasilianische Bischofskonferenz ihre eben eingeführte Unterscheidung zwischen „Land der Ausbeutung“ und „Land der Arbeit“ gleich wieder abschwächt: „Die Unterscheidung leugnet nicht den rechtmäßigen Landbesitz, solange die Rechte der Arbeiter beachtet werden.“

Anfang 1979 veranstalteten beide Kirchen mit Parteien, Gewerkschaften und Kapitalistenverbänden einen Kongreß, auf dem u.a. darüber beraten wurde, wie die kirchliche Entwicklungshilfe zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten der jungen unabhängigen Staaten genutzt werden kann. Aus dem Protokoll: „Im Ver-

Last der Sklavenarbeit und durch Seuchen. Die Reiche der Inkas und Azteken wurden durch die kolonialen Plünderer zerstört. Schließlich sind ganze Landstriche so entvölkert, daß der Handel und die Einfuhr afrikanischer Sklaven zum profitablen Geschäft der spanischen und portugiesischen Handelsbourgeoisie wird und zur Voraussetzung für die Anlage von Plantagen und für die Ausbeutung von Gold- und Silberminen.

Aber, gerade der ausdrückliche päpstliche Segen für die Plünderung und Versklavung der Indianer unter Einführung von Marterpfahl und Scheiterhaufen in Amerika und die Beteiligung von ca. 5000 Mönchen und Priestern an der Conquista führten zu einer tiefen Spaltung der Kirche im 16. Jahrhundert. Bartholomäus de Las Casas wurde zum theoretischen Verfechter der innerkirchlichen Kritik an der „Ungerechtigkeit der Conquista“. Zunächst selbst Conquistador mit Priesterweihe und im Genuß von Sklavenhaltung und geraubtem Gold, änderte er seinen Standpunkt und wird zum Kritiker der Conquista. Unter verschiedenster scharfer Kritik von Teilen des Klerus und des Feudaladels wird er Bischof und erhält von Kirche und Krone den Titel des „Berichterstatters und Beraters in allen Angelegenheiten der Indier“.

1542 verfaßte er die Schrift: „Kürzester Bericht über die Verwüstung und

Entvölkerung der indischen Länder“, gerichtet an Karl V. („Las Casas, Leben und Werk“, aus dem Tschechischen, Leipzig 1958) Sie wurde in verschiedene europäische Sprachen übersetzt.

Schließlich sieht sich Karl V. genötigt, eine Kommission beim „Indischen Rat“ einzurichten und vor dieser Kommission einen Disput zwischen Las Casas und dem Hofchronisten Sepulveda durchführen zu lassen. Die Disputation von Valladolid endet damit, daß die Inquisition, die allein in der Stadt Sevilla von 1481 bis 1524 1000 Menschen verbrannte und 20000 folterte und einsperrte, das Buch Sepulvedas: „Über die Gründe, welche die Indier zu einem gerechten Krieg geben“, als Irrlehre verurteilt.

Las Casas wendet die naturrechtliche Staatstheorie des Thomas von Aquin gegen die kirchliche Absegnung der Conquista und vertritt: „Und so führen die Spanier, die verblendet und von Gott verlassen, gegen sie Krieg, nicht sehend, daß wie nach dem natürlichen Recht, so auch nach dem göttlichen und menschlichen, die Sache der Indier eine gerechte ist, wenn sie mit Waffen bemüht sind, die Spanier zu vertreiben, zu zermalmen und aus ihrem Gebiet zu verjagen.“ Er endet seinen mehrtägigen Vortrag mit dem Satz: „... daß kein Ungläubiger verpflichtet sein wird, den Glauben Jesu

Christi anzunehmen, wenn die Verkünder dieses Glaubens Krieger, Mörder, Räuber, Tyrannen sein werden ...“

So weitreichend auch die theologische Kritik Las Casas war, so nahelegend dafür die ökonomischen Beweggründe: Las Casas übergab Karl V. seine Schrift mit der Begründung, Spanien müsse es machen „wie Fländern“ und die Indianer als „freie Untertanen der Krone“ behandeln. Er rechnete dem König vor, daß langfristig eine Besiedelung mit spanischen Bauern und Mönchen unter „Eingemeindung“ der Indianer dem König mehr Einnahmen brächten als die Conquista. Mit einem am Widerstand der Indianer und den Conquistadoren gescheiterten Siedlungsprojekt nach diesem Muster war Las Casas auch der Vorläufer der jesuitischen Kolonialsiedlungen in Paraguay und in Gebieten, die sich der Conquista am längsten widersetzt hatten.

Daß Las Casas als „englischer und holländischer Agent“ angegriffen wurde, hatte also seine sachlichen Gründe: Er vertrat in Spanien vergeblich, was die aufstrebende holländische und englische Bourgeoisie schließlich mit Erfolg durchführten: Übergang von der Rohstoffplünderung zur Ausbeutung der Arbeitskraft der in den Kolonien unterdrückten Völker.

lauf der Diskussion wurde deutlich, daß kirchliche Hilfswerke beispielsweise auch einem sozialistisch organisierten Ujamaa-Dorf in Tansania helfen würden, wenn es um Hilfe bittet. Die Unterstützung erfolge schon aus der Überlegung heraus, ein klein wenig den Fuß zwischen die Tür zu bekommen und Freiheitsräume zu schaffen bzw. zurückzuerobern.“ Um so größer ist dann die Entrüstung, wenn „in einer Reihe von kommunistisch regierten Ländern“ – als Beispiel wird vorzugsweise Mozambique angeführt – „freie gesellschaftliche Kräfte überhaupt nicht an der Entwicklung des Landes teilnehmen (dürfen).“ Adveniat empört sich in seinen Broschüren über die „Verletzung der Menschenrechte“ durch die lateinamerikanischen Militärdiktaturen, ohne daß die imperialistischen Mächte, deren Kreaturen die Diktatoren sind, auch nur erwähnt werden.

Mit der Entwicklung der nationalen Befreiungsbewegung sind nicht nur die Missionen unter Beschuß, sondern auch ein großer Teil des niederen Klerus und kirchlich aktiver Laien unter ideologischen Druck gekommen. In Lateinamerika sollen heute 50% der Priester der mehr oder weniger klar antiimperialistischen „Theologie der Be-

freiung“ anhängen. Dort wie auch im südlichen Afrika sind nationaldemokratische Revolutionen ohne Einbeziehung christlicher Kräfte kaum denkbar. In Afrika gibt es heute rund 5 600 von Mission und Vatikan unabhängige nationale Kirchen.

Insbesondere die Tätigkeit von „Adveniat“ zielt ausdrücklich auf die Un-

schhof Hengsbach 1977 nach der Rückkehr von einer Lateinamerika-Reise: „Die sogenannte Theologie der Befreiung führt ins Nichts. In ihrer Konsequenz liegt der Kommunismus.“ Derselbe Hengsbach stand jahrelang einem Studienkreis „Kirche und Befreiung“ vor, der sich die ideologische Bekämpfung der fortschrittlichen Strömungen



Nordostbrasilien: Die Kirche hat Land gekauft und darauf Genossenschaften armer Bauern gebildet. Gelöst werden kann die Landfrage so nicht.

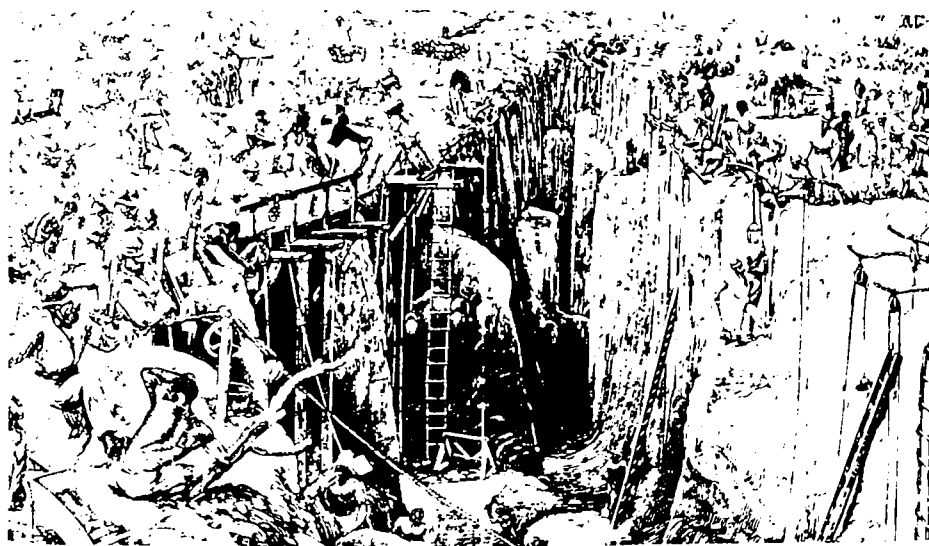
tergrabung einer solchen Einheitsfront, sei es, indem fortschrittliche Katholiken durch Finanzierung aus dem Ausland von den Volksmassen abgespalten werden, sei es – häufiger – dadurch, daß gezielt die proimperialistischen Kräfte der dortigen Kirchen gefördert werden. Adveniat-Chef Bi-

im lateinamerikanischen Katholizismus zur Aufgabe gestellt hatte. Nachdem der Papst 1979 in Puebla die Bischöfe zurückgepfiffen hat, sieht Hengsbach die Sache als erledigt an: „Die Hinführung der Fragen um die Theologie der Befreiung zur integralen oder auch evangelisatorischen Befrei-

EKD zum südlichen Afrika: Alter Wein in neuen Schläuchen

1978 entlud der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland langgehegten Zorn über den Weltkirchenrat: Dessen „Kommission für das

Antirassismus-Programm“ hatte Ende 1977 ein „Hintergrundpapier“ vorgelegt: „Südafrika heute – Hoffnung um welchen Preis?“ Dem vorgeschla-



Die Kolonialisten plündern die Rohstoffquellen: Diamantenmine in Kimberley

Vorwärts, christliche Soldaten,
auf in Heidenland,
Gebetbuch in der Tasche,
Gewehr in der Hand,

Nutzt die glorreichen Zeiten,
wo gut der Handel läuft,
Verbreitet die Friedensbotschaft
mit einem Maxim-Gewehr.

Landsknecht der Kolonialtruppen während der Eroberung Zimbabwes

genen Preis jedenfalls wollte und konnte der Rat der EKD, so wahr ihm Gott helfe, nimmermehr zustimmen: Die Kommission erörterte, unter Einfluß v.a. der unabhängigen afrikanischen Kirchen, das „Konzept des gerechten Krieges“, und nicht genug, der Ökumenische Rat vergab Geldspenden an Befreiungsorganisationen im südlichen Afrika, die den bewaffneten Kampf organisierten.

Nicht, daß die evangelischen Kirchen immer schon und an sich gegen Gewalt für die „gerechte Sache“ waren: Wo immer die Kolonialisten zur Unterwerfung fremder Völker aufbrachen, liehen sie dem Gewehr Gottes Segen, der Soldateska die Bibel und der Kolonialmacht eine Armee von Missionaren. „Befreiung ist nicht gleich Befreiung“, meint der Rat der EKD: ging es nicht um die „Befreiung“ der heidnischen „Eingeborenen“, über die die Berliner Mission noch 1912 verbreitete, man verstehe, „warum der holländische Bur in ihnen nicht Menschen, sondern ‚schepsels‘, d.h. Geschöpfe sah“ – also sei „Gewalt ... nicht gleich Gewalt“. Wenn der bewaffnete Befreiungskampf schon nicht zu verhindern sei, sei es Aufgabe der Kirche, die „Sünde“ deutlich zu machen. So mahnt der Rat der EKD die afrikanischen „Brüder“, und was empfiehlt er?

Die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft wurde mit

ung (im Geiste!) ist durch Puebla so weit fortgeschritten, daß damit beispielsweise auch die Aufgaben eines Studienkreises 'Kirche und Befreiung' ... nicht in dieser Weise weitergeführt werden müssen."

Um die „barmherzig“ kostümierte Einmischung zu unterbinden, haben verschiedene Länder der Dritten Welt Maßnahmen zur Verselbständigung der Nationalkirchen von Vatikan und Mission ergriffen. Aus China wurden nach der Revolution alle Missionare ausgewiesen und die unkontrollierte Finanzierung kirchlicher Einrichtungen aus dem Ausland verboten. Die patriotischen Katholiken trennten sich von Rom und setzten ihre eigenen Bischöfe ein. In Mozambique wurden – wie in vielen anderen Ländern – die kirchlichen Schulen und Krankenhäuser verstaatlicht. Wirkliche Unabhängigkeit der nationalen Kirchen vom Ausland ist eine unabdingbare Voraussetzung, damit die Teilnahme von Christen an der nationalen Befreiungsbewegung und am Aufbau ihrer Länder nicht fortwährender Unterwürfung ausgesetzt ist. Und auch dafür, daß die Revolutionäre die ideologische Auseinandersetzung mit der Religion – statt mit Landesverrat – führen können.

einer Antwort auf das „Hintergrundpapier“ beauftragt. Es „gelte, mit denen praktische Solidarität zu üben, die als Opfer des Rassismus keinen gewaltsamen, sondern einen leidenden Widerstand leisten“. Natürlich schwante den Pfaffen, daß der Ratschlag zum Leiden den Steppenbrand des Befreiungskampfes im südlichen Afrika nicht löschen kann. In Zimbabwe unterstützte die EKD deshalb die sog. „interne Lösung“; für Azania schlägt sie außer anderen „gewaltfreien Möglichkeiten“ die „Verminderung der Ängste der weißen Minderheit vor der Herrschaft der schwarzen Mehrheit durch eine faire Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen an Verfassungsgesprächen“ vor. Betonung auf fair. Der Vizepräsident der EKD-Kirchenkanzlei Wilkens will nämlich nicht außer Acht gelassen wissen, daß die Geschichte „unter der göttlichen Führung das bunte Volk zusammengebracht und ihm in einer blutigen Heldengeschichte das Land zum Eigentum gegeben“ habe und daß sich daraus „ein gleiches geschichtliches Heimatrecht“ für Europäer und Afrikaner, für die kolonialen Unterdrückten wie für die Unterdrückten herleite. In diesem Sinne leistet die EKD ihren „praktischen Solidaritäts“beitrag – indem sie die weißen Pfarrer zum gemeinsamen Abendmahl mit den schwarzen Gemeinden anhält.

Kirchliche Barmherzigkeit für die vietnamesischen Besatzer

Kaum hatten die vietnamesischen Invasoren 1979 große Teile des Demokratischen Kampuchea besetzt, Hunderttausende zur Flucht gezwungen und durch den Krieg eine Hungersnot heraufbeschworen, da sahen die christlichen Kirchen ihre Stunde gekommen: „In dieser Situation verhandelten im Oktober 1979 Vertreter



US-Kardinal Spellmann in Saigon kurz vor der Befreiung

der englischen Hilfsorganisation OXFAM und der französischen Hilfsorganisation Comité Catholique contre la Faim pour le Développement mit der neuen kambodschanischen Regierung und boten eine sofortige umfassende Hilfe für die hungernde Bevölkerung an ... Aus der BRD waren die Hilfswerke 'Misereor', katholische Zentralstelle für Entwicklungshilfe e.V., Deutscher Caritasverband, evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe e.V., 'Brot für die Welt' und die Deutsche Welthungerhilfe an der Aktion beteiligt." (Herder-Korrespondenz)

Die kirchliche Barmherzigkeit schert sich nicht um die Ursachen des Hungers, die vietnamesische Besetzung. Denn die Zusammenarbeit mit den Besatzern und ihrem Marionettenregime in Phnom Penh eröffnet aussichtsreiche Perspektiven: „Die Regierung stimmte zu, daß Vertreter der Hilfsorganisationen an Ort und Stelle die Verteilung der Hilfe beobachten und sich überall im Lande bewegen können ... Mit der Zeit hat sich ein Vertrauensverhältnis zwischen den Verantwortlichen im Landwirtschaftsministerium und den Vertretern der Hilfsorganisationen gebildet ...“ (a.a.O.). Die Münchener Katholische Kirchenzeitung vermerkt am 8.6.1980 „erste Lebenszeichen der Kirche in Kambodscha“ und berichtet, daß Bibeln und liturgi-

sche Hilfsmittel ins Land geschafft werden.

Das Demokratische Kampuchea dagegen, das den Befreiungskampf gegen die vietnamesischen Besatzer führt, kommt nicht in den Genuß der Werke christlicher Nächstenliebe: „Bei einer Hilfsmaßnahme in Gebieten, die von Pol Pot-Anhängern kontrolliert werden, mußten wir großen Wert auf direkte Kontrolle legen, weil wir wenig Vertrauen in eine Gruppe setzen können, die so offensichtlich die Mißachtung von Menschenleben demonstriert hat“, erklärten Kirchenvertreter (epd-Presse-dienst 20.21.79). Für die Kirchen ist weniger der vietnamesische Invasionskrieg schuld an den Leiden des kampucheanischen Volkes, sondern die Regierung des Demokratischen Kampuchea. Die katholische Zeitschrift Mission aktuell (5/80) schreibt, „daß Pol Pot ein Agent der Vietnamesen ist, der in das kambodschanische Politbüro eingeschleust wurde, um das Volk der Khmer von innen her auszurotten“. Der kirchliche Haß richtet sich gegen das Demokratische Kampuchea, weil es nach der Befreiung 1975 das Land selbstständig aufgebaut und keinen Raum für kirchliche Spaltungsversuche gelassen hat.

Hoffnungsvoll sehen die Kirchen ihre Aussichten in Vietnam, seit die Staatsmacht nicht mehr revolutionär ist und das Regime ganz Indochina mit Expansionskriegen überzogen hat: „Die Zukunft der Kirche (in Vietnam; Red.) kann angesichts ihrer derzeitigen Lage nicht im Widerstand gegen den Staat liegen. So beantworteten die Bischöfe denn auch die etwas versöhnlichere Haltung der Regierung mit einem Hirtenbrief, in dem sie die Gläubigen zur Mitarbeit beim Aufbau des Staates aufriefen. Aus ähnlichen Überlegungen heraus wurde im Januar 1980 in Ho-Chi-Minh-Stadt ein „Aktionskomitee der Katholiken für die Verteidigung des Vaterlandes“ von 33 Priestern, 4 Ordensschwestern und 12 Laien gegründet.“ (Herder-Korrespondenz 10/80) Den revolutionären Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes hatte die katholische Kirche stets bekämpft: In den fünfziger Jahren organisierte sie eine Massenflucht von Katholiken aus dem befreiten Nordvietnam. Die US-Marionetten in Südvietnam, darunter der Katholik Diem, fanden in der Kirche stets eine Stütze.

F: Arbeitszeitverkürzung bei B.S.N.

Für die 2500 Schichtarbeiter bei B.S.N. Frankreich in der Flaschen- und Glasproduktion, wurde am 4.12.1980 ein Tarifvertragsrahmen zur Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 40 auf 33,3 Stunden an vier Tagen abgeschlossen. In jedem Werk laufen jetzt Verhandlungen über die Durchführung des Vertrages. Dabei gehen die Kapitalisten von der Devise aus: Mehr und besser arbeiten, dann auch mehr ausruhen, d.h. sie wollen keine zusätzlichen Arbeiter einstellen, höchstens Schichtführer, und den Lohn senken. Im Werk Gironcourt haben 69% der Arbeiter diese Bedingungen abgelehnt.

Streikbewegung in Peru

Die Lohnabhängigen verschiedener Ministerien werden in unbefristeten Streik treten, wenn die Regierung ihre Forderungen nach Lohnerhöhung und Wiedereinstellung entlassener Arbeiter nicht unverzüglich erfüllt. Zur Bekräftigung hatten sie bereits am 3. und 4.12. die Arbeit niedergelegt. 40000 Beschäftigte des Gesundheitsministeriums streiken

Ca. 1300 Beschäftigte der Glasindustrie in Bayern streiken um mehr Lohn. Die Gewerkschaft IG Chemie-Papier-Keramik fordert für die 18000 Beschäftigten Lohnerhöhungen bis zu 11,5%. 90% ihrer 15000 Mitglieder hatten sich für den Streik ausgesprochen. Am 8.12. begannen die Belegschaften des Werkes Wernberg der Flachglas AG, der Fa. Schöninger in Luhe und des Flabeg-Werkes in Fürth den Streik. Am 10.12. folgte die Belegschaft des Flabeg-Werkes in Fürth i. Wald. Die Kapitalisten bieten Erhöhungen zwischen 7,4 und 7,9%.

nummehr seit vier Wochen, u.a. für die Auszahlung rückständiger Löhne. – Aufregung herrscht an der Londoner Metallbörse, da der Streik der Arbeiter in der Kupfermine Cuajone, in der rd. die Hälfte des peruanischen Kupfers gefördert wird, ebenfalls schon Wochen anhält. Am 2.12. legten auch die 5000 Arbeiter der beiden US-Ölgesellschaften Belco und Occident Oil die Arbeit nieder; sie besetzten Ölplattformen und -bohrtürme, um die US-Konzerne zu Tarifverhandlungen und zur Einhaltung bisheriger Verträge zu zwingen.



Nur durch die Dienstverpflichtung von rund einem Drittel der Fluglotsen konnte die griechische Regierung den vollständigen Zusammenbruch des Flugverkehrs verhindern. Am 13.12. waren die Fluglotsen auf den fünf internationalen Flughäfen Griechenlands in einen 48stündigen Streik für Lohnerhöhung und bessere Arbeitsbedingungen getreten. – Nach dem Abschluß eines nationalen Lohnabkommens mit Lohn„erhöhungen“ unterhalb der Inflationsrate (derzeit 32%) flammen in den verschiedenen Bereichen immer wieder Streiks auf. Die 30000 Arbeiter im Fernmeldewesen streiken seit dem 15.12. für Lohnerhöhungen und die Fünftagewoche. Der Streik der 73000 Lehrer steht bereits in der zweiten Woche. In Athen ließen die Taxifahrer die Wagen liegen: Sie wenden sich gegen die neuen Steuererhöhungen.



102 Kindertagesstätten bestreikt

Westberlin. Über 1300 Erzieher beteiligten sich an Arbeitsniederlegungen für Verbesserung der Arbeitsbedingungen und zur Verhinderung der Überbelegung der Kitas. Die Pläne zur 20%igen listenmäßigen Überbelegung der Kitas wurden vorläufig fallengelassen. In der Haushaltsdebatte war für die CDU der Einheitsbeitrag für Kinderbetreuung von 40,- DM schuld an der Situation, die SPD dagegen warf der CDU vor, sie habe alles verdorben, weil sie die Pläne zur Erhöhung der Kinderzahl in den Gruppen so herausposaunte. Für Gehaltsabzug und Disziplinarmaßnahmen sind alle Parlamentarier. Jugendsektorin Reichel will ihren Etat mit „enger belegten“ Kitas durchziehen. Die Eltern unterstützen die Streiks überall. ÖTV und GEW solidarisierten sich, riefen aber nicht dazu auf, da es gegenwärtig keine kündbaren Tarifverträge gibt. Bezirksstadträte behaupteten daraufhin, die ÖTV sei gegen den Arbeitskampf und hielten damit Erzieher von einer Beteiligung ab.

Warnstreik bei der Lufthansa

Am 15.12. hat das fliegende Personal der Lufthansa und ihrer Tochtergesellschaft Condor für 2 Stunden einen Warnstreik durchgeführt. Der Streik wurde von der Pilotenvereinigung Cockpit, die der DAG angeschlossen ist, durchgeführt, um die Lufthansa zu Tarifverhandlungen über die Arbeitsbedingungen im Flugzeug, einschließlich der Beset-

zung des Cockpits, zu zwingen. Die Lufthansa will den 3. Mann, den Flugingenieur, im Cockpit des neuen Airbus wegrationalisieren, um ihren Konkurrenten nachzuziehen. Der 4. Mann im Cockpit, der Navigator, ist in den letzten Jahren fast völlig verschwunden. Prinzipiell will die DAG aber nicht auf der Forderung nach „3 Mann im Cockpit“ bestehen bleiben, was dem Streik an Kraft nimmt, wo es doch wesentlich gegen die zunehmende Belastung des Flugpersonals geht. Die ÖTV hat bereits einen Rationalisierungsschutzvertrag mit der Lufthansa für das Boden- und Luftpersonal abgeschlossen, der vor Kündigung schützt, aber Rationalisierungen nicht verhindert. –

Kassel: Enka-Faserwerk besetzt

Auf Beschluß einer außerordentlichen Vertrauensleutekonferenz der IG Chemie in Kassel ist seit dem 12.12. das Enka-Faserwerk Kassel von der Belegschaft besetzt. Das Werk mit 840 Beschäftigten soll geschlossen und die Produktion in Emmen (Niederlande) konzentriert werden. Die Produktion läuft während der Besetzung weiter. Wie der Betriebsrat erklärte, fordert die Belegschaft die Erhaltung aller Arbeitsplätze. Über einen Sozialplan will sie nicht verhandeln. Die Belegschaft wird unterstützt aus den Betrieben des ganzen nordhessischen Raumes, in dem die Arbeitslosigkeit hoch ist, und aus allen Abteilungen des Enka-Konzerns, der in den letzten Jahren schon tausende Arbeitsplätze vernichtet hat.

Schmückers Konzept gegen Japanerkonkurrenz

Auf der letzten Betriebsversammlung im Werk Wolfsburg sprach sich Arbeitsdirektor Briam für eine Selbstbeschränkung der Japaner aus. „Wenn die japanischen Produzenten aus einer europäischen Fabrik europäische Märkte beliefern würden, könnte niemand etwas dagegen einwenden. Sie würden dann etwa unter gleichen Bedingungen produzieren wie europäische Anbieter. Das Gleiche gilt umgekehrt.“ So sollen ab 1982 20000 Passat bei dem japanischen Autokonzern Nissan (Datsun) jährlich vom Band laufen. Die Aufgaben für die Inlandsproduktion legte Briam folgendermaßen fest: Wir brauchen nicht billiger die Produkte verkaufen, sondern in der Qualität müssen wir besser sein als die Japaner, die Arbeitsabläufe müssen verbessert werden, den technologischen Vorsprung müssen wir ausbauen und halten. Das Ziel ist, unter den gleichen Bedingungen wie die Japaner zu produzieren. So wollen die VW-Kapitalisten in den ostasiatischen Markt vorstoßen, an Lizenzen und Zulieferung ohne eigenen Kapitaleinsatz profitieren, den Export außerhalb Japans selbst in die Hand nehmen, um dann mit eigener Produktion und eigenen Werken nachzustößen. In Zeiten des Absatzrückgangs versuchen die VW-Kapitalisten, ihren Kapitalexport erheblich zu steigern. So sind starke Zuwachsraten in Mexiko und Südafrika erzielt worden. Der Umsatz des VW-Konzerns wird bei 33 Milliarden Mark liegen. Davon entfällt auf die erstmals einbezogene Tochtergesellschaft Argentina ein Volumen von rund 1 Milliarde Mark. Da das Auslandsgeschäft um 20% gestiegen ist, erhöhte sich der Auslandsanteil am Umsatz von 59,3 Prozent auf 64 Prozent.

Betriebsratsvorsitzender Ehlers erklärte zur japanischen Konkurrenz, daß auf Dauer VW und die anderen europäischen Autofirmen nur durch eine offensive Verteidigung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit bestehen können. Der VW-Vorstand hatte zu erkennen gegeben, daß er der japanischen Herausforderung offensiv begegnen wolle. Über Probleme, die Schmückers Ziel, „unter den gleichen Bedingungen wie die Japaner zu produzieren“ aufwirft, hat sich der Betriebsratsvorsitzende nicht geäußert, außer daß „hier kein Arbeitsplatz verloren gehen dürfte“. Diese Flanke ist gefährlich, die VW-Kapitalisten kündigen an, daß sie die verschärfte Konkurrenzschlacht

auf dem Rücken der Automobilarbeiter austragen wollen.

Weder Ehlers noch ein Vertreter der IG Metall ging auf die Vorbereitung der Lohnauseinanderetzung ein. Die DAG hat bereits eine 7% Forderung propagiert. Schmücker wird versuchen, mit den Verbesserungen, die mit der Lohndifferenzierung erreicht wurden, und mit dem Hinweis auf die „hohen“ VW-Löhne Druck auszu-



üben. Auf der Betriebsversammlung in Braunschweig wurde erörtert, daß eine Sockel-Prozent-Forderung bis Lohnniveau H (16,06 DM) gegenüber einer reinen Prozentforderung Vorteile hätte, vor allem in den unteren Lohngruppen. Damit würde am Lohngruppenschlüssel selber nichts geändert, aber doch ein gewisses offenes Problem aus dem Abschluß über die Lohndifferenzierung ein Stück weit gelöst.

Siemens München Betriebsrat bekämpft Rationalisierungspläne

München. Auf der Betriebsversammlung des Siemens-Werkes Hofmannstraße am 9.12., die bis zwei Stunden nach Arbeitsschluß dauerte, war die Kritik an den Rationalisierungsplänen der Geschäftsleitung so heftig, daß Standortleiter Holmann sich „genötigt“ sah. Soviel haben die Siemens-Kapitalisten jetzt herausgelassen: 6–8% Personalabbau planen sie beim Unternehmensbereich Daten- und Informationstechnik (UB D), 3% im Unternehmensbereich Kommunikationstechnik (UB K). Auf einer Teilbetriebs-

versammlung des Werkes Hofmannstraße war sogar von 10% bei den Arbeitern der UB K die Rede. Zusätzlich dazu wollen sie ab Januar in verschiedenen Bereichen mit Hilfe der Rationalisierungsberatungsfirma McKinsey mit einer „Aufwand-Nutzen-Analyse“ auf die Angestellten und Zeilöhner im „Gemeinkostenbereich“ losgehen.

Erhöhung des Profits durch mehr Umsatz bei weniger Beschäftigten ist der ganze Zweck. Von zu wenig Arbeit kann keine Rede sein. Bei Kommunikationstechnik haben die Siemens-Kapitalisten seit Beginn des Geschäftsjahres 12% mehr Aufträge hereingeholt. Den Umsatz haben sie bei nur 4,5% mehr Belegschaft um 12% hochgetrieben. Anträge auf Überstunden und Ausdehnung der Schichtarbeit bei den Angestellten haben in den letzten Monaten zugenommen.

Bei Daten- und Informationstechnik ist der Umsatz um 15% gestiegen. (Süddeutsche Zeitung v. 3.12.) Hier jammert Siemens über die Konkurrenz von IBM im Computerbereich. Durch Senkung der „Gemeinkosten“ will Siemens den Marktanteil von jetzt 22% (BRD) beträchtlich ausweiten. Die Produktion in diesem Bereich wollen die Kapitalisten in den nächsten drei Jahren stückzahlmäßig verdreifachen.

Die „Aufwand-Nutzen-Analyse“ will der Siemens-Konzern in verschiedenen Werken durchführen. In München unter anderem im Bereich Kommunikationstechnik (18300 Beschäftigte) in der Hofmannstraße, im Bereich Bauelemente (ca. 8000 Beschäftigte) in der Balanstraße, in den Werken Martinstraße, Frankfurter Ring und im Werk in Traunreut. McKinsey ist bereits in der Hofmannstraße bei einem Pilotprojekt. Die Jagd auf die „Gemeinkosten“ läuft nach folgendem Schema ab:

1. Schritt („Ist-Aufnahme“): Der zu untersuchende Bereich wird in Untersuchungseinheiten (UE) mit je ca. 20 Beschäftigten unterteilt. Analysiert wird: – welche Leistung erbringt der Einzelne bzw. die Abteilung – welche Kosten entstehen. 2. Schritt („Ist-Zustand prüfen“): Der Leiter jeder UE muß „Einsparungs- und Effizienzsteigerungsideen“ in Höhe von 40% des bisherigen Aufwands erbringen. 3. Schritt („Lösungen vorschlagen“): Die Rationalisierungsvorschläge werden in drei Kategorien unterteilt: A = Arbeit kann wegfallen; B = Arbeit kann vereinfacht werden; C = Arbeit bleibt, wie sie ist. Die Leiter der UEs müssen eine Namensliste der Beschäftigten erstellen, die sie zur „Freisetzung“ vorschlagen. 4. Schritt („Durchführung“): Genaue Festlegung, wann und wie die Rationalisierungsmaßnahmen durchgeführt werden. (nach: „Informationen – Argumente“ von IGM-Betriebsräten und



Forderung des Betriebsrats am 1. Mai 1980.

Vertrauensleuten der Hofmannstraße vom 5.12.)

Diese Rationalisierungsmethode beruht im Wesentlichen darauf, Meister und Vorarbeiter in die Lenkungsausschüsse der Untersuchungseinheiten einzubeziehen und zu erpressen, die letzten Poren im Arbeitsprozeß preiszugeben.

Die IG Metall-Betriebsräte und Vertrauensleute der Hofmannstraße haben in einem Extra-Flugblatt zur Betriebsversammlung folgende Forderungen

erhoben: Abschluß einer Betriebsvereinbarung mit den Punkten: 1. Keine Kündigungen in Folge der „Aufwand-Nutzen-Analyse“. 2. Gleichwertige und zumutbare Arbeit bei Umbesetzungen (keine Abgruppierung). 3. Erforderliche Umschulungen während der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich. 4. Abbau der Überstunden. Auf der Betriebsversammlung haben Arbeiter und Angestellte immer wieder auf den Abschluß einer solchen Betriebsvereinbarung gedrängt.

Frauen in die Bundeswehr

Apel will mit „Freiwilligkeit“ zur allgemeinen Dienstpflicht

München. Die „geburtenschwachen Jahrgänge“ sollen der Grund sein, warum jetzt Frauen in die Armee gehen sollen. So hört man es von Apel und der übrigen sozialdemokratischen Regierungsrige, vom Bundeswehrverband und der Opposition. Frauen auf „freiwilliger Basis“ in die Armee zu ziehen, ist ein Schritt, die allgemeine Dienstpflicht einzuführen.

In Vorbereitung des 1. Weltkrieges sowie auch des Zweiten hatten die

deutschen Imperialisten die Dienstpflicht für Frauen gesetzlich verankert. Frauen wurden in der Rüstungsproduktion, im Zweiten Weltkrieg auch als Flakhelfer und Luftschutzwart eingesetzt. In der Geschichte der BRD ist der gegenwärtige Anlauf nicht der erste. „Frauen in die Bundeswehr“ war in der Diskussion der bürgerlichen Politiker um die Wiederbewaffnung, um die Wehrverfassung der 50er Jahre, in der Debatte um eine sich abzeichnende



Am 6.12. demonstrierten insgesamt mehr als 3 500 Menschen in Hamburg, Bonn und München gegen jede Form von Militärdienst für Frauen.

Notstandsverfassung (Schröder-Entwurf) ab 1960. K.-U. v. Hassel erwog 1963 gegenüber dem NDR die Frauen dienstpfligt, womit er erhebliches Aufsehen erregte. Die FDP, die in der Großen Koalition in der Opposition saß, lehnte 1968 „jegliche Verpflichtung von Frauen in den Streitkräften“ ab.

Die Adenauer-Regierung konnte zwar gegen den Widerstand der Gewerkschaftsbewegung die Wiederbewaffnung durchsetzen, jedoch eine Dienstpflicht für Frauen nicht. Die Faschisten hatten die Frauen dienstpfligt gemacht und ihre Arbeitskraft für den Krieg vernutzt. Nach diesen Erfahrungen der Arbeiterbewegung konnte ein Dienst von Frauen in der Bundeswehr nicht durchgesetzt werden.

In der Notstandsgesetzgebung 1968 wurde ein Dienst von Frauen unter Einschränkungen beschlossen: „Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen ... herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall Dienst mit der Waffe leisten“. (GG Art. 12a, Abs. 4)

Aus verschiedenen Aufsätzen der „Europäischen Wehrkunde“ läßt sich entnehmen: „In letzter Zeit wurde die Frage, ob Frauen in den Streitkräften Dienst leisten sollen, schon mehrfach aufgeworfen, ohne daß direkt auf den sich abzeichnenden Personalmangel der Bundeswehr ... Bezug genommen wurde“. (7/80) Oder in Heft 3/80: „Die Bundesrepublik Deutschland nimmt mit ihrer Entscheidung, keine Frauen in der Bundeswehr ... eine Sonderrolle innerhalb der NATO-Staaten ein“. In Westdeutschland, in Italien und Österreich, wo der Faschismus herrschte, gibt es keinen Dienst von Frauen in der Armee. Die Imperialisten konnten ihn nicht durchsetzen. Mit der „Sonderrolle“ liegen die westdeutschen Imperialisten im Hintertreffen gegenüber ihren Konkurrenten. In der Zeitschrift des Deutschen Bundeswehr-Verbandes „Die Bundeswehr“ 9/80 heißt es: „Minister Apel stellt inzwischen selbst die berechnete Frage, warum Frauen eigentlich nicht Transportflieger bei der Bundeswehr werden sollten“. Daß das kein Dienst an der Waffe sein soll? Um das zu erforschen, hat Apel kürzlich einen „Fragebogen“ an das Heeresamt und andere Behörden versenden lassen.

CDU-MdB Würzbach sieht „eine Öffnung des Soldatenstatus für Frauen auf freiwilliger Basis ... im Licht des Art. 3 GG (Gleichberechtigungsgesetz), dem Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit nach Art. 2, Abs. 1

GGG". Als eine „Lösung“ der steigenden Frauenarbeitslosigkeit sieht es ein H.-J. Berg in „Wehrstrafrecht“: „Der Rückgriff auf die parlamentarische Entstehungsgeschichte zeigt aber, daß das grundsätzliche Problem eines Dienstes von Frauen in den Streitkräften nie unter dem Gesichtspunkt einer freien, von den Zwängen des Notstandes unabhängigen Berufswahl der Frauen gesehen wurde“. Apel will den „freiwilligen Dienst“ in der Bundeswehr als einen Beitrag zur „Emanzipation“ verkaufen: „... es gäbe ... genügend Verwendungen innerhalb der Bundeswehr, bei denen auch Frauen ihre Frau stehen können“.

Der Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier verabschiedete einen Antrag der Bundesfrauenkonferenz: „Auch die Bestrebungen, Frauen auf freiwilliger Basis in den Bereich der Bundeswehr einzubeziehen, lehnen wir ab. Einmal stellen sie den ersten Schritt in Richtung allgemeine Dienstpflicht dar und zum anderen könnte die derzeitige Berufs- und Ausbildungsnot der Frauen ausgenutzt werden ... hier wird das berechnete Streben nach Gleichberechtigung mißbraucht. Denn es ist absurd anzunehmen, daß den Frauen das, was ihnen im Arbeitsleben vorenthalten wird ... ausgerechnet in der Bundeswehr gewährt wird ... denn die Bundeswehr ist auf Befehl und Gehorsam aufgebaut“.

PLK Werneck Patienten wehren sich gegen Arbeitstherapie

Im Januar dieses Jahres hat ein Patient des Psychiatrischen Landeskrankenhauses Werneck, Landkreis Schweinfurt, an den Bayerischen Landtag ein Beschwerdeschreiben geschickt. In diesem Schreiben heißt es u.a.: „Ihre Nervenkrankheiten sind sehr krank. Es ist ja fast mittelalterlich: die Behandlung und Unterbringung.“ Verschiedene Patienten hatten sich geweigert, eine Arbeitstherapie weiter mitzumachen, da sie für ihre Arbeitsleistung nur zehn bis zwölf Mark im Monat bekamen. Daraufhin habe der Stationsarzt erklärt, daß im Falle einer Verweigerung der Arbeit die Patienten in geschlossene Abteilungen verlegt würden.

Dieses Beschwerdeschreiben behandelte der Petitionsausschuß des Landtages nun im November und soll jetzt, mit der Mehrheit der Stimmen der CSU, zu den Akten gelegt werden.

Die Regierung von Unterfranken, die über die SPD eine Abschrift des Schreibens des Patienten zur Untersuchung erhalten hatte, erklärte, man ha-

be die Zustände überprüft und die angeführten Beschwerden als unhaltbar zurückgewiesen.

Das bayerische Innenministerium geht hier allerdings etwas offener an die Frage der „Arbeitstherapie“ heran. Diese, so wird erklärt, sei in besonderer Weise dazu geeignet, den Patienten auf ein Leben in Freiheit vorzubereiten. Arbeitsunwillige machten alle Anstrengungen des Krankenhauses zunichte.

Diese „Anstrengungen des Krankenhauses“ sind bereits im bayerischen Psychiatrieplan festgehalten: Beschleunigte Wiedereingliederung in die Profitproduktion – allenfalls geregelte Aussortierung – soll verstärkt durchgesetzt werden. Allein in Bayern wurde die durchschnittliche Verweildauer in Nervenkliniken von 1975 bis 1978 um 60 Tage auf 115 Tage gesenkt.

Weitere Maßnahme nach dem Psychiatrieplan: Arbeitserprobung „unter den Bedingungen des freien Arbeitsmarktes“ zwecks Beschleunigung der Rehabilitation. Da aber dies „für den Arbeitgeber unter Umständen eine erhebliche zusätzliche Belastung“ darstelle, müßten bestimmte Probleme gelöst werden: „... insbesondere die Frage der gerechten Entlohnung ... und die Fragen eines etwaigen Ausgleichs für den ... erheblich belasteten Arbeitgeber.“

Eine Ausgleichsmaßnahme für die Kapitalisten ist bereits beschlossen: die Übernahme einer Haftpflicht „wegen Beschädigung von Gegenständen und Einrichtungen eines Betriebes ...“. Allerdings übernimmt der Bayerische Haftpflichtverband die Haftung nur, wenn die Arbeit „mit einem Entgelt unter der Höhe verbunden ist, welche eine Krankenversicherungspflicht begründet.“ Womit das Problem der gerechten Entlohnung auch gelöst wäre.

Stationierungsstreikkräfte Tarifabschluß nach Streiks bei den Besatzern

Nach zähen Verhandlungen und nachdem über 8000 Beschäftigte bei den Besatzungsstreikkräften über mehrere Wochen mit Warnstreiks ihren Forderungen Nachdruck verliehen hatten, einigten sich am 13.12. OTV und IGM über ein neues Lohngefüge mit dem Bundesfinanzministerium als Verhandlungsführer und den Besatzungsstreikkräften.

Der Tarifvertrag tritt ab August 1981 in Kraft. Bisher bestanden elf Lohngebiete, die höchsten Löhne wurden bezahlt in den Ballungsgebieten Stuttgart und Frankfurt, die niedrigsten in den „Landlohngebieten“ Bayern, Bremen, Niedersachsen, Nord-

rhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Diese „Landlohngebiete“ werden an die Ballungsgebiete nun angepaßt, wodurch im ganzen Bundesgebiet vier Lohngebiete bestehen bleiben. Durch die Einschränkung der Anzahl der Lohngebiete entstehen für einige Arbeiter in den „Landlohngebieten“ Höhergruppierungen von bis zu 14%. Zugeständnisse machten die Gewerkschaften bei den sog. Gewerbegruppen. Die Arbeitgeber hatten ursprünglich die Aufsplitterung auf 13 vorgehabt (bisher vier); mit dem neuen Tarifvertrag wurden sechs Gewerbegruppen vereinbart, sowie eine Sonderregelung für Kraftfahrer.

Insgesamt ist damit die Spreizung des Lohngefüges geringer geworden. Statt bisher 222 unterschiedlichen Löhnen gibt es ab August 1981 168. Das erste Verhandlungsangebot des Bundesfinanzministeriums hatte ein Lohngefüge mit 561 verschiedenen Löhnen



vorgeschlagen, verbunden mit Abgruppierungen. Dem Ziel einer bundeseinheitlichen Ecklohngruppe auf dem Niveau des Öffentlichen Dienstes bzw. vergleichbarer Industriebranchen sind OTV und IGM mit diesem Tarifabschluß einen kleinen Schritt näher gekommen. Die Besatzungsstreikkräfte hatten die Verhandlungen eröffnet mit dem Versuch, die Zivilbeschäftigten durch ein völlig zersetztes Lohngefüge von den anderen Branchen in der BRD noch mehr abzuspalten. Daran haben Bund und Besatzer ein einheitliches Interesse. Die Koordination auf Seiten der Arbeitgeber begann erst schwieriger zu werden, als die Beschäftigten im Rahmen der Warnstreiks darangingen, die Logistik insbesondere der US-Armee zu beeinträchtigen. Dies kurz vor dem Zeitpunkt, als die US-Armee die 4 AWACS-Flugzeuge in Ramstein in der Pfalz stationierte. Die Besatzungsstreikkräfte werden versuchen, durch vermehrte Kündigungen und Beauftragung von Kontraktfirmen mehr Spielraum zu gewinnen.

Forderungen des Hungerstreiks nicht erledigt – Verband deutscher Sinti läßt nicht locker



„Kulturtag mit Sinti“ am 22.11.1980 in Dachau bei München. Links Romani Rose vom Vorstand des Verbandes deutscher Sinti. 400 Einwohner und Sinti aus der Umgebung beteiligten sich an den Veranstaltungen.

Dachau. Vernichtung aller Akten der ehemaligen Landfahrerzentrale oder ihre Verlagerung ins Bundesarchiv; öffentliche moralische Wiedergutmachung für das heute noch anhaltende Unrecht infolge der Tätigkeit der bayerischen Landfahrerzentrale und ihrer rassistisch diffamierenden Akten – das waren die Forderungen, für die 14 Sinti am 4.4.80 im ehemaligen KZ Dachau in den Hungerstreik traten. Das bayerische Innenministerium und die drei Landtagsfraktionen sahen sich zu Zugeständnissen gezwungen: „... alle Politiker ... (sind) aufgerufen, ihren Beitrag zur Toleranz und gegenseitigen Verständigung gegenüber den Sinti zu leisten“. Das Innenministerium werde dem Wunsch der Sinti nachgehen, über alle Akten aus der NS-Zeit Auskunft zu bekommen. Die Parteien sicherten zu, eine Anfrage über den Verbleib der Akten der Landfahrerzentrale im Landtag zu stellen. – Keine einzige dieser Zusagen – die ohnehin schon eine Verkrüppelung der Forderungen der Sinti bedeuteten – ist bis heute eingelöst worden.

In der Woche nach dem Hungerstreik erhob der Verband deutscher Sinti die Forderung nach einem Kulturzentrum in Dachau zur Förderung der Kultur und Sprache der Sinti, zur Dokumentation ihrer Geschichte und Verfolgung und zur Ausbildung junger Sinti. Der Dachauer Stadtrat entschied im Juni mit seiner CSU-Mehrheit auf Antrag des OB gegen diese Forderung

Begründung: Dachau könne sich mit seiner KZ-Vergangenheit die zusätzliche „Belastung“ durch ein Kulturzentrum der Sinti nicht leisten. Im bayerischen Landtag erklärte der Abgeordnete Hundhammer am 17.7. für die CSU: „Ich würde es als Beleidigung empfinden, wollte man sagen, die Landfahrerordnung sei etwa verfas-

sungswidrig gewesen“. Die NS-Akten der Landfahrerzentrale hätten sich in vielen Wiedergutmachungsverfahren als „wichtige Dokumente“ erwiesen, ihre Vernichtung sei deshalb falsch.

SPD und FDP haben in der Landtagsdebatte die Forderung nach einem Kulturzentrum unterstützt. Die SPD hat im August den Bericht einer Arbeitsgruppe „Lage und Forderungen der Sinti, Roma und verwandter Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland“ veröffentlicht, in dem die soziale und rechtliche Diskriminierung der Sinti bestätigt wird. – Aber: kein Stadtrat oder Landtag mit SPD/FDP-Mehrheit hat das Angebot gemacht, die Forderung nach einem Kulturzentrum der Sinti etwa in seinem Tätigkeitsbereich zu erfüllen.



Der „Durchfahrersplatz“ für Landfahrer“ der Landeshauptstadt München an der Kranzberger Allee.

Der Verband deutscher Sinti nutzt die durch den Hungerstreik erreichte Öffentlichkeit. Auf zahlreichen Veranstaltungen – unter anderem in Kiel, Bremen, Aurich, Hildesheim, Westberlin, Münster, Osnabrück, Düsseldorf, Mannheim, Darmstadt, Nürn-

berg, Ulm, Dachau, zumeist durchgeführt von Schulen, Volkshochschulen oder Komitees zur Unterstützung der Forderungen der Sinti – sind Vertreter des Verbandes aufgetreten, um die fortgesetzte Praxis polizeilicher Schikanen gegen Sinti, die Behinderung fahrender Sinti und ihre Ghettoisierung in Elendsquartieren anzugreifen: so z.B. den Großeinsatz von 20 Polizisten zur Durchsuchung eines Sinti-Lagers bei Straubing wegen des „Verdachts auf Fischwilderei“ im November, den das bayerische Innenministerium in einer Presseerklärung als „verhältnismäßig“ gegenüber den als Asozialen und Arbeitsscheuen diffamierten Sinti rechtfertigte. In München hat der Verband durchsetzen können, daß das Sozialreferat „Wohn-Container“ aufstellen muß für 40 Sinti, die in vier Wohnwagen und selbstgebauten Hütten leben müssen.

Am 3.12. hat der Verband deutscher Sinti auf einer Pressekonferenz in Wiesbaden ein neuerliches Tätigwerden von „Zigeunerspezialisten“, in diesem Fall bei der Kriminalpolizei Frankfurt und beim Bundeskriminalamt, aufgedeckt: Drei Beamte dieser Dienststellen hatten auf einer Veranstaltungsreihe der Volkshochschule Friedberg anhand dienstlicher Akten eine besondere „Kriminalität der Zigeuner“ beweisen wollen. Dabei ist auch herausgekommen, daß von der Polizei zum Zweck „anthropologischer Untersuchungen“ über rassische Besonderheiten nackte Sinti-Frauen fotografiert wurden. Der Verband deutscher Sinti fordert in Schreiben an den hessischen Innenminister, den Bundesinnenminister und den Bundesjustizminister Aufklärung über diese Polizeiaktionen und über die Existenz von Polizeisonderabteilungen für Zigeunerfragen.

Westberlin

Heftige Kämpfe gegen die Wohnungsnot

Am vergangenen Wochenende kam es in Westberlin zu zwei Straßenschlachten zwischen Hausbesetzern und Polizei. Senat und Polizei hatten bislang eine derart harte und umfassende Konfrontation vermieden, wohl wissend, daß die Sympathien der breiten Volksmassen nicht auf ihrer Seite sind. Am Montag mußte der Senat Verhandlungen anbieten, die aber abgelehnt wurden, solange noch Demonstranten in Haft seien. Die Gewerkschaft der Polizei und auch die CDU sprachen von „unverantwortlicher Wohnungsbaupolitik des Senats“. Seit November 1979 sind an die 30 leerstehende Häuser genommen worden, und schon seit Wochen rechnete der Besetzerrat mit Angriffen der Polizei, hatte eine Telefonkette organisiert und Treffpunkte im Falle des Überfalls angegeben. Drei Häuser konnte die Polizei bislang räumen, ohne größeren Widerstand, weil die Bewohner damals noch nicht so gut organisiert waren.

Ursache für die Bewegung ist die Wohnungsnot, insbesondere für die ärmsten Teile der Volksmassen, die vom Senat planmäßig verschlimmert wird und von den Wohnungsbaugesellschaften und Grundstücksspekulanten schonungslos genutzt wird. Nur 40% des Bedarfs an Sozialbauwohnungen in Westberlin ist überhaupt gedeckt. 40% des Bestands ist älter als 60, 15% älter als 80 Jahre; nur 50% haben Bad, WC und Sammelheizung. Die Altbauwohnungen sind zum größten Teil Sanierungs- und damit Spekulationsobjekte. Die Besitzer lassen sie planmäßig verfallen, um die letzten Mieter, die dem Abriß im Wege sind, zu vertreiben. Gerade diese Wohnungen, oft schon Bruchbuden, werden besetzt, um Abriß zu verhindern. Denn zum einen steht überhaupt nicht genug Ersatz zur Verfügung. In ganz Westberlin betrug der Reinzuwachs an Wohnungen 1978 nur 1611, in Wedding z.B. und in Kreuzberg war der Saldo negativ: - 1282 bzw. - 417 Wohnungen.

Zum anderen sind die Mieten im Sozialen Wohnungsbau für die meisten Bewohner der Sanierungsviertel untragbar. Schon jetzt zahlen 80% der Mieter 25% ihres Lohnes für Kaltmiete, 34% der einkommensschwachen Haushalte müssen 35% und mehr zahlen. Im sanierten Block 100 in Kreuzberg sind die Mieten innerhalb der letzten drei Jahre von 4,50 DM/m² auf 8 DM/m² angestiegen. Die Kostenmieten sind noch immens höher: bis zu 30 DM/m² im Sozialen Wohnungsbau, wobei der Restbetrag für die Woh-



nungsbaugesellschaften durch Steuern finanziert wird. 1968 betrug die Kostenmiete noch 3,30 DM. Die Hauptursache: 85% der Finanzierung läuft über Schuldenaufnahme des Senats bei den Banken, und die Zinszahlungen für die Hypotheken betragen bis zu 75% der Kostenmiete. Hinzu kommt noch großzügige Subventionierung von Sanierungsprogrammen; das Landesmodernisierungsprogramm sieht z.B. für 1000 DM privates Kapital 2400 DM Zuschuß vor.

Der Senat versucht sich jetzt als Opfer der Baukapitalisten hinzustellen: „Die Bauwirtschaft ist allein für den besorgniserregenden Preisauftrieb verantwortlich ...“ (Reg. Bürgermeister Stobbe). Daß mit diesem plumpen Manöver die Bewußtheit der Bewegung unterschätzt wurde, beweisen die Auseinandersetzungen.

Kommunalpolitik Anträge gegen Konzessionsabgaben

Mannheim. Auf der Protestversammlung des Komitees gegen die Fahrpreis- und Gebührenerhöhungen in Mannheim/Ludwigshafen wurden die Stadträte von FDP, DKP und den Grünen beauftragt, bei der im Februar anstehenden Haushaltsdebatte zu beantragen, daß die „Gewinnabführung der MVV (Mannheimer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft) in Form der Konzessionsabgabe unterbleibt und diese Gelder für eine soziale Tarifgestaltung verwendet werden“. Auch das Komitee selber will Anträge dazu in der Haushaltsdebatte stellen, was in Baden-Württemberg nach § 81 der Gemeindeordnung möglich ist.

Die Konzessionsabgabe (KA) wird bezahlt von den kommunalen Verkehrs- und Versorgungsunternehmen an die jeweilige Kommune und zwar nach der Konzessionsabgabeordnung von 1941. Bezahlt wird für das Recht der „Benutzung der öffentlichen Wege zur Verlegung von Versorgungsleitungen“ sowie für das Einräumen einer Monopolstellung im Kommunalbereich. Die KA beträgt „höchstens“ 15% auf die Haushaltstarife, dagegen nur 1,5% auf die Preise der Sonderabnehmer, der großen Konzerne. Die MVV ist eine 100%ige Tochter der Stadt Mannheim. Trotzdem zieht diese aus der MVV ca. 26 Mio DM pro Jahr KA, daneben noch zusätzlich ca. 10 Mio. jährlich an Gewerbe- und Grundsteuer. Angesichts der relativ sinkenden Gewerbesteuererinnahmen und sinkender Finanzausgleichszahlungen drängen die kommunalen Spitzenverbände auf die Beibehaltung der KA (Volumen in der BRD 2 Mrd. DM/-Jahr). Sie sei ein „unverzichtbares Finanzierungsmittel für die kommunalen Haushalte“ (in: Der Städtetag 8/80).

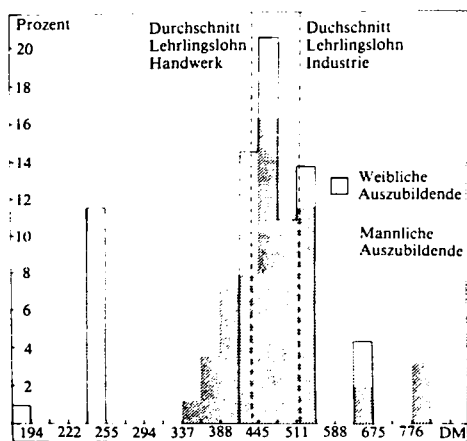
All diese Summen werden von den Versorgungsunternehmen auf die Tarife überwältigt und drücken sie nach oben. Allein die Abschaffung der KA würde die jetzige Erhöhungswelle überflüssig machen.

Berufsausbildung Lehrlingslöhne – der größte „Kostenfaktor“

Seit 1972 zum ersten Mal hat das Bundesinstitut für Berufsausbildung unter der Schirmherrschaft des Wissenschaftsministers eine genauere Untersuchung der Ausbildungslöhne durchgeführt. Eine weitere Auskunft über die Kosten, die durch die Berufsausbildung den Kapitalisten entstehen, können die Autoren nicht geben, da keine Daten darüber vorliegen. Die Auswertung der Betriebserhebung 1972 hatte ergeben, daß die Kapitalisten ihre Kosten für die Ausbildung folgendermaßen aufschlüsseln (Industriebetrieb): Lehrlingslohn 40%, Versicherungen 20%, Berufskleidung, Gebühren, externe Kurse und Exkursionen 3%, betrieblicher Unterricht 6%, Ausbildungswerkstatt 12%, Kosten im Betrieb 17%, Ausbildungsverwaltung usw. 2%. In Anbetracht dessen ist das Ministerium der Auffassung, daß mit den Lehrlingslöhnen der größte Unkostenfaktor für die Kapitalisten erfaßt ist.

Folgende Ergebnisse zeigen sich. Erstens: Der durchschnittliche Lehrlingslohn betrug 1979 für alle Ausbildungs-

jahre 478 DM pro Monat, in der Industrie und im Handel waren es 515 DM, im Handwerk 439 DM. Zweitens: 6,8% der Lehrlinge erhielten weniger als 350 DM pro Monat, 8,5% mehr als 650 DM im Monat. Der Durchschnittslohn der männlichen Lehrlinge liegt mit 481 DM im Monat um 38 DM monatlich über dem der weiblichen. Drittens: Im Überschlagn zahlten die Kapitalisten 8,7 Milliarden Mark an Lehrlingslöhnen im Jahr 1979 (nur auf Grund von Tarifverträgen). Dem stehen Zahlungen aus Steuermitteln und Mitteln der Arbeitslosenversicherung an die Kapitalisten für die Berufsausbildung in Höhe von insgesamt 840 Millionen Mark gegenüber. Diskutiert wird, wie die Kapitalisten auch von den restlichen 99% der Kosten befreit werden können, ohne daß ihnen das Monopol der Berufsausbildung genommen wird.



Erfaßt sind in der Lohnverteilung jeweils die 25 am stärksten mit männlichen bzw. weiblichen Lehrlingen besetzten Ausbildungsberufe, in denen sich 66% der männlichen und 85% der weiblichen Lehrlinge befinden. Stand: 1.10.1979. Quelle: Berufsausbildung in Wissenschaft und Praxis, Oktober 80.

Studenten Regierung beschließt BAFöG-Senkung

„Wir werden die Ausbildungsförderung auch in einer Zeit erhalten, in der die erheblich gestiegenen Aufwendungen für mehr als 800000 Schüler und Studenten unseren finanziellen Spielraum begrenzen.“ So liest sich in der Regierungserklärung die Übereinkunft der Koalitionsparteien, den Haushaltsposten für BAFöG und Graduiertenförderung für 1981 und 1982 auf jeweils 2,4 Milliarden Mark einzufrieren und „strukturelle Reformen“ ins Auge zu fassen.

Konkret heißt dies zunächst, daß Förderungssätze und Elternfreibeträge 1981 nicht angehoben werden sollen. Dies hätte drastische Kürzungen der Zahlungen und ein weiteres Absinken der Quote der Studenten, die überhaupt BAFöG beziehen, zur Folge. Da bei der Berechnung des BAFöG immer die Elterneinkommen zwei Kalenderjahre vor dem Bewilligungszeitraum zugrundegelegt werden, würden dann 1981 die von 1978 auf 1979 gestiegenen Elterneinkommen an unveränderten Freibeträgen gemessen – was auf den Bundeshaushalt dreifach sanierende Wirkung hätte: 1. würde sich die Ge-

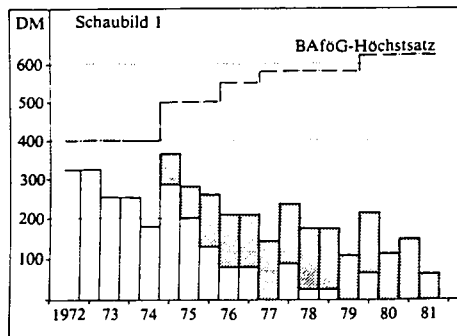
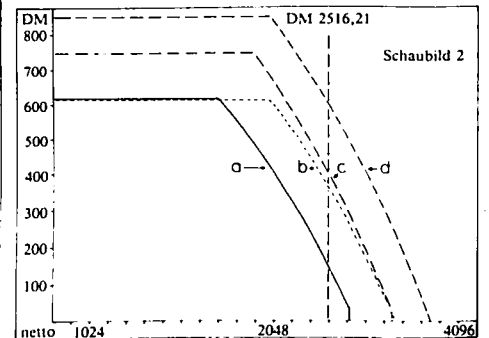


Schaubild 1: BAFöG-Zahlungen 1972 – 1981 für statistischen Vier-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen (Alleinverdiener, 1 Student, 1 Kind unter 15 Jahren); gerastert: Darlehensanteil; ungerastert: Zuschuß. Differenz zum Höchstbetrag muß von Eltern aufgebracht werden.

Schaubild 2: Höhe der BAFöG-Zahlungen für Familiennettoeinkommen (Bsp. wie oben). a: Stand 1.1.80, b: BAFöG 80, wenn seit 1972 Höchstsatz nach Inflationsrate und Freibeträge nach Einkommensentwicklung angepaßt worden wären, c: GEW-Forderung, d: BAFöG 80, wenn Höchstbetrag und Freibeträge seit 1972 nach Einkommensentwicklung angepaßt worden wären. 2516,21 DM: bei Berechnung 1980 zugrundeliegendes Nettoeinkommen von 1978 (Statistisches Jahrbuch).

dungsförderung betrifft, für die zwischen den Parlamentsfraktionen im Moment noch unterschiedliche Überlegungen hin- und hergeschoben werden, hat noch die letzte Bundesregierung gewisse Vorarbeit geleistet mit einer im Juli beschlossenen Verordnung, mit der die Eintreibung der BAFöG-Darlehen verschärft werden soll.

Mit Sicherheit spekuliert die Bundesregierung darauf, daß die Studentenbewegung allein nicht die Kraft entfalten könne, um auch nur den Einbruch der letzten Jahre wieder auszugleichen. An rund einem Dutzend Hochschulorten aber haben in den



fördertenquote voraussichtlich auf deutlich unter 30% drücken lassen, 2. sanken die einzelnen auszahlenden Beträge erheblich, was 3. die Eltern durch steigende Zuzahlungen an ihre studierenden Kinder ausgleichen mußten.

Für das in Schaubild 1 durchgerechnete Beispiel ergibt sich z.B.: Da das Nettoeinkommen des 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalts des Statistischen Bundesamtes von 1978 auf 1979 um 151,02 DM auf 2667,23 DM gestiegen ist, sinkt das BAFöG von 1980 auf 1981 um 83,06 DM auf ganze 66,02 DM. Gut die Hälfte der Lohnerhöhung 1979, die damals statistisch 6% betrug, werden also 1981 vom BAFöG abgezogen und müssen somit von der Lohnerhöhung 1981 abgezogen werden. Bereits in den vergangenen Jahren sind die BAFöG-Senkungen und die Verringerung der Gefördertenquote (von 1973 bis 1980 von 39,2% auf 32,4%) hauptsächlich durch das Hinterherhinken der Freibeträge hinter der Einkommensentwicklung zustande gekommen.

Was die geplanten „strukturellen Reformen“ im System der Ausbil-

letzen Wochen Studenten einzelner Hochschulen oder Bundesländer demonstriert. Teilweise waren es die größten Demonstrationen seit Jahren, und fast überall wurden sie auch von Gewerkschaften unterstützt. Die GEW hat mit einer breit angelegten Unterschriftensammlung für 750 DM Höchsförderung und 1500 DM Elternfreibetrag begonnen.

Das Deutsche Studentenwerk hat auf seiner letzten Mitgliederversammlung am 4./5. Dezember 1980 die Pläne der Bundesregierung zurückgewiesen und für 1981 die Erhöhung der Höchsförderung um 100 DM auf 720 DM und des Elternfreibetrages um 180 DM auf 1450 DM gefordert – „unter Berücksichtigung der angespannten Haushaltslage“. Den Unterhaltsbedarf eines Studenten (ohne Ausgaben für Genußmittel und Auto) bezifferte das Studentenwerk im Juni 1980 mit 765 DM. Gleichzeitig fordert das Deutsche Studentenwerk erstmals, die Anhebung der Freibeträge prinzipiell „an der Einkommensentwicklung und nicht lediglich an der Entwicklung der Lebenshaltungskosten zu messen.“

Schinderei für die Beschäftigten, sinkender Konsum für die Volksmassen

„Enttäuschung über schwachen Auftakt des Weihnachtsgeschäfts ... Der Vorjahresumsatz wurde nicht erreicht“, das schrieb die „Welt“ am 1.12.80. Horten verzeichnete einen Umsatzrückgang um 13,5%. Der zusätzliche Anteil des Umsatzes, den die Einzelhandelskapitalisten durch das Weihnachtsgeschäft erzielen, geht in den letzten Jahren zurück. Betrug er 1970 noch 5,6%, so lag er 1979 nur noch bei 4,3%. Der Anteil für Nahrungs- und Genußmittel am Gesamtumsatz ging von 1962 bis 1979 um 5,6% (in Preisen von 1970) zurück, der Anteil für Bekleidung, Schuhe und Wäsche sogar um 6,4%. Dagegen stieg der Anteil für Kraftfahrzeuge, Kohle und Mineralölzeugnisse im Vergleichszeitraum um 3,8%. Für die Volksmassen drückt sich die Verengung der Reproduktionsbasis auch darin aus, daß der Anteil der Ersparnisse 1977 gegenüber 1976 um 0,8% zurückging und auf der anderen Seite der Kauf auf Kredite (offene Buchkredite, Anschreiben) seit 1972 bis 1979 um 6% gestiegen ist.

Für die Beschäftigten im Einzelhandel bedeutet das Weihnachtsgeschäft eine enorme Steigerung der Arbeitshetze bei gleichem Lohn. Die meisten Verkäufer müssen im Dezember jeden Samstag bis 18 Uhr arbeiten. Für viele gibt es nicht einen einzigen freien Tag in der Woche, Überstunden werden angeordnet. Nichtverkaufspersonal muß im Verkauf mitarbeiten. Regelmäßig steigt in den ersten Januarwochen der Krankenstand an und viele Beschäftigte müssen Urlaub nehmen.

In einer 1978 vom Ehrenbergministerium veröffentlichten Studie über die gesundheitlichen Auswirkungen der Arbeit als Kassierer und Verkäufer werden schwere gesundheitliche Schäden festgestellt. So heißt es in dem Bericht: „Die Kassiererinnen litten nicht nur unter chronischer Erschöpfung der Nackenmuskulatur, Schultern, Arme usw., sondern auch der Muskulatur am ganzen Körper und zwar in viel höherem Maß als Vergleichspersonen, obwohl ihr Durchschnittsalter niedriger war. Die Stärke der Beschwerden in der lokalen Muskulatur und am ganzen Körper war proportional der Zeitdauer der Tätigkeit als Kassiererin.“ Vom Verkaufspersonal, das bis zu 84% der Arbeitszeit im Stehen arbeiten muß, leiden 56% an Beschwerden der Füße, der Beine und der Wirbelsäule. 66% haben ein Venenleiden in den Beinen. Für die Entlastung der Verkäufer emp-

fiehl Ehrenberg, möglichst viele Sitzgelegenheiten anzubieten. Aber was nützen Sitzgelegenheiten, wenn man keine Zeit zum Sitzen hat. Für die Kassiererinnen kann Ehrenberg nicht umhin, ein Zugeständnis an die Forderungen der Gewerkschaft zu machen. Er empfiehlt das Verbot der Umpackkassen. Grundlegende Verbesserungen der Arbeitsbedingungen hat Ehrenberg nicht vor. Er legt einen Entwurf für eine Arbeitsstättenrichtlinie vor. Darin wird zum Beispiel gefordert, daß die Höhe des Geldschalters und der Tastatur so niedrig wie möglich ist. So etwas ist natürlich eine Arbeitserleichterung, aber die Kapitalisten nutzen es, die Arbeit noch weiter zu verdichten.

In fast allen größeren Einzelhandelsgeschäften gibt es heute elektronische Kassen. Gekoppelt an Zentralrechner

ermöglichen diese neuen Kassensysteme den Einzelhandelskapitalisten Rationalisierungen im größeren Maßstab. In diesen Kassen können alle Angaben über die Kundenzahl, die zeitliche Verteilung der Einkäufe, den Umsatz, die Leistung pro Kasse und den Verkauf bestimmter Artikel erfaßt und gespeichert werden. Schon vor Jahren haben die Einzelhandelskapitalisten die Mehrbereichskassen eingeführt. In allen neu eröffneten und umgebauten Karstadthäusern gibt es diese Kassen. Lohnsenkung und Arbeitsverdichtung wird dadurch erreicht, daß die Arbeit des Verkaufspersonals weiter aufgeteilt wird. Früher bestand die Tätigkeit der Verkäuferin darin, Ware zu etikettieren, Regale aufzufüllen, zu bedienen und zu kassieren. Es gab weniger einseitige Belastungen. Heute ist die Ar-



Arbeiter auf der Rampe eines Karstadt-lagers in Hamburg beim Entladen



Kassiererin bei Karstadt Hamburg an einer Mehrbereichskasse

Beschlüsse des HBV-Gewerkschaftstages September 1980

A 115 Ladenschlußgesetz: Die Delegierten des HBV-Gewerkschaftstages wenden sich entschieden gegen alle Versuche, das derzeitige Ladenschlußgesetz auszuhöhlen ... Die Tarifkommissionen werden aufgefordert, in künftigen Verhandlungen um neue Tarifverträge die Arbeitszeiten im Einzelhandel im Rahmen des geltenden Ladenschlußgesetzes festzuschreiben.

A 154 Steuerpolitik: Der Hauptvorstand wird beauftragt, den Gesetzgeber aufzufordern, den Grundfreibetrag der Lohnsteuer zu verdoppeln.

A 157 Der Gewerkschaftstag möge beschließen, den Hauptvorstand aufzufordern, gegenüber der Bundesregierung darauf hinzuwirken, daß der Lohnsteuergrundfreibetrag auf 25% des Durchschnittslohns angehoben und dynamisiert wird.

A 190 Teilzeitarbeit: ... sind folgende Forderungen zu realisieren:

- Gleiche sozialversicherungs- und tarifvertragliche Stellung der Teilzeitarbeitskräfte mit den Vollzeitkräften, wobei die Arbeitgeber auch die Arbeitnehmeranteile zur Sozialversicherung zu tragen haben, wenn das Monatseinkommen 10 Prozent der jeweiligen Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung erreicht.

- Begrenzung des Arbeitsumfangs entsprechend der verringerten Arbeitszeit. Überwachung durch die Arbeitnehmervertretung

- Keine Umwandlung von Voll- in Teilzeitarbeitsplätze

- Übernahme aller Arbeitskräfte auf Abruf in Arbeitsverhältnisse mit fester Arbeitszeit

- Schaffung von genügend Kinderhorten, Kindertagesstätten und Gesamtschulen. Verbesserung der Altenbetreuung.

A 197 Renten: Der Hauptvorstand wird aufgefordert, mit allem Nachdruck dafür einzutreten, daß die bruttolohnbezogene Rentenformel und Anpassung der Renten beibehalten und die Renten weder durch eine allgemeine Besteuerung noch durch Krankenversicherungsbeitrag für Rentner gekürzt werden.

A 253 Verkürzung der Schichtarbeitszeiten ... Anrechnung der Pausen als bezahlte Arbeitszeit.

A 273 Tarifpolitik: Die zuständigen Tarifkommissionen der Gewerkschaft HBV sollen bei künftigen Lohn- und Gehaltsverhandlungen eine stärkere Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen durchsetzen, die eine erhöhte Absicherung der niedrigen Einkommen garantiert, bestehende Ungerechtigkeiten in der Tarifstruktur beseitigt und ein Auseinanderwachsen der unteren und höheren Einkommen verhindert.

Der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ist in allen Bereichen zu verwirklichen. Unbegründete Altersabschläge sind ebenso wie alle Ortsklassenabschläge zu beseitigen.

A 278 Der HBV-Vorstand wird aufgefordert, in den gemeinwirtschaftlichen Unternehmen umfassende Tarifverträge über Bildschirmarbeit abzuschließen, die z.B. beinhalten: Einschränkung der Arbeitszeit auf höchstens 4 Stunden am Bildschirm, Mischarbeitsplätze, ärztliche Vorsorge, keine Lohn- und tariflichen Herabstufungen.

Mitgliederentwicklung HBV / Gesamtorganisation

Jahr	Mitglieder insgesamt	Veränderungen in %	dav. Männer in %	dav. Frauen in %
1948 (Gründung)				
1949	30000			
1953	100000			
1968	142000			
1970	157671	(+ 11,0)	ca. 51,01	ca. 48,99
1971	171341	+ 8,7	51,55	48,45
1972	191071	+ 11,5	51,58	48,42
1973	210038	+ 9,9	51,28	48,82
1974	236642	+ 12,7	50,09	49,91
1975	257123	+ 8,7	49,47	50,53
1976	274783	+ 6,9	48,87	51,13
1977	292158	+ 6,3	48,27	51,73
1978	300000	(+ 2,7)	ca. 48,00	ca. 52,00
1979	333931			53,00
1980	345000			

beit weiter unterteilt. Im wesentlichen besteht die Tätigkeit eines Verkäufers aus entweder Etikettieren und Regale auffüllen oder Bedienen als Fachverkäufer oder aus Kassieren. Bei elektronischen Kassen muß die Kassiererin im Schnitt 17 Artikel pro Minute bearbeiten. Außerdem wird die Tätigkeit des Nur-Packens nicht so hoch eingestuft, wie die Tätigkeit des Bedienens und Kassierens. Häufig ist es vorgekommen, daß Verkäufer, die jetzt ausschließlich kassieren, nicht in die entsprechende tarifliche Gehaltsgruppe hochgruppiert worden sind.

Welches Ausmaß die Rationalisierung im Einzelhandel angenommen hat und wie im Verhältnis dazu die Arbeitsbelastung der Beschäftigten zugenommen hat, darüber geben die Zahlen über Verkaufsfläche pro Beschäftigtem und der Umsatz pro Beschäftigtem Aufschluß. So hat der Horten-Konzern im Jahr 1977 die Zahl der Beschäftigten um 3,5% verringert und gleichzeitig die Verkaufsfläche auf 20,8 m² pro Beschäftigtem erhöht.



Umpack-Kasse

Ganz deutlich hat sich das im Kampf der Einzelhandelsbeschäftigten in den Lohnkämpfen gegen Lohnsenkung und Rationalisierung der Einzelhandelskapitalisten der letzten Jahre geäußert. Die ersten Warnstreiks wurden in fast allen Tarifbezirken durchgeführt. Teilweise konnte die besondere Anhebung der unteren Lohngruppen durchgesetzt werden. Auch in den Beschlüssen des HBV-Gewerkschaftstages in diesem Jahr kamen die Forderungen der Einzelhandelsbeschäftigten zum Ausdruck. Zu den Arbeitsbedingungen der Kassierer heißt es:

- Verbot der Umpackkassen
- Anerkennung der Erkrankungen an Arm- und Schultergelenken als Berufskrankheiten
- 15minütige Erholungspause nach einer Stunde ständiger zusammenhängender Arbeit
- regelmäßige ärztliche Kontrolluntersuchungen
- Abgruppierungsschutz bei anderweitiger Tätigkeit.

Stichwort Konzentration im Einzelhandel

Die größten Einzelhandelskapitale

Unternehmen 1977/78	Warenhäus./ Filialen	Umsatz in Mrd.DM	Beschäftigte	Verkaufsfläche pro Beschäftigte
Karstadt	148	8,41	66400	18,4 m ²
Kaufhof		7,38	57448	16,5 m ²
Hertie		6,29	52000	17,3 m ²
Horten	50	3,66	28704	20,8 m ²
Aldi	1200	7,00		
C&A	104	3,92		
Tengelmann	1047	3,77		
Massa	14	1,54	6000	43,0 m ²
Woolworth	197	1,48		
SB-Kauf	26	1,26	3576	52,6 m ²

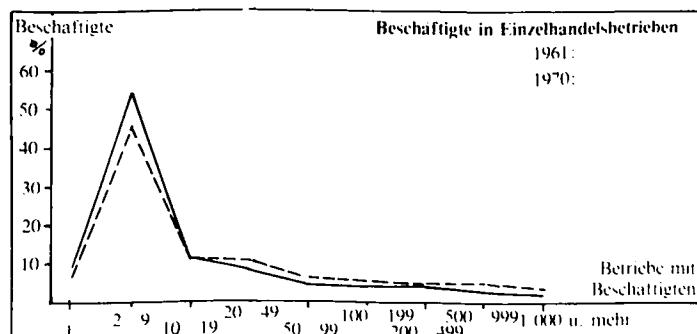
Steuerpflichtige Unternehmen und Umsätze des Einzelhandels nach Umsatzgrößenklassen

Umsatzgrößenklassen von ... bis DM	steuerpflichtige Unternehmen in Klammern Anteil am Umsatz in %
12000 – 20000	29709 (0,5) 13314 (0,1) 9355 (0,1)
20000 – 50000	96229 (3,1) 46849 6 0,8) 35750 (0,4)
50000 – 100000	133925 (7,9) 63145 (2,2) 49544 (1,3)
100000 – 250000	135469 (20,0) 114132 (9,0) 98127 (5,9)
250000 – 500000	45868 (14,7) 67161 (11,3) 69411 (8,9)
500000 – 1 Mio	14861 (9,4) 37225 (12,4) 45415 (11,5)
1 Mio – 2 Mio	5308 (6,8) 14642 (9,6) 22407 (11,0)
2 Mio – 5 Mio	2583 (7,4) 6613 (9,6) 9907 (10,8)
5 Mio – 10 Mio	719 (4,7) 1919 (6,3) 2864 (7,1)
10 Mio – 25 Mio	341 (4,9) 882 (6,4) 1388 (7,5)
26 Mio – 50 Mio	105 (3,6) 247 (4,1) 339 (4,2)
50 Mio – 100 M	36 (2,3) 93 (3,1) 115 (2,8)
100 M – 250 M	22 (3,0) 67 (5,0) 84 (4,7)
250 M – 1 Mrd	5 (2,4) 18 (3,7) 32 (5,2)
1 Mrd und mehr	6 (9,4) 12 (16,3) 14 (18,5)

In den letzten 10 Jahren haben Zehntausende von Kleinbetrieben im Einzelhandel schließen müssen. Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (Kapitalistenverband) schreibt in ihrem Geschäftsbericht 1979: „Die Wirklichkeit im Einzelhandel sieht so aus: 1% der Unternehmen hatten 1962 einen Marktanteil von rund 28% erzielt, der 1976 auf 46% wuchs... Mit anderen Worten: Anfang der 80er Jahre werden etwa 1% aller Einzelhandelsunternehmen über einen Marktanteil von 50% verfügen.“

Beschäftigte im Einzelhandel

Die Beschäftigten im Einzelhandel sind sehr zersplittert. Trotz der Konzentration der Kapitale arbeiten heute noch mehr als 1 Million Beschäftigte in Betrieben, die weniger als 10 Beschäftigte haben. Der Rest arbeitet in Betrieben, die mehr als 10 Beschäftigte haben. Genauere Zahlen kann man für heute nicht bekommen, weil die letzte Arbeitsstättenuntersuchung 1970 durchgeführt worden ist. Das Schaubild zeigt die Entwicklung zwischen 1961



und 1970. Man kann vermuten, daß die Struktur bis heute ähnlich ist, daß sich die Spitze etwas nach unten verschoben hat und etwas mehr Beschäftigte jetzt in Großbetrieben arbeiten.

Beschäftigte im Einzelhandel nach Stellung im Beruf

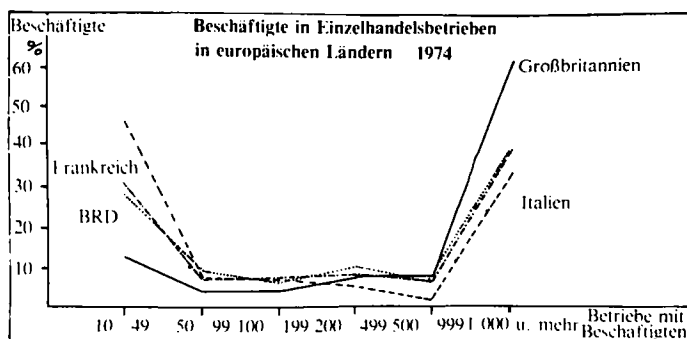
Beschäftigte (in 1000)	1970	1975	1976	1977	1978	1979
Tät. Inh. u. Fam.ang.	639	576	575	574	573	572
Arbeitnehmer	1604	1611	1612	1623	1630	1654
gesamt	2243	2187	2187	2197	2203	2226
dav. Teilzeit	401	454	462	472	483	500



Lager von Karstadt Hamburg, schneller Warenumsatz senkt die Kosten.

Konzentration im Einzelhandel in EG-Ländern

In den vier europäischen Ländern BRD, Frankreich, Großbritannien und Italien hat sich die Konzentration im Einzelhandel ganz unterschiedlich entwickelt. In den Betrieben zwischen 10 und 1000 und mehr Beschäftigten arbeiten in Großbritannien am meisten in den Unternehmen von 1000 und mehr Beschäftigten. Ganz anders in Italien, wo 46,5% der Beschäftigten noch in Betrieben von 10 bis 49 Beschäftigten arbeiten. Frankreich und die BRD liegen in etwa gleich, bei beiden Ländern liegt der Prozentsatz der Beschäftigten in Betrieben mit 1000 und mehr bei 38%.



In der BRD bei 38,1% und in Frankreich bei 38,7%. Die Zahlen sind einer Statistik der Europäischen Gemeinschaft von 1974 entnommen, in der aber nicht die Konzentration der Beschäftigten in Betrieben unter 10 Beschäftigten enthalten ist, so daß das Bild natürlich schief wird, wenn man nicht beachtet, daß wahrscheinlich in allen diesen Ländern die größte Anzahl der Arbeiter, Angestellten und kleinen Selbständigen im Einzelhandel in kleineren Betrieben arbeiten. Interessant ist die Anzahl der Teilzeitbeschäftigten in diesen Ländern. Dort wo die Konzentration der Beschäftigten am höchsten ist, dort ist auch die Anzahl der Teilzeitbeschäftigten am höchsten. In Großbritannien liegt die Teilzeitbeschäftigung berechnet auf die Gesamtzahl der Beschäftigten in Betrieben zwischen 10 und 1000 und mehr bei 34,6%. In der BRD liegt sie bei 33,3%, in Frankreich nur bei 11% und in Italien bei 5,3%. Eine Rolle spielt wahrscheinlich auch, daß in Italien und Frankreich die Ladenöffnungszeiten anders sind und wegen der längeren Mittagspausen die Vollzeitbeschäftigten sowieso hauptsächlich in den Ladenstoßzeiten arbeiten.

Einkommenssteuer-boycott der Bauern

Die dänischen Bauern sind insgesamt mit 80 Mrd. Kronen verschuldet (= 20 Mrd. DM). Gegenwärtig müssen viele Bauern für Kredite an Getreide- und Futtermittelhändler 30% Zinsen zahlen. Für Betriebsmittelinvestitionen (Maschinen und Gebäude) liegen die Zinsen zwischen 20 und 25%. Der Landwirtschaftsverband verhandelte mit der Regierung über Zinsverbilligung für Betriebsmittel, die auf höchstens 10% begrenzt werden sollten. Dafür hätte die dänische Regierung ca. 7 Mrd. Kronen (2,3 Mrd. DM) bereitstellen müssen. Die Verhandlungen wurden jetzt vom Landwirtschaftsverband für gescheitert erklärt, nachdem die Regierung noch eine Sondersteuer von den Bauern beschlossen hatte, wegen angeblicher Extragewinne. Diese sollen Bauern aus dem EG-Fond zugekommen sein, als die dänische Krone abgewertet wurde. Sämtliche EG-Preise bleiben aber in den Investitionsstellen hängen. Der Bauer bekommt nur den Marktpreis. Da die Dreistigkeit der dänischen Regierung im Beutelschneiden keine Grenzen kennt, hat nun der Landwirtschaftsverband

Obote neuer Präsident von Uganda

Aus den Parlamentswahlen am 7.12. in Uganda ist der Volksgongress unter Führung von Milton Obote als Sieger hervorgegangen. Die Hauptoppositionspartei, die katholisch-konservative Demokratische Partei, errang 37% der Parlamentssitze. Obote war nach der Unabhängigkeit des Landes vom britischen Imperialismus Präsident von Uganda und verfolgte den Kurs des Aufbaus aus eigener Kraft und des genossenschaftlichen Zusammenschlusses der Bauern.

1971 wurde er von Idi Amin gestürzt und lebte bis Anfang



dieses Jahres im tansanischen Exil. – Gegenwärtig stehen

noch 10000 tansanische Soldaten in Uganda, die 1979 nach Grenzkonflikten ins Land einmarschierten und Präsident Amin vertrieben. Die Wirtschaft des Landes ist zusammengebrochen: Zucker- und Teeplantagen sind vernachlässigt, die Kaffeernte ist 1979 auf 10300 t. gegenüber 250000 t vor 10 Jahren gefallen, es gibt keine Devisen für nötige Importe. Der Aufbau wird durch die gefallenen Weltmarktpreise für Kaffee erschwert. – Obote hat angekündigt, bessere Beziehungen zu den ostafrikanischen Nachbarländern, besonders Kenia, herzustellen.

beschlossen, daß seine Mitglieder keine Einkommenssteuern mehr zahlen, ausgenommen die, die dazu bereit und dazu in der Lage sind, die Steuer zu zahlen.

Italien: Streiks gegen Steuererhöhungen

Kein Vorwand ist zu schäbig: Zwecks „Hilfe für die Erdbebengebiete“ hat die italienische Regierung die Mineralölsteuer erhöht und einen Gesetzentwurf eingebracht, nach dem die Kfz-Steuer und Gebühren für Pässe, Führerscheine usw. um 50% steigen sollen und auf Haushaltsstrom eine

Zusatzabgabe zu entrichten ist. Benzin (dessen Preis bei den Inflationszuschlägen zum Lohn nicht berücksichtigt wird) kostet jetzt 850 Lire (1,79 DM). Die für 1981 angekündigte Senkung der Lohnsteuersätze wird auf 1982 verschoben. Vor wenigen Wochen erst waren Zinseinnahmen aus Wertpapierbesitz völlig von Steuern befreit worden, geschätzter Einnahmefall: 8,2 Mrd. DM. Nach Bekanntwerden des Plünderungsprogramms traten Belegschaften in Mailand und Genua (Alfa, Ansaldo, Italsider) in den Streik.

Zimbabwe: Die Hunde bellen ...

Ein unter Vorsitz eines europäischen Richters in Salisbury einberufenes Gericht mußte den Generalsekretär der ZANU und Arbeitsminister Tekeru von einer Mordanklage freisprechen und die Notwehrsituation, in der ein weißer Farmer erschossen worden war, anerkennen. Die Imperialisten toben und drohen. Nun würden die Weißen das Land verlassen, Zimbabwe im Chaos versinken. Neu ist das nicht. Währenddessen hat Zimbabwe einen Freundschaftsvertrag mit Tansania abgeschlossen und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, des Handels, der Wissenschaft, der Luftfahrt und des Nachrichtenwesens vereinbart.

Staatsbesuch Breschnews in Indien

Bei der Ankunft Breschnews in Neu-Delhi mußte die Fahrtroute wegen Demonstrationen gegen die Invasion Afghanistans geändert werden. Vor dem Besuch war spekuliert worden, es könne den Sozialimperialisten gelingen, Indien als Preis für sowjetische Öllieferungen zu einer Billigung ihrer Aggression zu pressen. Daraus ist nichts geworden. Im Abschlußkommuniqué wird Afghanistan nicht erwähnt, und noch wenige Tage vorher hatte die indische Regierung bekräftigt, daß „das afghanische Volk ohne ausländische Einmischung über sein Schicksal bestimmen“ soll. Mit der vereinbarten Verdoppelung des Warenaustausches bis 1985 werden die Sozialimperialisten ihren wirtschaftlichen Einfluß auf Indien verstärken.

Seit dem 27.10.80 befinden sich sieben irische republikanische Kriegsgefangene im Hungerstreik, um die seit 1976 verweigerte Anerkennung als Kriegsgefangene zurückzuerhalten (s. Pol. Berichte 4/80). Am 1.12. haben sich ihnen drei Frauen aus dem Gefängnis Armagh, ebenfalls im britisch besetzten Norden Irlands, angeschlossen. Die Männer sind inzwischen aus dem Maze-Gefängnis in den Gefängnisflügel des Musgrave-Park-Militärhospitals verschleppt worden.

Die Forderung der Kriegsgefangenen nach Anerkennung als solche findet die breite Unterstützung der Bevölkerung in ganz Irland. Am 6.12.80 marschierten 30000 zur britischen Botschaft in Dublin, im besetzten Norden finden ständig Demonstrationen und Streiks unter Beteiligung Zehntausender statt, zuletzt am 11.12. ein Generalstreik in den republikanischen Vierteln Belfasts. Diese breite Unterstützung zwang Premierministerin Thatcher, sich am 9.12. mit

dem Premier der Republik Irland Haughey zwecks Gesprächen über „eine Gefängnisreform und andere Dinge“ zu treffen. Laut Abschlußkommuniqué einigten sie sich auf „Kommissionen, die die Änderung institutioneller Strukturen“, d.h. die Verbrämung des Kolonialstaates im irischen Norden „untersuchen“ sollen. Haughey äußerte im Anschluß „Optimismus“, Thatcher erklärte im Unterhaus, der politische Status werde nicht zurückgegeben werden, ebenso wie es bei der „Einheit des Vereinigten Königreichs“ keine Änderung geben könne. Dessen ungeachtet ist Thatcher unter dem Druck der irischen und britischen Bevölkerung, der sie zwang, eine Delegation des Innenministeriums zu den Hungerstreikenden zu schicken, die sie seit einer Woche beknet, faulen Kompromissen zuzustimmen. Die republikanischen Gefangenen antworteten am 14. und 15.12. mit der Ausweitung des Hungerstreiks durch weitere 30 Kriegsgefangene im Maze-Gefängnis.



Demonstration am 13.12. in Hamburg

Türkei

Durch die Militärherrschaft sehen die Imperialisten die Beute gesichert

Durch den Militärputsch vom 12.9. sehen die westlichen Imperialisten die Kreditwürdigkeit dieses Landes wieder gesichert und verbürgt. Der IWF war bereits Ende September zu diesem Ergebnis gekommen und bewilligte neue Kredite in Höhe von 92 Mio. \$.

Die BRD-Imperialisten machten zunächst einen bescheidenen Anfang: Sie schlossen – wie früher bereits das Deutsche Kaiserreich – mit der Militärjunta ein Abkommen am 18. September über Ausrüstung und Ausbildung der türkischen Polizei. Am 17. November findet in der westdeutschen Botschaft in Ankara die Unterzeichnung eines Militärhilfe-Abkommens statt, nach dem die BRD der Türkei im Zeitraum von 1981 bis 1984 eine Sonderhilfe von 600 Mio. DM zur Modernisierung der Armee zur Verfügung stellt. Davon sollen u.a. 80 Kampfpanzer Leopard 1 bezahlt werden, die Krauss-Maffei in München herstellt.

Am 2. Dezember beseitigt die Militärjunta – wie von den Imperialisten verlangt – Beschränkungen und „bü-

ebenfalls im Rahmen der OECD-Verbindungen vorgesehene Stundung von 1,2 Mrd. DM auf zehn Jahre. In dieser Summe sind 754 Mio. DM kommerzielle Schulden der Türkei enthalten. Das gesamte ausländische Kreditvolumen an die Türkei beläuft sich damit nach Angaben der Bundesstelle für Außenhandel auf 2,9 Mrd. \$ für 1980.

Mitte des Jahres waren die Imperialisten zu dem Schluß gekommen, daß die parlamentarisch gebildete Regierung Demirel nicht in der Lage sein würde, die vom IWF verlangten und auch eingeleiteten drastischen Eingriffe in die Wirtschaft des völlig verschuldeten Landes durchzuhalten. Die BRD-Botschaft kablete am 29. Juli aus Ankara an das Auswärtige Amt: „Die Regierung steht vor der Frage der Quadratur des Kreises.“ Die gewünschte Ankurbelung der Wirtschaft sei kaum möglich, nicht etwa wegen der Auflagen des IWF, „sondern weil eine Reihe anderer Faktoren wie ausufernde Streiks, exzessive Lohnforderungen, unsichere Absatzaussichten u.a. mehr



rokratische Hürden“ für ausländische Kapitalanlagen in der Türkei: Investitionen bis 50 Mio. \$ können getätigt werden, wenn sie „den Privatsektor in der Türkei stärken“. Es muß in ausländisch-türkischen Gemeinschaftsunternehmen angelegt werden, in denen das ausländische Kapital bis zu 49% betragen darf. Auch Beteiligungen an den staatlichen Unternehmen sind gestattet. Für die Gewinnrückführung gibt es keinen Zwang.

Die Imperialisten quittierten nicht kleinlich: Am 4. Dezember gewährten die USA eine Wirtschaftshilfe von 200 Mio. \$. Einen Tag später wurde ein britischer Kredit im Rahmen der OECD-Umschuldung von 397 Mio. \$ freigegeben, und am 12. Dezember gewährte die westdeutsche Regierung die

ein ungünstiges Investitionsklima schaffen.“

Nur zehn Tage nach dem Putsch hatte sich die Lage für die Imperialisten schlagartig geändert: Die BRD-Botschaft meldet in einem Schreiben vom 22. September dem Auswärtigen Amt „gedämpften Optimismus“, „... weil die Wirtschaftspolitik jetzt ohne die Instabilität der vergangenen Monate sicher besser greift, vornehmlich im Bereiche der Produktionssteigerung. Es gibt zur Zeit keine Streiks mehr ...“

Die durch die IWF-Auflagen in der ersten Hälfte dieses Jahres eingeleitete und jetzt mit Waffengewalt durchgesetzte Politik ruiniert den Kleinbesitz und trifft mit voller Wucht das Proletariat. Nach Berichten der verbotenen Zeitung „Demokrat“ meldeten in den

ersten sieben Monaten des Jahres 515 Firmen Konkurs an, und in Istanbul allein gingen 6000 der 22000 kleinen Läden pleite. Allein in den ersten drei Monaten sank die Kaufkraft der Löhne um 15%, die Verteuerung der Lebenshaltung seit September durch Aufhebung der Preiskontrollen und staatliche Preiserhöhungen wird auf bis zu 150% geschätzt. Streiks der Arbeiter in verschiedenen Industrien wurden mit Waffengewalt niedergeworfen, das Streikrecht ist aufgehoben, und neben den politischen Organisationen der türkischen Arbeiterklasse wird auch der Gewerkschaftsverband DISK, der diese Streiks führend organisierte, blutig und durch Inhaftierung eines großen Teils seiner Funktionäre unterdrückt.

Krieg im Tschad Waffenstillstand und französische Drohung

Seit März 1980 war erneut Krieg im Tschad. Mehrere tausend der etwa vier Millionen Einwohner des westafrikanischen Staates sind seitdem in den Kämpfen umgekommen. Die Hauptstadt N'Djamena ist fast vollständig zerstört, die Hälfte der etwa 130000 Einwohner ins benachbarte Kamerun geflohen. Der Großteil der zu 90% bäuerlichen Massen beteiligte sich nicht an den auf N'Djamena konzentrierten Auseinandersetzungen, die von jeweils ca. 4000 Mann starken Streitkräften unter Führung des Staatsoberchefs Oueddei und des ehemaligen Verteidigungsministers Habré bestritten wurden. Habré mußte sich am 15.12. in hoffnungsloser militärischer Lage nach Kamerun absetzen und unterschrieb am Tag darauf ein Waffenstillstandsabkommen. Friede und nationale Einheit sind damit jedoch keineswegs gesichert, die Ausgangslage dazu ist schwieriger als im August 1979.

Damals beendete das Abkommen von Lagos 16 Jahre bewaffneten Kampfes des tschadischen Volkes gegen die Unterwerfung unter den französischen Imperialismus. Erstmals konnte eine „Provisorische Regierung der Nationalen Einheit“ (GUNT) aus allen nationalen politischen Tendenzen unter Berücksichtigung der Stammesvielfalt gebildet werden. Die 3000 Mann französischer Interventionstruppen mußten abziehen. Der militärische Rückzug minderte jedoch nicht den ökonomischen Würgegriff, die vom Kolonialismus hinterlassenen Widersprüche zwischen den armen, arabischen Viehzüchtlern der Sahelzone sowie den schwarzen, seßhaften Stämmen der Baumwollbauern und der Kleinbourgeoisie im wirtschaftlich stärkeren Süden blieben bestehen. Pro-

duktion und Vertrieb des entscheidenden, 70% der Exporterlöse bringenden Agrarproduktes Baumwolle wurden weiterhin von der „französischen Textilgesellschaft“ kontrolliert. Die Nahrungsmittelindustrie wird zu 85% von französischem Kapital beherrscht, französische Monopole besitzen die Lizenzen zur Ausbeutung der Bauxit- und Wolframvorkommen. Die Außenschuld von 1 Mrd. FF, 60% mehr als das Haushaltsvolumen 1979, bot ausgezeichnete Anknüpfungspunkte für Erpressungsversuche. So folgten z.B. einer „Hilfe“ von 49 Mio. FF Ende 1979 sofortige Verhandlungen über Ölförderungsrechte. Daß die kleinbürgerlichen Führer der GUNT keine Maßnahmen zur Unterstützung der armen Bauern und zur Entwicklung des strukturschwachen Nordens ergriffen, vertiefte die bestehenden Spaltungslinien.

Seit Aufnahme des bewaffneten Kampfes durch die Frolinat 1966 hatten es die französischen Imperialisten mehrmals verstanden, die Widersprüche in der Front, die Vernachlässigung der sozialen Interessen der Bauern zur Spaltung im Volk und Herauskaufen von Stammesführern zu nutzen. 1975

verhalfen sie Malloum gegen die bankrotte Regierung Tombalbaye zur Macht, 1978 intervenieren sie zugunsten Habrés und ermutigen diesen, der seine Machtposition nach Errichtung der GUNT gefährdet sieht, im März 1980 zum Putsch. Militärisch schwach wegen ihrer geringen Verankerung unter den Bauern ersucht die verbleibende Koalition unter Oueddei Libyen um Beistand. Als sich ihr Sieg mithilfe libyscher Waffenlieferungen und Militärberater andeutet, verstärkt die französische Regierung ihre Drohgebärden. Absichtsvoll und gemeinsam mit den US-Imperialisten betriebene Hetze gegen den „libyschen Expansionsismus“ paart sich mit „Verständnis für die Sorgen afrikanischer Staatshäupter“, sofort umgesetzt in die Verlegung von Kampfflugzeugen nach Gabun und Infanterie nach Zentralafrika.

Der Krieg der letzten Monate hat einen Gutteil der gegen den Imperialismus erkämpften Einheit des Tschad zerstört. Die französischen Drohungen noch nach dem Waffenstillstand stoßen in diese Wunde. Die Friedenskonferenz diese Woche in Lagos wird schwer.

ten. Reagan griff vielmehr geschickt die wachsende Ausplünderung durch progressive Lohnsteuern und Sozialversicherungssteuern (Anstieg 1980: 0,52% vom Lohn) an, die die Lohnsenkungen noch beschleunigt hat.

Nach Angaben der US-Gewerkschaften ist seit acht Jahren, seit der Krise 1973, die Kaufkraft der Löhne ständig gesunken. 1978 fiel nach der US-Statistik die Kaufkraft der Netto-wochenverdienste um 3,1%, 1979 um weitere 5,1%, und 1980 ist ein Kaufkraftverlust von über 7% gegenüber dem Vorjahr zu erwarten. Diese einschneidende Senkung des Lohnstandards und der noch größere Einbruch der Gesamtlohnsumme wegen der steigenden Arbeitslosigkeit (8,3 Mio.) hat die Angehörigen nationaler Minderheiten und ungelernete Arbeiter weiter in die Armut gedrückt. Aber auch die Reproduktion der Facharbeiter und Angestellten wurde unterhöhlt, wovon die Einbrüche bei den Autokäufen und beim Hausbau zeugen. Vor allem von ihnen hat Reagan Stimmen gewonnen.

Für etwa 3,7 Mio. Arbeiter und Angestellte in Privatbetrieben über 1000 Beschäftigten wurden 1980 neue Tarifverträge abgeschlossen. Sie liegen zumeist erheblich unter der Inflationsrate von ca. 13% und innerhalb der von der Carter-Regierung verkündeten freiwilligen Lohn-Preis-Leitlinien von 7,5 – 9,5%. Die Verträge, zu 91% mit einer Laufzeit von drei Jahren, haben zumeist eine Klausel mit Lohnindexierung an die Preissteigerungsrate.

Wichtige US-Tarifabschlüsse 1980:

- Stahlarbeiter (280000): Ca. 7,65% jährlich auf drei Jahre; Lohnindexierung; wegen Stahlkrise entfallen 33 Cents Lohnanpassung im Mai 80; bei Streiks keine 150 \$ Jahresbonus;
- Aluminiumarbeiter (40000): Wie Stahl, jedoch bessere Lohnindexierung; bei Werken in „roten Zahlen“ können Löhne beschnitten werden;
- Fernmeldewesen (700000): 7% ab 1.3.80 und 2,5% ab 1.10.80;
- Häfen Atlantik- und Golfküste (50000): 1,20 \$/Std. jeweils 1980, 1981 und 1982; durchschnittlich ca. 11%;
- Bauarbeiter (758000): Westküste 13%, Landesdurchschnitt ca. 10,5%;
- Bundesbehörden (1,4 Mio.): 9,1%;
- Lehrer New York (47000): 7% jährlich bis 1982;
- Kupferarbeiter (60000): nach elf Wochen Streik 34% auf drei Jahre;
- Flugzeugbau (100000): Gewerkschaften fordern 21% Erhöhung sofort und Lohnindexierung; nach mehreren Streiks noch kein Abschluß.

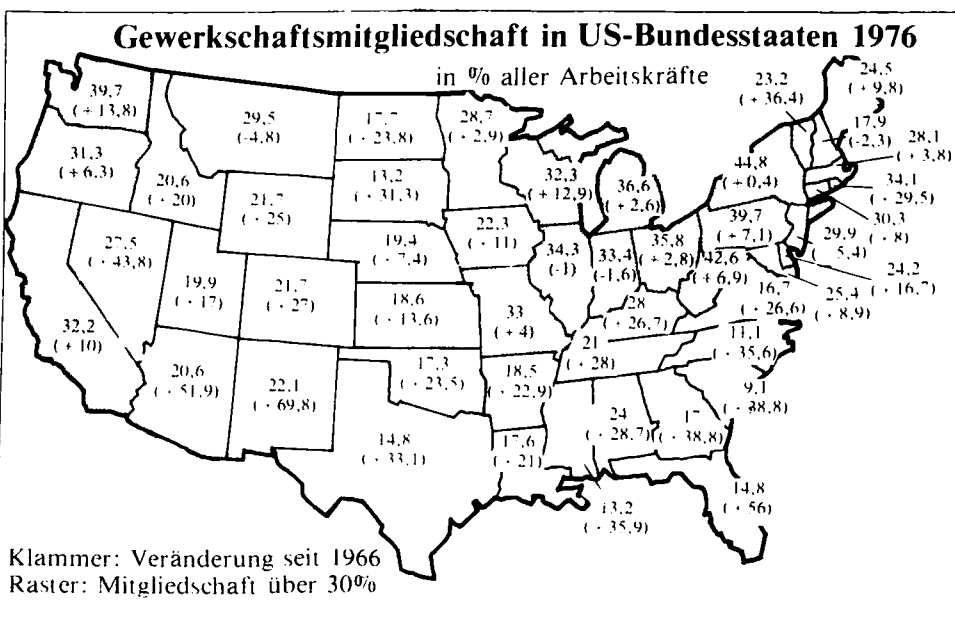
Oft waren lange, hartnäckig geführte Streiks gegen das Absinken des Lohnstandards notwendig: In elf Wochen Streik setzten 5000 Lehrer in Cleveland 10% Lohnerhöhung sofort, weitere 4% ab 1.9.80 und jeweils 5% mehr im Januar und April 1981 durch.

USA

Seit acht Jahren Lohnsenkungen – Gewerkschaften festigen ihre Einheit

Über 40% der Stimmen der US-Gewerkschaftsmitglieder hat Reagan auf sich vereinigen können. Dieser Einbruch in die Gewerkschaftsbewegung gelang, obwohl Reagan erklärter Gewerkschaftsfeind ist und als Gouverneur von Kalifornien Tarifrrechte für Farmarbeiter und Lehrer bekämpfte. Er hat angekündigt, mit seinem „Recht auf Arbeit“-Gesetz das Streikrecht zu unterhöheln, union shops (Betriebe, in denen jeder Gewerkschafts-

mitglied sein muß) zu verbieten und die ohnehin unzureichende Sozialversicherung und die Arbeitsschutzbestimmungen abzubauen. In pto. „Patriotismus“ hat Reagan Carter nur wenig voraus; dem war es schon 1979 gelungen, den Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO in einer „Nationalen Übereinkunft“ auf „individuelle und kollektive Opfer“ für die „kontinuierliche technologische, industrielle und humanitäre Führung“ der USA zu verpflichten.



Nach einem elftägigen Streik gestand die New Yorker U-Bahn den 33 000 Beschäftigten 9% mehr Lohn 1980 und 8% 1981 zu. In einem elfwöchigen Streik legten 60 000 Arbeiter Anfang des Jahres zeitweise 70% der US-Raffineriekapazität lahm; sie setzten 5% und 52 Cents mehr für 1980 und weitere 10,5% für 1981 durch und einen Teil ihrer Forderungen nach höheren Sozialversicherungsleistungen. 177 Tage streikten 35 000 Arbeiter bei International Harvester; sie erzwangen die Anerkennung des Automobilarbeitertarifs und verhinderten eine Verpflichtung zu Überstunden. Nach 2½-jährigem Kampf und mehreren langen Streiks errangen die 18 000 Arbeiter der größten privaten US-Werft in Newport News (Ostküste) einen Tarifvertrag und Lohnerhöhungen zwischen 12 und 18%. Durch zehn Wochen Streik setzten Möbelarbeiter in Tennessee (Südstaaten) die Anerkennung der Gewerkschaft durch sechs Möbelkapitalisten und eine Erhöhung ihrer Niedrigstlöhne zwischen 3,50 und 4\$ (US-Durchschnitt: 6,74 \$) um ca. 10% durch.

Teilweise konnten die US-Monopole in den besonders von der Krise betroffenen Industriezweigen den Gewerkschaften Abstriche an schon abgeschlossenen Tarifen abtrotzen: Beim Reifenkonzern Uniroyal wurden die Löhne um 12 – 13% gekürzt. Chrysler zahlt entgegen Tarif 1980 – 1982 jeweils nur 3% mehr Lohn. In der Stahlindustrie wurden tarifliche Prämien gestrichen, und eine Fluglinie erhöhte das Rentenalter von 60 auf 65 Jahre.

1981 stehen mit Ausnahme der 170 000 Bergarbeiter keine großen Tarifabschlüsse an. Bei geschätzter zweistelliger Inflationsrate ist ein weiteres Absinken des Lohnstandards zu erwarten, zumal bei Tarifen mit dreijähriger Laufzeit die Erhöhung im ersten Jahr am größten ist. Die Lohnindexierung mit viertel- oder jährlicher Anpassung an die Preissteigerung kann die Verluste nicht wettmachen: 1979 betrug die sich daraus ergebende Lohnerhöhung gerade die Hälfte der Inflationsrate.

Die Schwäche der Gewerkschaften hat es den US-Kapitalen ermöglicht, die brutale Senkung des Lohnstandards durchzusetzen und damit gegenüber ihren imperialistischen Konkurrenten erheblich aufzuholen. Zwar konnten die Gewerkschaften besonders im öffentlichen Dienst, wo inzwischen 42% gewerkschaftlich organisiert sind, und im Sektor Handel-/Dienstleistungen Millionen neue Mitglieder gewinnen. Aber die gewerkschaftliche Organisation – heute ca. 22 Mio. – hat nicht Schritt gehalten mit der Ausdehnung des Arbeiterheeres in den USA um 25% seit 1960 auf heute 104,5 Millionen. Die Gliederung der USA in äußerst unterschiedliche

Wirtschaftsräume und Arbeitsmärkte, die Nationalitätenspaltung und gewerkschaftsfeindliche Gesetzgebung in über 20 Bundesstaaten gerade im Sonnengürtel, wo die US-Monopole ihre „Zukunfts“-industrien konzentrieren, haben den Aufbau der Gewerkschaften im ganzen Land erschwert. Nur etwa 30% aller lohnabhängig Beschäftigten werden von Tarifverträgen erfaßt. Für wenige Industrien – z.B. Stahl- und Autoindustrie, Kohlebergbau – gibt es Branchentarife, durch tausende Werkstarife ergänzt. Zudem verhandeln meist mehrere Gewerkschaften mit demselben Kapitalisten.

Nach der Wahl Reagans haben die US-Gewerkschaften ihre Anstrengungen zum Zusammenschluß beschleunigt. Die Gewerkschaften der Automobilarbeiter (UAW), der Bergarbeiter (UMW) und der Transport- und Lagerarbeiter (Teamsters) wollen wieder dem Dachverband AFL-CIO beitreten. In verschiedenen Branchen wird über die Schaffung von Branchengewerkschaften verhandelt.

Belgien

Regierung verlangt Vollmacht für Lohnsenkung

Der belgische Gewerkschaftsbund ABVV/FGTB ließ auf seinem außerordentlichen Kongreß am 2.10. keine Zweifel aufkommen: „Der Kongreß sagt Nein!“ Nein zum Programm der Regierung Martens, das Tarifrecht auf zwei Jahre einzufrieren, Lohnerhöhungen über die „Preisanpassung“ hinaus zu verbieten, die (teilweise) Anpassung des Lohnsteuertarifs an die Inflation außer Kraft zu setzen, das Arbeitslosengeld und andere Sozialversicherungszahlungen zu kürzen, die lohnabhängigen verheirateten Frauen unter bestimmten Bedingungen ganz aus der Arbeitslosenversicherung herauszuwerfen, um so den Staatshaushalt zu „sanieren“. Die Delegierten, die mit klarem Auftrag von örtlichen Mitgliederversammlungen des ABVV/FGTB oder seiner Einzelgewerkschaften gekommen waren, forderten ein Aktionsprogramm und die Festigung der „Gemeinsamen Gewerkschaftsfront“ mit dem Christlichen Gewerkschaftsbund.

Bis Ende 1980 wird die Staatsschuld auf ca. 125 Mrd. DM, das sind 12 665 DM pro Kopf der Bevölkerung, angewachsen sein. Das Finanzkapital verlangt seinen Tribut: über 32 Mrd. DM an Zins- und Tilgungszahlungen 1981. Da Anfang Januar mehrere neue Tarifverträge in Kraft treten, will Martens jetzt vom Parlament die Vollmacht, sein Programm sofort und ohne alle Abstriche durchführen zu können.

Großbritannien

Thatcher: Nach 6% jetzt Lohnpause

Der staatliche britische Stahlkonzern British Steel Corporation will kein Lohnangebot vorlegen, sondern fordert von den Gewerkschaften die Verlegung des Tarifabschluß-Datums vom 1. Januar auf den 1. Juni. Dieses 0-Angebot überbrachte BSC-Vorsitzender Mac Gregor in der letzten Woche den Gewerkschaften.

British Steel gehört zum sogenannten „öffentlichen Bereich“ aus öffentlichem Dienst und staatlichen Betrieben. Die Regierung Thatcher hatte den Kapitalisten vor Beginn dieser Tarifverhandlungen bindende Zusagen gemacht, daß die Lohnerhöhungen im öffentlichen Bereich – bei einer Inflationsrate von über 16% – unter 10% bleiben würden.

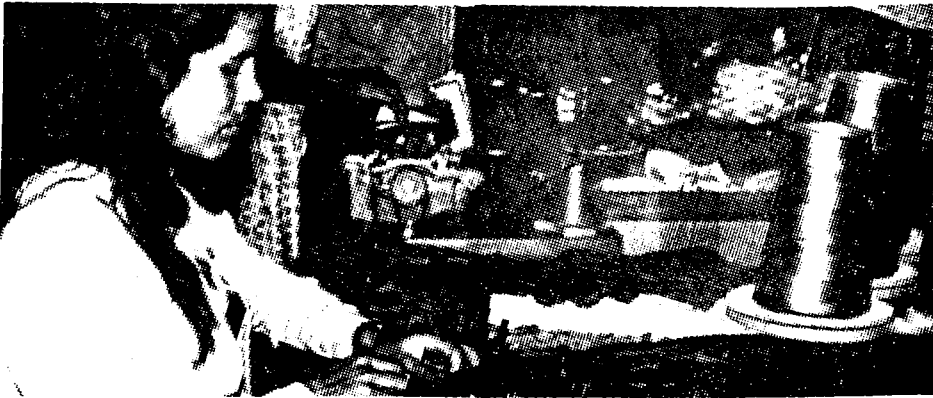


Britischer Stahlarbeiterstreik 1980

Für den öffentlichen Dienst selbst stellte sie eine Lohnbegrenzung von 6% auf. Diese wurde zwei Wochen nach ihrer feierlichen Bekanntgabe im Parlament von den Feuerwehrleuten durchbrochen, die eine Erhöhung von 13% jetzt und weiteren 5,8% im April durchsetzten. Und bei den staatlichen Großbetrieben erreichten die Bergleute eine Grundloohnerhöhung von 9,8%, die sich mit 13% auf den tatsächlichen Lohn auswirken wird.

Schon im letzten Jahr hatte die Regierung Thatcher versucht, mit dem 1%-Angebot die Stahlarbeiter vernichtend zu schlagen. Die besonders scharfen Auswirkungen der Krise auf BSC und die erklärte Unterstützung der Gewerkschaften für Arbeitsplatzzerhaltung ließen damals die Stahlarbeiter als leichtes Opfer erscheinen. Sie antworteten mit einem Streik, der mit einer Teilniederlage endete. Wenn die Regierung die Lohnpause den Stahlarbeitern jetzt aufzwingen kann, hat sie wieder bessere Aussichten auf die geplanten niedrigen Abschlüsse im „öffentlichen Bereich.“

Ruin der nationalen Wirtschaft – die Imperialisten diktieren der Militärjunta das Programm



Die Textilindustrie, einer der ältesten Industriezweige Argentiniens, wurde zuerst ruiniert.

Die Imperialisten betreiben über die Militärjunta die völlige Ruinierung der nationalen Wirtschaft Argentiniens. Die Junta war 1976 angetreten mit einem Wirtschaftsprogramm – diktiert vom IWF (Internationaler Währungsfond) –, das Land den Imperialisten für Waren und Kapital zu öffnen und die Arbeiterbewegung brutal zu unterdrücken.

„Wir sind in den allgemeinen Fehler in unserer Industrietheorie verfallen, daß wir einfach alles selber produzieren wollen ...“. So erklärte der Wirtschaftsminister Martinez de Hoz, Mitglied der Großgrundbesitzeroligarchie, am 3.12.80 die neuesten Einfuhr- und Investitionserleichterungen. Für 20% der Montageteile für landwirtschaftliche Maschinen und Kraftfahrzeuge z.B. wurde der Zoll ganz beseitigt, ebenso für alle Halbwaren und Rohstoffe, die nicht oder nicht mehr im Lande hergestellt werden, sowie für Traktoren bis zu 35 und über 140 PS. Die Zollreform, die schrittweise jährli-

che Senkung aller Zölle vorsieht, soll beschleunigt werden. Als Folge dieser Öffnung des Marktes ist der Import in diesem Jahr um 70% gestiegen. So haben die Imperialisten – Hauptlieferanten sind die USA und BRD – Argentinien in die negative Handelsbilanz getrieben. Die Auslandsverschuldung ohne Zinsen lag Ende 1979 schon bei 20 Mrd. \$. Ganze Branchen wurden liquidiert. Von den 2000 Zulieferbetrieben für die Kraftfahrzeugindustrie z.B. sind 400 verschwunden. Die drei größten Hersteller von Erntemaschinen schließen. Sie haben 75% des Marktes beliefert. Die Landwirtschaft, der größte Sektor der argentinischen Produktion, ist so völlig von ausländischen Lieferungen abhängig.

Die immer noch hohe Inflationsrate in Argentinien von 88% (1976 500%) begünstigt zusätzlich die Beseitigung argentinischer Industrie. Die angekoppelten Zinssätze machen inländische Investitionen fast unmöglich und treiben bestehende Inlandsverschuldung rasch zur Zahlungsunfähigkeit auch

großer Betriebe und nachfolgend der kreditgebenden Banken. Die imperialistischen Pleitegeier „sanieren“, indem sie, wo es ihnen paßt, investieren.

Sie haben inzwischen die Produktionsstruktur entsprechend ihrer Interessen auf Rohstoffproduktion und Infrastruktur verschoben. Bis 1962 waren nur 146 Mio. \$ ausländischen Kapitals in Argentinien, bis 1969 kamen weitere 146 Mio. \$ hinzu. 1976 betrug die Summe 3,5 Mrd. \$ (39,7% davon aus den USA) von 1693 Investoren in 1456 Unternehmen auf zahlreiche Branchen verteilt und weit gestreut, nichts davon in staatlichen Betrieben. Dies war Ergebnis der peronistischen Gesetzgebung, die die nationale Bourgeoisie in den Jahren nach 1946 zum Schutz vor dem Eindringen der Imperialisten errichtet hat. Inzwischen sind 5,5–6 Mrd. \$ ausländisches Kapital in Argentinien. Das neu hinzugekommene konzentriert sich auf den Erdöl- und Erdgassektor (31%), Bergbau (17%), KFZ-Industrie (12%), Banken und Finanzierungsgesellschaften (8%). Die BRD steht hinter den USA und Niederlande an dritter Stelle.

Im Juli dieses Jahres hat die Militärjunta neue Wirtschaftsmaßnahmen zur Begünstigung ausländischen Kapitals beschlossen. Das 80 Jahre alte Bergbaugesetz, das die Bodenschätze zum nationalen Eigentum erklärte, wurde ersetzt durch ein Bergbaugesetz, das den Imperialisten Steuervergünstigungen für Bergbau-Investitionen zusagt. Rückvergütung der Gewinnsteuer 10–30% gibt es für Investitionen in der Landwirtschaft. Der Aktienmarkt ist geöffnet, bis 20% Anteile können ausländische Kapitalisten erwerben. Öffentliche Einrichtungen, wie das Gesundheitswesen und das Verkehrswesen, z.B. die U-Bahn in Buenos Aires und der Ausbau der Häfen, wird angeboten. Die Mindestlaufzeit für Auslandskredite von 360 Tagen ist abgeschafft und wegen des Zinsgefälles tummeln sich jetzt Spekulanten. Das alte Antimonopolgesetz aus dem Jahre 1946 haben die Militärs durch das sog. Wettbewerbsschutzgesetz ersetzt, um staatliche Planung auszuschalten. So konnte Bayer Leverkusen mit 25 Mio. \$ als Teil seines umfangreichen Investitionsplanes für Argentinien, ein Werk für die Herstellung von Natriumdichromat errichten, ein Produkt, das für die Gerberei gebraucht wird, und die Kapazität so auslegen, daß der Landesbedarf auf lange Sicht gedeckt wird. Die Strom- und Gaspreise für die



In einer der jüngsten Vereinbarungen mußte die argentinische Militärjunta den BRD-Imperialisten zusichern, daß die gewerblichen Lehrlinge auch deutsch lernen. Bild: Lehrlinge bei Mercedes Benz in Brasilien. In Brasilien und Argentinien will Mercedes die Produktion ausdehnen.

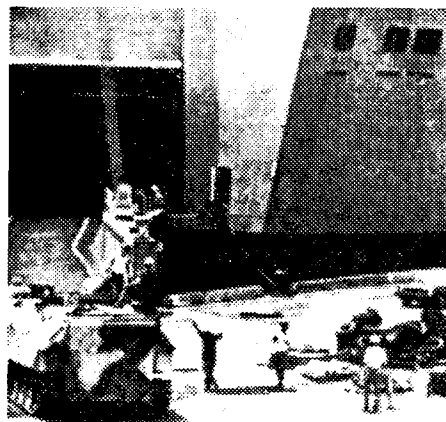
Industrie, die nach bisherigem Gesetz höher sind als für die privaten Haushalte, werden im Rahmen der neuen Wirtschaftsmaßnahmen höchstens 2,5% monatlich angehoben. (im August 80 7,5% für die Haushalte) Sog. elektointensive Betriebe erhalten billigeres Heizöl oder Sondervergütungen.

Für das Jahr 1980 hat die Militärjunta den Mindestlohn auf 260 DM festgesetzt. Seit dem 1.9.1979 sind die Lohnzulagen zwar nicht mehr auf 75% der Mindestlohnsumme eines Betriebes beschränkt, aber mindestens 50% der freiwilligen Zulagen müssen an Klauseln gebunden sein, die eine Produktivitäts- und Produktionssteigerung erbringen. Durch die Inflation ist der Reallohn um 30 – 50% gesenkt, der Hunger soll zur Akkordarbeit treiben, die durch jahrzehntelange peronistische Gewerkschaftspolitik praktisch beseitigt war. Im August hat die Militärjunta die „Reform der Sozialversicherung“ eingeleitet. Sie wollen sie den Gewerkschaften, die sie seit Anfang dieses Jahrhunderts verwalten, entziehen und einem Sozialversicherungsinstitut übergeben. Ab 1.10.1980 wird den Kapitalisten die Zahlung an die Rentenversicherung von 15% der Lohnsumme erlassen. Sie brauchen auch nicht mehr die 5% der Lohnsumme an den Nationalen Wohnungsbaufonds abführen. Die Staatskasse übernimmt diese Kosten und kassiert dafür höhere Mehrwertsteuern ab 1.1.81. Der Mehrwertsteuersatz soll von 16 auf 20% steigen mit Ausnahme von Lebensmitteln und Medikamenten, wo er bei 10% bleibt. Seit der Machtübernahme der Militärjunta 1976 stehen die Gewerkschaften unter Zwangsverwaltung, Streiks und jegliche politische Tätigkeit sind verboten, Verhaftungen von Gewerkschaftsmitgliedern sind an der Tagesordnung. Jetzt soll den Gewerkschaften das Recht auf Beitragserhebung entzogen werden.

Die nationale Bourgeoisie fängt an, sich zu wehren. 1000 Kapitalisten haben im Oktober die „totale Umkehr“ gefordert. Die Imperialisten machen sich darüber lustig, weil die Großindustriellen und die Großgrundbesitzer auf ihrer Seite stehen. Diese Feinde hatte die nationale Bourgeoisie unter Peron geschont und vor den Angriffen der Arbeiter und Bauern geschützt. Die Arbeiterbewegung, mit dem wahrscheinlich auch heute noch höchsten gewerkschaftlichen Organisationsgrad überhaupt, fürchten die Imperialisten, hat die Erfahrungen aus den Klassenkämpfen nicht vergessen. Streiks der Arbeiter finden fast jeden Monat statt, am häufigsten in der Autoindustrie oder im Hafen. Trotz Verbot wird die Neugründung der peronistischen Gewerkschaft verhandelt. Jüngere Offiziere sympathisieren mit der antiimperialistischen Bewegung.

Arabische Welt Krieg am Golf löst neue Spaltung aus

Nur die Hälfte der insgesamt 160 Mio. Einwohner arabischer Staaten war auf der jüngsten arabischen Gipfelkonferenz in Amman vertreten. Ägypten, in dem allein ein Viertel aller Araber leben, ist nach dem Separatfrieden mit Israel aus der Arabischen Liga ausgeschlossen worden. Die Länder der „Standhaftigkeitsfront“ (Syrien, Algerien, Libyen, VDR Jemen und PLO) und der Libanon blieben wegen des Kriegs zwischen Iran und Irak der Konferenz fern. Durch die fortgesetzte Bedrohung der Souveränität der Golfstaaten haben die Supermächte eine Lage geschaffen, in der begrenzte Widersprüche zum Krieg führen konnten. Jetzt treibt der Krieg einzelne arabische Staaten in verstärkte Abhängigkeit. So



US-Kriegsschiff wird vor dem Auslaufen in den Indik mit Panzern beladen.

hat sich Saudi-Arabien veranlaßt gesehen, zur Überwachung seines Luftraums amerikanische AWACS-Flugzeuge anzufordern. Breschnew konnte frohlocken, daß mit Syrien erstmals ein Land der Dritten Welt von sich aus die Initiative zu einem Freundschaftsvertrag mit den Sozialimperialisten ergriffen habe.

Aber die jetzt eingetretene Spaltung bedeutet nicht, daß jede Supermacht ein „Lager“ unter ihrer Hegemonie hätte sammeln können. Die inneren Ursachen der Spaltung entspringen zum Teil gerade dem „Panarabismus“, der das Bewußtsein der arabischen Völker von ihren gemeinsamen nationalen Interessen gegen den Imperialismus ausdrückt. In vielen arabischen Staaten hat die Bourgeoisie die Führung der antiimperialistischen Bewegung inne und regiert gestützt darauf. Da die Politik der einzelnen Bourgeoisien aber immer auch von Konkurrenzinteressen gegenüber den anderen

arabischen Staaten bestimmt ist, wird der Panarabismus leicht zum Vorwand für Einmischung in Angelegenheiten der Nachbarstaaten. So wechseln oft überstürzte Vereinigungsversuche mit heftigen Spannungen ab, wie zwischen Irak und Syrien, wo zwei Flügel derselben bürgerlich-nationalistischen Baath-Partei regieren. Ein Grund, den Panarabismus, der vor allem eine machtvolle revolutionäre Strömung der arabischen Massen ist, zu bekämpfen, ist das nicht. Sondern nur ein Beleg dafür, daß die Ziele der arabischen Nation nicht unter bürgerlicher Führung erreicht werden können.

OPEC-Konferenz Gemeinsame Preispolitik stärkt die OPEC

Wir hätten eine Schlacht verloren, beklagte das ZDF den Beschluß der OPEC-Konferenz auf Bali, den Ölpreis um durchschnittlich 9,5% anzuheben. Die Finanzbourgeois der imperialistischen Länder hatten darauf spekuliert, daß aufgrund der von ihnen geschürten Widersprüche zwischen den OPEC-Ländern und besonders durch den Krieg Iran/Irak die OPEC gelähmt sei. Tatsächlich war wegen des Krieges das OPEC-Treffen dreimal vertagt worden. Bei ihrem letzten Treffen im September erzielten die OPEC-Ölminister keine Einigung über die Preispolitik und die vorgeschlagene Produktionsdrosselung zur Schonung der nationalen Ressourcen.

Aber das Imperialistenkalkül, durch Spaltung der OPEC die Rohölpreise zu drücken, ging nicht auf. Die OPEC-Länder fanden zu der Einigung, nachdem Saudi-Arabien, seit dem Krieg Iran/Irak mit 43,5% der Förderung dominierender OPEC-Produzent, noch vor der Konferenz eine Preiserhöhung um 2 \$/Barrel auf 32 \$ angekündigt hatte. Algerien, Libyen und Nigeria, die höherwertiges Öl produzieren, erhöhen ihre Preise um 4 \$ auf 41 \$. Die 9,5%-Erhöhung gleicht gerade die Verluste der OPEC-Länder durch Preissteigerungen für Industriegüter und durch Währungsschwankungen aus. Die afrikanischen OPEC-Mitglieder haben große Öllieferungen zu Vorzugspreisen an afrikanische Länder beschlossen, um deren wirtschaftliche Schwierigkeiten zu mildern.

Noch immer ist Rohöl gegenüber anderen Energieträgern so billig, daß die Imperialisten fette Steuern aufschlagen können. Die BRD-Imperialisten kaufen seit Jahren wegen der Dollarabwertung das Öl besonders billig – Öl wird in \$ gehandelt. Daran ändert auch die jetzige Dollaraufwertung nur wenig.



Kirchen

„Der Messias“ – eine Comic-Serie zum Neuen Testament

Die evangelischen und katholischen Bibelwerke der BRD, die katholischen Bibelwerke und die evangelischen Bibelgesellschaften Österreichs und der Schweiz als gemeinsame Herausgeber haben mit einer Erstauflage von 50000 Exemplaren das erste Heft einer zehnteiligen Comic-Reihe auf den Markt gebracht (Preis des Einzelheftes: 4,80 DM): „Unser definitives Ziel ist, dem jungen Menschen die Per-

Mit Comic-Elementen à la Asterix mehr schlecht als recht gewürzt, sollen dem Leser „die Worte und Taten Jesu (im Comic „Jeschi“ genannt) ... so nahegebracht werden, daß er ihre bleibende Bedeutung verstehen kann“ (Religionspädagogik-Professor Scholl). Was da den Kirchen von bleibender Bedeutung ist, läßt sich dann auch nicht übersehen. Johannes der Täufer predigt die aktuelle Lösung „Den Gürtel en-



son Jesu, seine Lehre, sein Werk nahezubringen und in ihm Glauben zu wecken“ (aus der Presseerklärung der Herausgeber vom 29. Oktober). Mit Hilfe der „Faszination des Mediums Comic“ wollen die Kirchen einen „neuartigen“ Versuch starten, Kinder und Jugendliche für ihre reaktionäre Ideologie zu gewinnen.

„Comics ... ein Massenprodukt, das regelmäßigen Absatz bei Kindern und Jugendlichen findet wie die Bildzeitung bei Erwachsenen“ (Verlagsmitteilungen).



DER MESSIAS

1 Jeschi erregt Aufsehen



Deutsche Bibelstiftung Stuttgart

ger schnallen!“ („FdH“ soll heißen: Friß die Hälfte.)

Und die Lösung auf die Frage des notwendigen Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung (siehe Bild oben) wird zu beantworten versucht mit der ebenfalls sehr aktuellen christlichen „Menschenliebe“. Was ist daran „neuartig“?

Abgründig „vergnügend“

Der Film „Die unglaubliche Reise in einem verrückten Flugzeug“ ist eine Parodie auf die sogenannten Katastrophenfilme. Die dramatische Handlung – zahlreiche Passagiere und die gesamte Cockpit-Mannschaft eines Jumbo erkranken an Fischvergiftung, ein (nicht) zufällig als Passagier mitreisender ehemaliger Kampfflieger bringt trotz Flugneurose alles heil herunter – ist direkt dem Film „714 antwortet nicht“ entnommen, reicht im übrigen aber nicht für zwei Stunden und wird häufig durch dem eigentlichen Geschehen fremde Rückblenden u.ä. verlängert. Die „Zeit“ empfiehlt den Film als „ungemein vergnüglich“. Wahr ist, viele Szenen, vordergründig die ins Groteske gezogenen gängigen Klischees US-amerikanischer Kinohits (vor „Verdammt in alle Ewigkeit“ über John-Wayne-Western bis zu John Travoltas „Saturday Night Fever“), reizen zum Lachen. Aber „vergnügend“? Nach rund 1½ Stunden bleibt den meisten Zuschauern das Lachen im Hals stecken. Die meisten Gags sind ungefähr so komisch, wie es „komisch“ ist, wenn jemand auf Glatteis ausrutscht und sich das Steißbein bricht; so etwa, wenn eine in Panik geratene Frau von den Mitpassagieren der Reihe nach „beruhigt“, d.h. kräftig durchgeprügelt wird. Der Film spielt, auch als Katastrophen-Parodie, auf Ängste an und „bewältigt“ sie, indem er an die Schadenfreude, eine der unangenehmsten Gefühlsregungen, appelliert.

Christus kam nur bis Eboli

Der antifaschistische Turiner Maler Carlo Levi war 1935/36 in ein abgelegenes Bergdorf im süditalienischen Lukanien verbannt, in der Nähe des jetzigen Erdbebengebietes. Im bewaffneten Befreiungskampf gegen die deutsche Besetzung hat er neun Jahre später seine Erfahrungen aufgeschrieben. Das Buch fand gleich nach dem Krieg, als die Bauern des Südens große Kämpfe für Agrarreform führten, weite Verbreitung. Die Verfilmung des PCI nahestehenden Regisseurs Rosi ist jetzt auch in der BRD zu sehen.

Der Titel, der ein religiöses Buch erwarten läßt, täuscht. Levi berichtet, wie er hinter dem Anschein der puren Rück-

schrittlichkeit die Unterdrückung der süditalienischen Bauernmassen durch Großgrundbesitzer, Bourgeois und Staat entdeckt. Er schildert, wie sich die Bauern über Jahrhunderte gegen wechselnde fremde Herren ihre eigene Kultur bewahrt haben.

Herausgekommen ist eine ziemlich genaue Beschreibung der Klassenverhältnisse auf dem Dorf. Zunächst die Bauern. Auf winzigen Stückchen Land ringen sie, geplündert von Pachteinnehmer und Steuereinzahler, dem verkarsteten Boden ein kümmerliches Auskommen ab. Dem Kolonialkrieg gegen Äthiopien stehen sie mißtrauisch bis feindselig gegenüber. Die Helden ihrer Erinnerung sind die Straßenräuber des 19. Jahrhundert. Auf der anderen Seite die Dorfbourgeoisie: der Lehrer (und faschistische Bürgermeister); der versoffene Pfarrer, der die Bauern in der Weihnachtspredigt an das geschuldete Zicklein erinnert; die Ärzte, die nicht kommen, wenn sie in ein Bauernhaus gerufen werden.

Von der Präzision des unbedingt lesenswerten Buchs ist im Film einiges verlorengegangen. Unschärfe in der Beschreibung der Produktionsverhältnisse läßt an manchen Stellen das Elend malerisch erscheinen. Trotzdem, auch im Kino erfährt man eine Menge über die Lage der süditalienischen Massen, an der sich seit 1935 sehr viel nicht geändert hat.

Carlo Levi, Christus kam nur bei Eboli, Europa-Verlag, Wien, 23,80 DM

Kolonialgeschichte als Heldenepos der Zulus

In der Reihe Fantasy-Classics hat der Heyne-Verlag mit der deutschsprachigen Herausgabe von Romanen Henry Rider Haggards (1865 – 1925) begonnen. Haggard war Kolonialbe-

amter in Azania zur Zeit des britischen Einfalls in Natal. –

„Nada die Lilie“ ist in der Form eines afrikanischen Heldenepos geschrieben. Es handelt von Chaka, dem Gründer des Zulureiches, Mopo, seinem Mediziner, Umslopogaan, dem Sohn Chakas und der Schwester Mopos. Der Mediziner bewahrt ihn davor, wie alle neugeborenen Kinder Chakas getötet zu werden, weil Chaka zukünftige Rivalen fürchtet. Mopo zieht Umslopogaan zusammen mit seiner eigenen Tochter Nada groß. Mopo, der zugleich als Erzähler fungiert, knüpft mit stoischer Gelassenheit die Fäden des unabwendbaren Schicksals. Er veranlaßt die Ermordung Chakas durch dessen Brüder, bringt Dingaan, einen Bruder Chakas, zur Macht und greift schließlich zur Intrige mit den Kolonialisten, um Dingaan zu beseitigen und seine Tochter Nada zu rächen.

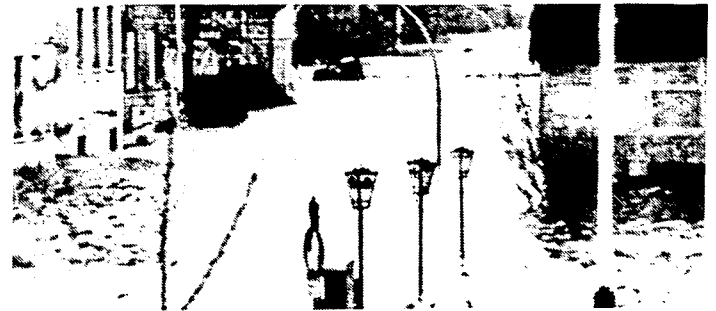
Die Gründe für Bräuche, Riten und Kriegsführung der Zulus, von denen Haggard durchaus Eindrücke vermittelt, verlegt er in die Willkür der handelnden Hauptpersonen oder in dunkle mythische Vorstellungen.

Unter Chaka hatten die Zulus stehende Heere in Kompaniegliederung eingeführt. Sie ersetzten den Wurfspieß durch einen nahkampfgeeigneten Kurzspieß und fügten britischen Kolonialtruppen Niederlagen in offener Feldschlacht zu. Zur Erhöhung ihrer militärischen Beweglichkeit kämpften sie ohne Sandalen, und dazu waren militärische Abhärtungsübungen notwendig. Bei Haggard wird daraus die Erzählung von Dingaan, der ganze Kompanien in ein lodernes Feuer treibt, um einem Missionar zu zeigen, wie er das Feuer der christlichen Hölle zu löschen gedenkt.

Die Herausgabe des Romans „Nada die Lilie“ setzt auf das Interesse an fremden Gesellschaften und Kulturen. Und tatsächlich kann die Lektüre des Buches den Wunsch entwickeln, genauer zu wissen, was erfunden und was wahr ist. Verlogen ist die Darstellung Haggards, insofern sie vorgibt, diesen Wunsch zu erfüllen. Propagiert wird die reaktionäre Ideologie, der Zweck der kolonialen Eroberungen sei die Befriedung sich blutig befriedender Stämme gewesen.

Naturkatastrophe

Die Hamburger Sturmflut 1962: Schmidts Katastrophe



Die Sturmflut im Februar 1962 kostete 315 Menschen das Leben. Ein Orkan mit Sturmböen bis 150 km/h drückte über 12 Stunden vor Hochwasser direkt in die Elbemündung. An mehr als 60 Stellen brachen in Hamburg die Deiche. Verantwortungslöse Vernachlässigungen des Staates waren die Ursache.

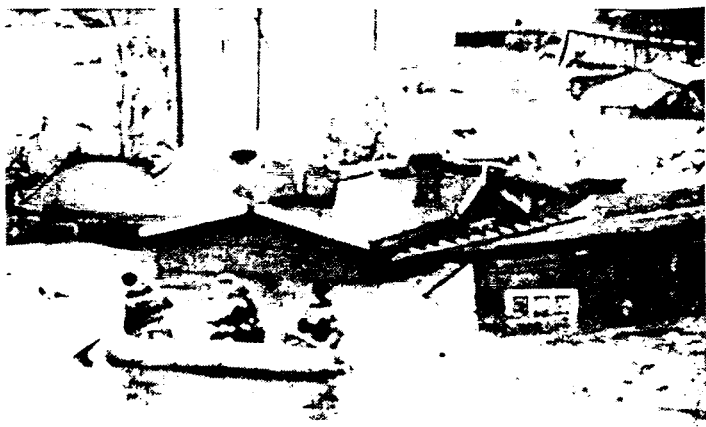
Der Deichbau steht unter Aufsicht der Baubehörde. Die Mindestdeichhöhe richtet sich nach der vordem höchsten Sturmflut von 1825. Der Wasserstand hatte damals 5,20 m über NN betragen. Mit einer Sicherheit von 0,60 m berechnet sich daraus eine Mindestdeichhöhe von 5,80 m über NN. Diese Sollhöhe hatten viele Deiche nicht. So hatte bereits 1953 ein Nachmessen der Deiche nach der Sturmflut in Holland ergeben, daß viele Deiche durch Setzen des Erdkörpers und Nachgeben des Untergrundes an Höhe verloren hatten. Einige Deiche wurden beim Hafenbau und beim Bau von Verkehrswegen ganz beseitigt und durch niedrigere Dämme aus schlechtem Sand ersetzt. In den Gebieten, wo die Katastrophe dann am schlimmsten war, waren Deiche von



nur 5,40 m über NN und weniger. Unter direkter Aufsicht der Baubehörde waren Deiche und Dämme unter 5 m über NN. „Die Wasserstandshöhe der Sturmflut vom 17. Februar 1962 betrug am Pegel Hamburg-St. Pauli 5,70 m über NN. An windgefährdeten Stellen kommt noch ein Zuschlag für den Wellenaufschlag hinzu. Eine Deichsicherheit war damit nicht mehr gegeben. Die Zerstörung der Deiche und Dämme begann bei dem herrschenden Sturm an der Innenböschung durch Überschwappen und Überlauf.“ (Senatsbericht) Das Wasser lief einfach über die Deiche und spülte sie von innen weg. Der durchschnittliche Wasserstand der Nordsee ist seit 1825 um etwa 40 cm gestiegen. Damit hätte eine Sicherheitshöhe bei wenigstens 6,20 m über NN liegen müssen.

Die gleichen Vernachlässigungen beim Warnen der Bevölkerung. Schon am frühen Morgen hatte das Seewetteramt die Behörden über die Entwicklung eines schweren Sturms gewarnt. Die Meldung um 17.25 Uhr am 16.2. lautete: „Gefahr schweren Sturms, Stärke 10-12 aus Nordwest; auch nachts anhaltend.“ Um 11 Uhr erfolgte bereits die Warnung einer „sehr schweren Sturmflut“ für die Nacht mit einem Wasserstand bis 2,5 m über dem mittleren Hochwasser (MThw). Um 20.00 Uhr erfolgte eine Warnung an alle Behörden mit einer Wasserstandsmeldung von 3,5 m über MThw. Um 21.45 wurde der Wasserstand auf 3,5 m über MThw vorausgesagt. Bemerkte wurde das außerordentlich schnelle und starke Auflaufen der Nachtflut. Der Höchststand betrug dann 4,07 m über MThw.





Trotz dieser Warnungen und des Zustandes der Deiche wurde die Bevölkerung der gefährdeten Gebiete fast gar nicht gewarnt, geschweige denn evakuiert. Behörden, Polizei und Feuerwehr waren nicht mit der Sicherung der Deiche befaßt, sondern mit der Abwehr von Sturmschäden. Der Senatsbericht hierzu: „Erst um Mitternacht setzte sich aufgrund der Wetter- und Wasserstandsvorhersage, der ersten Meldungen über Deichüberflutungen bei der Baubehörde, der Polizeibehörde und der Feuerwehr die Erkenntnis durch, daß das eigentliche Gefahrenmoment in der Sturmflut lag. Es dauerte aber noch bis zwei Uhr morgens, bis klar wurde, daß es sich um eine Katastrophe von riesigen Ausmaßen handeln müsse.“

Erst am Tag begannen Rettungsmaßnahmen. Helmut Schmidt setzte die Bundeswehr ein. Unter seiner Leitung wurden die Behörden und Organisationen neu geordnet und für Katastrophen- und Notstandsfälle ausgerichtet. Was ihm den Ruf eines Organisators einbrachte, war in Wirklichkeit ein völliges Versagen des Staates.

Bayern

Ein ungeahndeter Verfassungsbruch?

Ein parlamentarischer Antrag auf Ministerklage – schwerstes Geschütz bürgerlichen Parlamentarismus gegen rechtswidrig handelnde Minister – war angedroht, aber die bayerische SPD scheint einen „staatsmännischen Rückzieher“ vorzubereiten. Der Fall:

Ein bürgerlicher Politiker will eine Wahlrede halten. 15000 Menschen, darunter Gegendemonstranten mit Transparenten, warten. Der bürgerliche Politiker läßt den Polizeieinsatzleiter antreten und verlangt die Entfernung der Gegendemonstranten. Der, Parteigenosse des Redners, weigert sich unter Hinweis auf die „fehlende Rechtsgrundlage“. Da kehrt der bürgerliche Politiker sein Amt heraus und erklärt unter den Beleidigungsparagrafen strapazierenden Schimpftiraden den Einsatzleiter mehrfach für abgesetzt.

Darf er das? – Und wenn „Er“ es ist, Strauß, der bayerische Ministerpräsident höchstselbst? – Die bayerische Verfassung je-

denfalls verbietet das. Nach deren Art. 51 führt jeder Staatsminister seinen Geschäftsbereich selbständig und eigenverantwortlich gegenüber dem Landtag. Die Absetzung des Münchner Polizeizeipräsidenten Wolf durfte nur Innenminister Tandler verfügen. Die Bourgeoisie nennt dies das Ressortprinzip und ist selbst für seine Einhaltung und die Verantwortlichkeit der einzelnen Minister gegenüber dem Parlament bis hin zur Möglichkeit, sie vor einem Staatsgerichtshof anzuklagen, gegen den Feudaladel auf die Barrikaden gegangen. Deutsche Verfassungen des 19. Jahrhunderts enthalten entsprechende Vorschriften, sofern nicht das Paktieren der Bourgeoisie mit Monarchie und Junkertum gegen den beginnenden Zusammenschluß des Proletariats schon begonnen hatte. So enthält die Reichsverfassung von 1871 keinerlei Bestimmung über Ressort- und Parlamentsverantwortlichkeit. Einen Schlußstrich unter byzantinische Machtentfaltung einer Person zu ziehen, war die deutsche Bourgeoisie erst mit der Revolution von 1918 gezwungen. Die Weimarer Reichsverfassung enthielt der heutigen Bayerischen Verfassung ähnliche Bestimmungen, die später durch Notverordnungspolitik und Errichtung der faschistischen Herrschaft der Bourgeoisie beseitigt wurden.

Ob die SPD nun geneigt ist, „dem damals über die Maßen erregten, im Wahlkampfstreß stehenden Strauß“ (Süddeutsche Zeitung, 16.12.1980) zuzubilligen, er habe nicht vorsätzlich – „Er“ (!) – gehandelt, muß sie mit ihren Mitgliedern abmachen, auch, ob das beabsichtigte versammlungsrechtswidrige Einschreiten nicht allein ausreicht. Die Arbeiterklasse und das Volk jedenfalls haben guten Grund, auf der Anwendung auch der verkrüppeltesten Formen der Rechenschaftspflicht der Regierung zu bestehen. Denn wie sorgfältig diese Herren mit dem eigenen Recht umgehen, kommt bei der gegenwärtigen Befragung der Referenten, Pressesprecher etc. (sonst im Feuchtigkeitsbereich „Seiner“ Lippen, jetzt die entscheidenden Zentimeter zu weit entfernt, um die wortwörtliche Absetzung zu hören) noch heraus:

Straußens Referent wandte sich nach der Absetzung telefonisch an Innenminister Tandlers Referent – Tandler hielt 200 km entfernt selbst Wahlreden –, der seinem die Rede nicht unterbrechenden Minister einen Zettel zuschob, auf dem stand: „Ministerpräsident, Kundgebung Marienplatz, 800-1000 Gegendemonstranten, Ministerpräsident will, daß Leute abgedrängt werden, Einsatzleiter weigert sich, Ministerpräsident will Weisung Minister“. Tandler – ganz Straußens Innenminister – nickte (!), der Referent telefonierte das Einverständnis, daß gegen die „Störer“ vorgegangen werde. Solche Entscheidung aber darf nur am Ort selbst getroffen werden. Tandler will denn jetzt auch viel rechtmäßiger genickt haben, nämlich, „daß getan werden muß, was getan werden kann“.

SPD-Ostpolitik

Wehner für „Besinnung“ und „Bereitschaft zur Realität“

„Die körperlichen und seelischen Schäden, die die Verfolgung und Angst, die wirtschaftliche Ausbeutung und Unterdrückung bei den Überlebenden bis auf den heutigen Tag verursacht haben, ist weder statistisch faßbar noch durch Wiedergutmachungsgelder oder Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze zu heilen. Faßbar bleiben wird die Erinnerung und die sich daraus ergebende Politik der Sicherung gegen jede wie auch immer geartete deutsche Ostexpansion.“ Das ist ein Resümee, das Gerda Zorn aus ihren Recherchen über die deutsche Ostpolitik zieht.

Trotz des sorgfältig zusammengestellten und durch Vermittlung polnischer Stellen erhaltenen aufklärerischen Materials, das sie zu einer historischen Monographie über die Entwicklung der Stadt Łódź, von den Faschisten in „Litzmansstadt“ umbenannt, verarbeitet hat, sind die Schlüsse, die sie zieht, widerwärtig. Massenmorde und ähnliche Grausamkeiten seien zwar zu verhindern, aber nur durch die moralische Anstrengung einzelner Personen. Diese nicht aufgebracht zu haben, ist der Vorwurf, den sie an das deutsche Volk richtet, wo jeder sein „Stück vom blutigen Kuchen“ gesichert hätte, und ist auch der Vorwurf an die angeklagten Nazis in den Prozessen, an denen sie als Berichterstatterin teilnahm.

Sie unterscheidet sich darin nicht von den Richtern, deren Verhandlungen sie dokumentiert. Bradfisch, Gestapoleiter und



Oberbürgermeister von Łódź: „Ein Teilkommandoführer meldete . . . , daß ein Mann wegen seelischer Belastungen nicht mehr an Exekutionen teilnehmen könne. Ich war Mensch und habe . . . gefragt, was mit dem Mann werden soll.“ Vorsitzender: „Das spricht doch dafür, daß jemand, der versuchte, davon loszukommen, die Möglichkeit hatte. Es hing doch von der persönlichen Einstellung des Vorgesetzten ab. D.h., daß doch nicht allgemein eine Todesdrohung über jedem hing, der sich weigerte, an Erschießungen teilzunehmen.“

Die Verfasserin verlangt „gerechte Bestrafung und Aufklärung über die Schuld der Schuldigen“. Hört sich gut und edel an, dient aber dazu, gegen Schritte zu sprechen, die den Rechtsnachfolger des Dritten Reiches zur Anerkennung der schweren Schädigung Polens durch den Faschismus zwingen und die Souveränität Polens sichern würde. Wiedergutmachung ist natürlich kein Trostpflaster, sondern ein geringfügiger Ausgleich für die Verluste an Menschen und Gütern und nützt für den Aufbau des Landes. In Erschütterung vor dem unermesslichen Leiden verharrend, tut sie die notwendige Anerkennung der bestehenden Grenzen durch Friedensvertrag ab als zu geringe und daher unangemessene Geste, so daß die Erinnerungen gepflegt und zukünftige Handlungen offengehalten werden können. Dieser Vorschlag zum Verfahren richtet sich besonders an die Jugend, die den Faschismus nicht aus eigener Erfahrung kennt und im kollektiven Handeln nicht erfahren ist.

Das muß H. Wehner gereizt haben, dem Buch durch ein Vorwort größere Verbreitung zu verschaffen. Zur Kräftigung der „Besinnung“ und „Bereitschaft zur Realität im deutschen Volk“ wartet er mit einer Zitatensammlung führender westdeutscher Politiker auf, von Heinemanns Forderung, „die alten Gräben zuzuschütten“, bis zur Entstellung der Geschichte durch Schmidt: „Das deutsch-polnische Verhältnis ist auf besondere Weise Spiegelbild all dessen, was es in Europa in einer tausendjährigen Geschichte an freundlicher Nachbarschaft, an wechselseitiger, geistig-kultureller Durchdringung und Befruchtung einerseits, aber auch an zugefügtem Leid, an Schuld und Irrwegen andererseits gegeben hat.“ Durchdringung Europas, jetzt aber richtig!

Gerda Zorn, Nach Ostland geht unser Ritt. Deutsche Eroberungspolitik zwischen Germanisierung und Völkermord. Verlag J. H. Dietz Nachf. GmbH, Berlin, Bonn 1980. 20,00 DM.

Karottenhosen

Bequeme Mode nach wie vor nur in den höheren Preislagen

Zum Frühjahr dieses Jahres hoben die „Modeschöpfer“ der westlichen Welt unter anderem den Minirock (zum wiederholten Male) und einen neuen Hosenschnitt, die Karottenhose, aus der Taufe. Von diesen Neuerungen war nur der letzteren Erfolg beschieden, der Minirock erwies sich als Flop. Im Mai berichtete die „Brigitte“: „Es gibt nichts, was in den letzten Jahren so eingeschlagen hat wie diese Beutelhosen“, sagt Susan Volk, Einkäuferin des New Yorker Warenhauses Bloomingdale.

Auch auf dem Gebiet der Mode gilt, daß – Werbung hin, Werbung her – nur verkauft werden kann, was irgendein Bedürfnis der Massen befriedigt oder (was häufig ist) auch nur erfolgreich vorspiegelt, ein solches Bedürfnis zu befriedigen. So auch mit der Karottenhose. Dazu die „Brigitte“: „Jahrelang konnte auf dem Jeansmarkt nur verkauft werden, was zwischen Haut und Hose nicht mal mehr Platz für einen Floh ließ. Doch jetzt kommt ein neues Jeans-Gefühl auf: hineinschlüpfen und sich wohl fühlen. Karotten-Jeans – oben weit und unten schmal – schlottern um die Hüften, lassen Platz für Bauch und Po und kneifen an keiner Stelle.“

Die neue Hosenmode entspricht dem Bedürfnis der Frauen nach bequemen Hosen – so versprechen es die Textilkapitalisten in der Modepresse. Wann ist eine Hose bequem? Wenn sie sowohl im Stehen und Gehen, im Laufen, aber vor allem im Sitzen – denn viele Frauen und Mädchen sitzen den größten Teil des Tages bei der Arbeit, in der Schule – nirgends einengt, jede Bewegung mitmacht. Solche Hosen bekam man auch im bisherigen Hosenschnitt – allerdings in aller Regel nur für mehr als 100 DM. Zwischen 60 und 80 DM befanden sich die Hosen, die entweder am Hintern durchgingen oder oberhalb eine Tüte bildeten oder, nahm man aus diesen Gründen eine Nummer kleiner, zur

Kategorie „Bitte nicht bücken“ gezählt werden mußten. Zudem haben die Hosenfabrikanten in der letzten Zeit das Konfektionsgrößensystem für Jeans vereinfacht. Vorher bekam man noch drei verschiedene Längen zu einer bestimmten Hosenweite; das ist inzwischen abgeschafft, und viele Hosen werden bereits ohne Saum geliefert.

Die Karottenhose hat diesem Mißstand nicht tatsächlich abgeholfen. Ein größeres Stoffvolumen ist bei Hosen kein Vorteil an sich, sondern kann leicht gehbehindernd wirken. Die Strecke vom Schritt zum Bund, besonders die vordere und die rückwärtige Naht, ist für die Bequemlichkeit entscheidend. Dies gilt auch für die Karottenhose, da sie um die Taille herum sitzen muß, soll sie nicht absacken. Man beobachtet in der Folge bei billigen Karottenhosen den Effekt: Sie kneifen im Schritt. Günstig nur für die Textilkapitalisten: In eine Konfektionsgröße passen (jedenfalls beim Anprobieren) mehr unterschiedliche Leute, an denen sie links und rechts um die Hüften mehr oder weniger locker sitzt.

Gleichzeitig hat die Bekleidungsindustrie eine Qualitätsverschlechterung bei Materialien und Verarbeitung eingeleitet. Die Karottenhosen aus Flanell und anderen Wollstoffen z.B. sind in den mittleren Preislagen durchweg nicht gefüttert, die Stoffe sind dünn und knittern stark. Ergebnis: Bequeme, gut sitzende Hosen bleiben für die meisten Frauen nicht erschwänglich.

Frost

„Eine allgemeine Streupflicht für alle Straßen besteht nicht“

Gleich nach den ersten Schneefällen und dem darauf folgenden Verkehrschaos verkündeten die Stadtverwaltungen ihre Absicht, den Winterdienst auf den Straßen wesentlich einzuschränken. Wegen der umweltschädlichen Folgen des Streusalzes sollen nur noch die Hauptverkehrsstraßen und Kreuzungen geräumt und bei Glatteis gestreut bzw. aufgetaut werden. Eine Streupflicht für alle Straßen gebe es nicht.

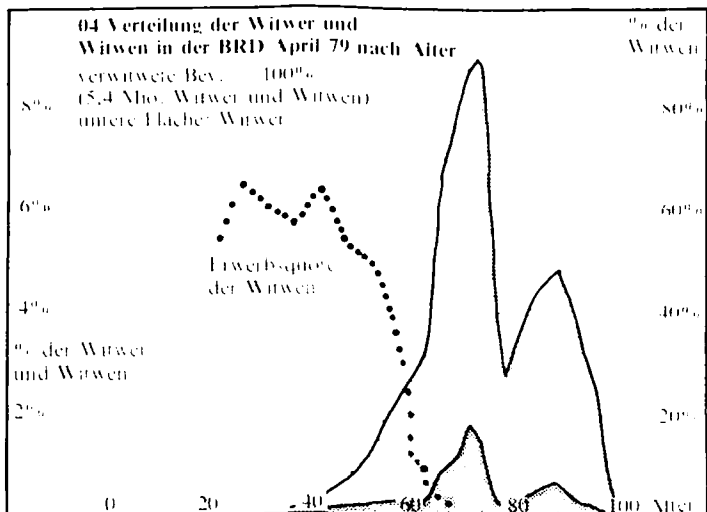
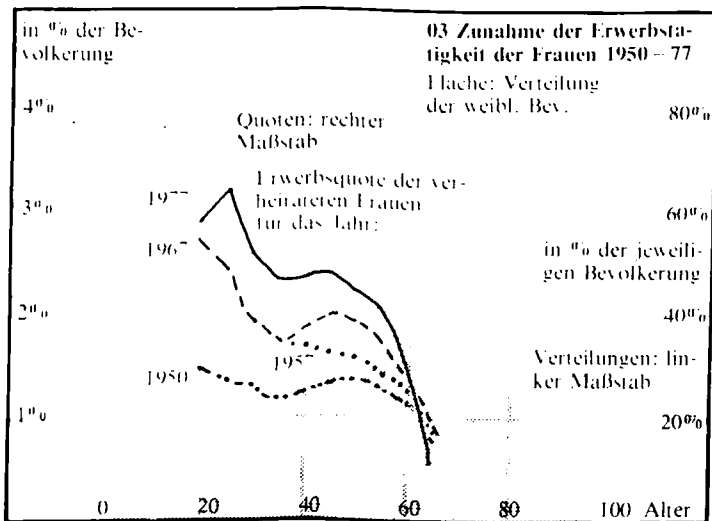
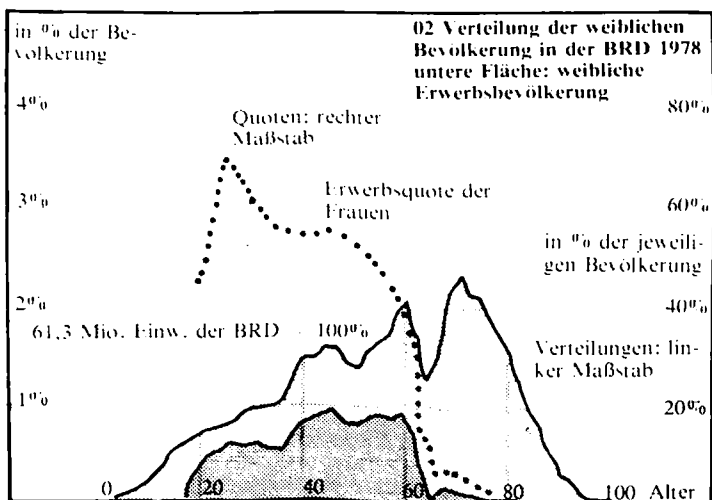
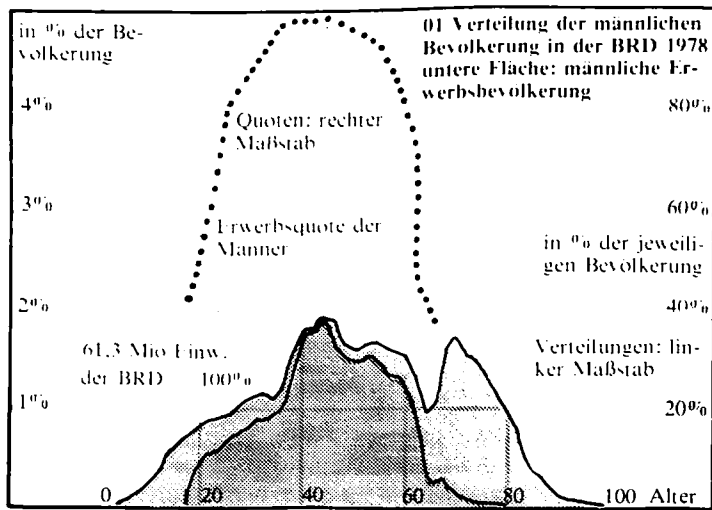
Das Absterben von Bäumen – schätzungsweise 20000 bis 100000 jährlich in der BRD – und ein gefährlicher Anstieg der Chloridkonzentration im Grundwasser in der Nähe von Autobahnen und Bundesstraßen ist wissenschaftlich nachgewiesen. Weil die Natriumionen (Streusalz = Kochsalz = Natriumchlorid) im Boden zurückgehalten werden, summiert sich ihr Gehalt im Boden. Das volle Ausmaß der Schäden wird erst nach 10–15 Jahren sichtbar.

Die Umweltschäden durch Streusalz sind aber für die Kommunen nicht Anlaß, mehr Splitt zu streuen, was etwa fünfmal so teuer sein soll, sondern gleich die *Räumung* der Nebenstraßen weitgehend einzustellen. Es geht also um Einsparungen. Rechtlich (Bundesfernstraßengesetz, Straßengesetze der Länder) besteht außerhalb geschlossener Ortschaften eine Räum- und Streupflicht nur für besonders gefährliche und gefährdete Stellen, wie Kreuzungen und Brücken. Innerhalb geschlossener Ortschaften haben die Kommunen die „polizeimäßige“ Reinigungspflicht. Für das Räumen der Fahrbahnen von Schnee und das Beseitigen von Eisglätte gilt die Einschränkung „im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit“, und die ist durch den Haushalt gegeben. Uneingeschränkt „leistungsfähig“ und leistungspflichtig sind allein die Bürger, die als Anlieger die Geh- und Überwege schnee- und eisfrei zu halten haben, von 7.00h morgens bis 21.00h abends und wenn nötig mehrmals am Tage. Wie das ein Berufstätiger schaffen soll, ohne prophylaktisch Salz zu streuen, ist unklar.

Auch ohne Streupflicht sind die Autobahnen und Bundesstraßen als erste schnee- und eisfrei. Hier gilt das Interesse der Kapitalisten. 3 bis 5 Mio. t Güter im Werte von 5 bis 10 Mrd. DM rollen zu jedem Zeitpunkt über die Straßen. Eine verlängerte Bindung dieses gewaltigen Kapitals durch verzögerten Warenumschlag läßt jeden Kapitalisten im Dreieck springen. Weiter verlangen die Kapitalisten unbedingt, daß die Arbeiter auch im Winter pünktlich in den Fabriken sind. Sind die Hauptverkehrsstraßen geräumt und funktioniert der öffentliche Nahverkehr einigermaßen, kann der Kapitalist pünktlichen Arbeitsbeginn verlangen. Wie der Arbeiter durch die ungeräumten Nebenstraßen zur Hauptstraße kommt und der Zeitverlust sind dann seine Sache.

Quellen: Bundesfernstraßengesetz, Hessisches Straßengesetz und Straßengesetz NRW sowie Kommentare dazu; Broschüre „Aktion Fausalstopp“, Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz, Ober-Flörsheim, 1980; Statistisches Jahrbuch der BRD 1980; Kommunalwirtschaft, 4. 80.

Rentenreform 1984: Kost Abhängigkeit der Altersv



Das Bundesverfassungsgericht hat für das Ende der jetzt begonnenen Gesetzgebungsperiode bereits im Jahr 1975 die Reform der Hinterbliebenenversicherung terminiert. Wie in Sachen §218 oder des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung geht es um Stützung einer konservativen und gegenüber erhobenen Forderungen der Arbeiterbewegung direkt reaktionären Politik sozialliberaler Machart.

Bereits 1963 wurde das Gericht mit der nach wie vor gültigen Regelung der Hinterbliebenenversicherung konfrontiert. Das Gericht bestätigte die Regelung unter Hinweis auf §1356 des Bürgerlichen Gesetzbuches: „Die Frau führt den Haushalt in eigener Verantwortung“.

Anfang der 70er Jahre war absehbar: die Auflösung der bürgerlichen Familie – soweit sie den Lohnabhängigen durch Gesetz und soziale Umstände aufgezwungen war –, würde in einem rasanten Tempo fortschreiten. Selbst die Erwerbstätigkeit der verheirateten Frau (vergl. Bild 03) wurde fortwährend ausgedehnt. Direkte Abhängigkeit auch der Frau vom Lohn des Kapitalisten wird der gewöhnliche Zustand.

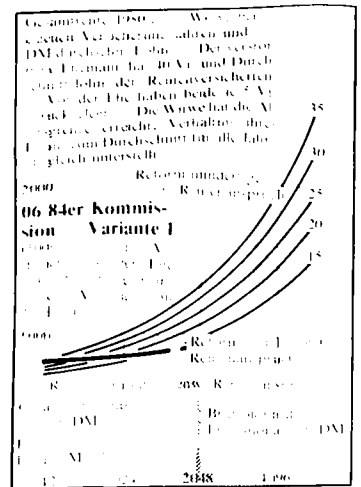
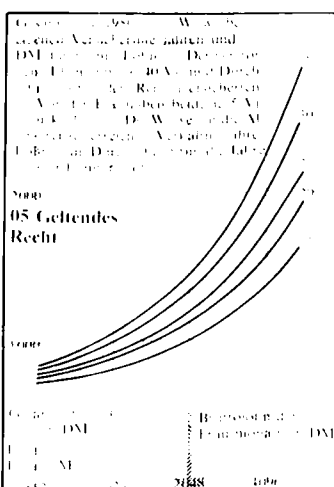
In enger Verbindung mit zahlreichen Strafrechtsverschärfungen entschloß sich die Regierung, auch die Reform des Ehe- und Familienrechts

ins Werk zu setzen. Aushängeschild dieser Reform wurde die Abänderung des oben zitierten §1356 BGB: „Die Ehegatten regeln die Haushaltsführung im gegenseitigen Einvernehmen ...“ Durch die Verpflichtung der Gerichte auf ausgedehnte Inquisition über das soziale Verhalten der Eheleute wurden im Zuge dieser Reform die Scheidungsverfahren in langwierige, ekelhafte und zudem auch noch teure Prozeduren für Lohnabhängige ausgebaut.

Somit drängte von dieser Seite aus alles darauf, auch über die Einbeziehung der Hinterbliebenenversicherung in der Sozialversicherung die Zwangsjacke der bürgerlichen Familie gegenüber den Lohnabhängigen zu befestigen. Eine Änderung des Bundesverfassungsgerichtsentscheids von 1963 stand an.

Auch der Bundesminister für Arbeit hatte gute Gründe: In der Anhörung des Verfassungsgerichts stellte er klar, daß es eine „sehr kostspielige“ Angelegenheit würde, auch in der Sozialversicherung etwa wie in der Beamtenversorgung dem verwitweten Ehegatten einen unbedingten Anspruch auf Witwenrente einzuräumen. Besser sei es, „die erschwerten Voraussetzungen auf die Witwenrente zu übertragen.“

Das Gericht gab grünes Licht, Sachverständige wurden ans Werk gesetzt, das nebenstehend erläuterte „Teilhaber-



Erläuterungen zu den Schaubildern 05-08: Ein Vergleich mit der Verteilung der Löhne der weiblichen Lohnabhängigen in der Metallindustrie verdeutlicht, daß die Teilhaberrente für die Mehrheit der Lohnabhängigen eine Rentensenkung bedeutet. Dabei liegt der Schnittpunkt mit der Rente nach geltendem Recht, oberhalb dessen die Teilhaberrente niedriger ist, um so früher, je länger die Frau selbst gearbeitet hat. Die Variante 3 wird von der SPD wie

Dämpfung und stärkere Versorgung von der Familie

Modell“ mit folgender grober Zielsetzung wurde geboren:

- Beseitigung des unbedingten Anspruchs der Witwe auf Witwenrente mit Vollendung von 45 Lebensjahren. Anrechenbarkeit von eigenem Einkommen auf eine Witwen-/Witwer-Rente, die vor Erreichen der Altersgrenze gezahlt wird.

- Durch Zusammenziehung beider Rentenansprüche zum Gesamtrentenanspruch in der Hinterbliebenenversicherung wird verhindert, daß der mit der zunehmenden Versicherungszeit ansteigende eigene Versicherungsanspruch der Frau sich in der Erhöhung ihrer Gesamtrente entsprechend auswirken kann. (vergl. Bild 05-08). Die angeblichen Verbesserungen laufen praktisch auf die Förderung der Teilzeitarbeit verheirateter Frauen hinaus.

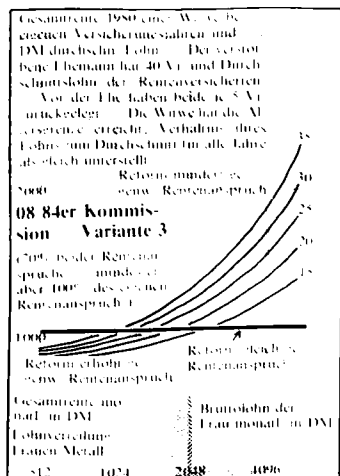
- Die Familienbande des bürgerlichen Gesetzes sollen durch Bildung des „Teilhabes“ auf die spätere Altersversorgung gefestigt werden.

Die Herstellung der vollständigen Selbstverwaltung der Sozialversicherungen durch die Versicherten wird durch diese auf Kostendämpfung und Befestigung der bürgerlichen Reaktion angelegte Reform wirklich dringlich. Anders ist kaum vorstellbar, daß eine ausreichende Behandlung der zahlreichen Widersprüche möglich ist, die jetzt von der Bourgeoisie

sie zur Spaltung benutzt werden: z.B. das unterschiedliche Leistungsrecht für die ledige und die verheiratete Frau; das unterschiedliche Ausmaß der Erwerbstätigkeit der Frauen in den Vor- und Nachkriegsgenerationen; dann die unterschiedliche Belastung durch Kindererziehung usw.

Sodann muß in der Auseinandersetzung mit diesem Reformvorhaben geklärt werden, ob es richtig ist und vor allen Dingen, unter welchen Bedingungen es möglich ist, für die völlige Ablösung der Altersversorgung von der Vermittlung über die Familie einzutreten zugunsten eines eigenständigen Versicherungsschutzes für die lohnabhängige Frau wie für den lohnabhängigen Mann.

Wesentliche Voraussetzung für einen solchen eigenständigen und individuellen Versicherungsschutz sind bereits z.T. als Forderungen gestellt: ein Mindestrentenanspruch etwa in der Höhe, wie ihn ein Beamter bereits nach 5 Dienstjahren hat (65% der Endstufe der Besoldungsgruppe A3, z.Zt. 1160 DM); die Anrechnung von Zeiten der Kindererziehung als Ersatzzeiten von wenigstens 3-5 Jahren; schließlich eine Erhöhung und entsprechende Mindestabsicherung der Waisenrenten, die für Halbwaisen gegenwärtig 10% des Erwerbsunfähigkeits- bzw. Altersruhegeldanspruchs ausmachen.



auch von der CDU/CSU unterstützt. Die FDP forderte in Abwandlung der Variante 1 eine Teilhaberrente in Höhe von 100% der eigenen vor der Ehe erworbenen Ansprüche zuzüglich 50% der Gesamtanwartschaft in der Ehe. Nach der Regierungserklärung Schmidts soll es nur noch um die Prozente der Gesamtanwartschaft gehen. Dieser Prozentsatz soll auf jeden Fall unter 70% gedrückt werden. (vergl. Bild Seite 1)

Reform der Hinterbliebenenversorgung: das Modell der 84er Kommission

Nach gegenwärtigem Rentenrecht erhält der verwitwete Ehemann Rente nur in einer Bedarfssituation und bei zusätzlichem Nachweis, daß die verstorbene Ehefrau den Unterhalt wesentlich bestritten hat. Auf ungefähr 500 Witwenrenten kam nach diesem Recht eine Witwerrente. Die Hinterbliebenenrente ist als abgeleitete Rente aus dem Anspruch des „Ernährers der Familie“ begründet. Im Reformvorschlag der 84er Kommission tritt an die Stelle dieser Begründung das Teilhaberrecht.

Nach dem Teilhaberrecht soll sich der Rentenanspruch des überlebenden Ehegatten aus den erworbenen Rentenansprüchen beider Ehegatten zusammensetzen:

Variante 1: 75% der Gesamtanwartschaften beider Ehegatten in der Ehe plus 100% der eigenen Anwartschaft außerhalb der Ehe.
Variante 2: 75% der Gesamtanwartschaft vor und in der Ehe.
Variante 3: 70% der Gesamtanwartschaft vor und in der Ehe, mindestens aber 100% der eigenen Anwartschaft.

Zur Darstellung der Berechnung der Hinterbliebenenrente nach den Varianten dieses Modells gehen wir von folgenden Beispielwerten aus:

	Mann	Frau
Versicherungsjahre (V)	38,5	26,2
davon in der Ehe	23,0	23,0
davon vor der Ehe	15,5	3,2
Persönliche Bemessung (P)	103%	57%
Allgemeine Bemessungsgrundlage 1979 (B)	21068	21068
Steigerungssatz (St)	1,5%	1,5%

Aufgrund dieser Werte ergeben sich nach der Rentenformel $R = B \times P \times V \times St$ die folgenden Rentenansprüche:

	Mann	Frau	zusammen
vor der Ehe:	420	48	468
in der Ehe:	624	345	969
Summe:	1044	393	1437

Situation A: Beide Ehegatten beziehen Altersruhegeld, einer stirbt. Wie hoch ist der Gesamtrentenanspruch des überlebenden Ehegatten?

	Rente an Witwer	Rente an Witwe
geltendes Recht:	100% von 1044	100% von 393 + 60% von 1044
=	1044	1019
Modellvariante 1:	75% von 969 + 100% von 420	75% von 969 + 100% von 48
=	1147	775
Modellvariante 2:	75% von 1437	75% von 1437
=	1078	1078
Modellvariante 3:	70% von 1437 mindest. aber 100% von 1044	70% von 1437 mindest. aber 100% von 393
=	1044	1006

Situation B: Der überlebende Ehegatte hat wenigstens ein Kind zu erziehen, ist weder berufs- noch erwerbsunfähig und hat auch die Altersgrenze der Rentenversicherung nicht erreicht. Nach geltendem Recht erhält die Witwe aufgrund einer Bedarfssituation 60% des Rentenanspruches des verstorbenen Mannes. Der Witwer erhält wie oben in der Regel keine Rente.

Nach dem Reformvorschlag der Kommission erhält der überlebende Ehegatte eine abgeleitete Rente wegen Kindererziehung aus dem Rentenanspruch des verstorbenen Gatten in Höhe von 70 - 75% ohne Anrechnung etwaigen eigenen Einkommens.

Situation C: Rente wegen vorgerückten Alters. Nach geltendem Recht hat die Witwe bei vollendeten 45 Lebensjahren Anspruch auf 60% der Rentenansprüche des Mannes. Nach dem Modellvorschlag der Kommission soll eine Bedarfssituation wegen „vorgerückten Alters“ für Witwe oder Witwer ebenfalls eingeführt werden. Im Unterschied jedoch zum bisher gültigen Recht soll auf die Witwen- oder Witwerrente das sonstige Einkommen angerechnet werden.

Steuerentlastung 81

Die unteren Einkommensklassen zahlen zu und kriegen weniger



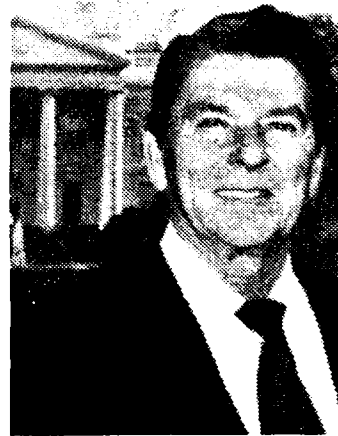
1981 steht eine erhebliche weitere Verlagerung der Steuerlastquote auf die unteren Einkommensklassen bevor. Schon 1980 hat Matthöfer balanciert: Einem Lohnsteueranstieg von +14,4% steht ein Rückgang der Steuern auf Besitz und Vermögen gegenüber, z.B. Körperschaftssteuer -3,1% und nicht veranlagte Ertragssteuern -12,9%. Die Reform 81 soll ebenfalls von den unteren Einkommensklassen gezahlt werden, dazu wuchte Verbrauchsteuererhöhung.

Reagans Mannschaft

Börsenhaie und Ex-NATO-Chef für „Prosperität“ und „Amerikas Größe“

Ende Januar wird Reagan auf den Präsidentenstuhl gehievt. Die US-Finanzbourgeoisie stellt gerade seine Mannschaft zusammen: Ex-NATO-Oberbefehlshaber Haig als Außenminister, Börsenhaie und Konzernbosse für die Finanz- und Sozialressorts. Die Umriss des Kurses: verstärkte Drohung mit dem Militärknüppel der

US-Supermacht, Pflege des „freien Unternehmertums“ durch Steuersenkungen, Streichung von Sozialausgaben, Entrechtung und Unterdrückung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, patriotische Mobilisierung für Amerikas Größe. Kann die US-Arbeiterbewegung dagegen ihre Kräfte sammeln?



Aussperrung

Verbotsforderung wirksame Gegenwehr?

Der DGB führt eine politische Kampagne für das gesetzliche Verbot der Aussperrung. Die Begründung erfolgt meistens mit praktischen Erfahrungen aus den Arbeitskämpfen. Das gesetzliche Verbot der Aussperrung würde tief in die kapitalistische Eigentumsordnung eingreifen. Anders als im Zustand äußerster Bedrängnis

wird der bürgerliche Staat ein solches Zugeständnis nicht einmal auf dem Papier machen. Wenn diese Kampagne nicht auf Propaganda beschränkt sein soll, müssten in ihr Forderungen erhoben werden, dienlich, die gesetzliche Arbeitslosenversicherung für den Arbeitskampf nutzbar zu machen.

Italien

Das DC-Regime gerät ins Wanken

Die Folgen des Erdbebens in Süditalien, der Skandal um Mineralölsteuerhinterziehungen in Milliardenhöhe erschüttern die Bourgeoisie herrschaft. BRD-Pioniere proben den Italien-Einsatz. Die Arbeiterbewegung ordnet nach der Niederlage bei Fiat ihre Kräfte und bereitet die Gewerkschaftskongresse vor. Wird sie die Schwäche der Bourgeoisie in revolutionären Kämpfen nutzen können?

